

# **ZÜRCHER BEITRÄGE**

*zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung*

*Heft Nr. 32*

*Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann*

## **Öffnung oder Isolation der Schweiz?**

*Aussen- und sicherheitspolitische  
Meinungsbildung im Trend*

*Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse  
Eidgenössische Technische Hochschule 8092 Zürich*

© 1994      Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK,  
ETH Zentrum, 8092 Zürich, Schweiz  
e-mail (internet): [postmaster@sipo.ethz.ch](mailto:postmaster@sipo.ethz.ch)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Forschungsstelle.

Die in den "Zürcher Beiträgen zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung" wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 3-905641-34-8

Die vorliegende Studie hätte ohne wertvolle Ratschläge von Dr. Mauro Mantovani von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH und ohne die Datenaufbereitung durch Luca Bertossa, lic. phil, an der Militärischen Führungsschule nicht in der vorliegenden Weise realisiert werden können. Frau S. Rüesch hat das Manuskript redigiert. Ihnen sei an dieser Stelle gedankt.

## Öffnung oder Isolation der Schweiz?

### Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend

#### Inhaltsverzeichnis

<b>1. Schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen behördlichen Zielvorstellungen und Volksmeinung</b> .....	1
1.1 Akzeptanz der bundesrätlichen Sicherheits- und Aussenpolitik? .....	1
1.2 Fragestellungen und Ziele der Studie .....	2
1.3 Datenbasis .....	3
<b>2. Öffnung oder Isolation der Schweiz?</b> .....	4
2.1 Nationale Autonomie versus internationale Kooperation - die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen .....	4
2.1.1 Kooperationsvarianten und ihre Indikatoren.....	4
2.1.2 Die Indikatoren "Autonomie versus Kooperation" im Trend .....	10
2.1.3 Zur Konsistenz autonomistischer bzw. kooperativer Einstellungen.....	12
2.1.4 Wer denkt autonomistisch, wer kooperativ? - eine Typologie.....	15
2.2 Die Wahrnehmung der Neutralitätsfunktionen.....	21
2.2.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen .....	21
2.2.2 Wer vertritt welche Neutralitätsauffassung? - eine Typologie.....	25
2.3 Die Bewertung des Volksentscheides zum EWR-Beitritt und die Wahrnehmung äusserer Abhängigkeit .....	33

2.4	Nationale Identität und aussenpolitische Kooperationsbereitschaft.....	37
2.5	Der aussenpolitische Kooperationswille im Kontext von politischen Wert- und Bedrohungsvorstellungen .....	43
2.5.1	Bedrohungswahrnehmungen.....	43
2.5.2	Politische Zielvorstellungen - Ansprüche an den Staat.....	48
2.5.3	Politische Zielvorstellungen und aussenpolitische Kooperationsbereitschaft im multivariaten Zusammenhang.....	51
2.6	Sicherheitspolitische Öffnung? - Internationale Militäreinsätze und gesamteuropäische Verteidigung.....	54
2.6.1	Souveränität in Belangen der nationalen Sicherheit.....	54
2.6.2	Bereitschaft zu Auslandeinsätzen von Schweizer Soldaten.....	57
2.6.3	Sicherheitspolitische Aspekte und aussenpolitische Kooperationswilligkeit.....	61
3.	Zusammenfassung der wichtigsten Befunde und Schlussfolgerungen.....	66
	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>73</b>
	<b>ANHANG (Luca Bertossa).....</b>	<b>77</b>
1.	Die Qualität der Variablen.....	77
2.	Korrelationen und Koeffizienten.....	78
3.	Die multidimensionale Skalierung (MDS).....	80
4.	Die Clusteranalyse .....	85
5.	Fragebogen und Randauszählung.....	89
6.	Das Codebuch .....	107

# **1. Schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen behördlichen Zielvorstellungen und Volksmeinung**

## **1.1 Akzeptanz der bundesrätlichen Sicherheits- und Aussenpolitik?**

Trotz des Neins von Volk und Ständen zum EWR am 6. Dezember 1992 hält der Bundesrat, im vollen Bewusstsein, "dass die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger in wichtigen aussenpolitischen Fragestellungen geteilt sind"<sup>1</sup>, grundsätzlich an seinem Kurs fest, die Mitwirkung der Schweiz in internationalen Institutionen auszubauen. Mit dem Verweis auf die strategische Interessenwahrung des Landes als der primären Aufgabe behördlicher Aussen- und Sicherheitspolitik begründet er sein Festhalten am europäischen Integrationskurs im neuesten Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz wie folgt: "Die bedeutende wirtschaftliche Stellung der Schweiz steht in einem gewissen Widerspruch zur Abwesenheit in wichtigen politischen und sicherheitspolitischen Entscheidungszentren wie EU (Europäische Union) und UNO. Die Mitwirkungslücken werden besonders mittel- und längerfristig negative Rückwirkungen auf die Interessenwahrung und die Entfaltungsmöglichkeiten der Schweiz haben und drohen ihre Stellung im internationalen Umfeld zu schwächen"<sup>2</sup>. "Das aussenpolitische Instrumentarium weist besonders im sicherheitspolitischen Bereich beträchtliche Lücken auf. Die Schweiz gehört jenen Institutionen und Bündnissen nicht an, welche auf die Friedenssicherung in Europa und in der Welt einen entscheidenden Einfluss haben"<sup>3</sup>. Hieraus leitet die Landesregierung konkrete Vorgaben ab. Mit dem Ziel, die Sicherheit der Schweiz in den neunziger Jahren zu erhöhen, stellt sie sich folgende Aufgaben: die Nutzung der KSZE als gesamteuropäische Sicherheitsstruktur, den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen, den Beitritt zur Europäischen Union (EU), die Entwicklung und Verbesserung der traditionellen Tätigkeit der Schweiz zugunsten der Respektierung des humanitären Völkerrechts und die Unterstützung des internationalen Komitees vom Roten Kreuz<sup>4</sup>.

Die Vertiefung der internationalen Kooperation verfolgt aber auch einen innenpolitischen Zweck, denn "die wichtigsten Fragen, mit welchen die Schweiz heute konfrontiert ist, können nur durch internationale Zusammenarbeit mit

---

<sup>1</sup> Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den 1990er Jahren, Bern, 29. Nov. 1993, S.44.

<sup>2</sup> Bericht, a.a.O. S.19.

<sup>3</sup> Bericht, a.a.O. S. 24.

<sup>4</sup> Bericht, a.a.O. S. 25-27.

Aussichten auf Erfolg gelöst werden. Die aussenpolitische Öffnung wird zur notwendigen Voraussetzung für die innenpolitische Problembewältigung"<sup>5</sup>. An der Neutralität als einem "bewährten Mittel schweizerischer Sicherheits- und Aussenpolitik" will die Landesregierung weiterhin festhalten, zumindest solange sich ein Ersatz in Form anderer Sicherheitsgarantien noch nicht abzeichnet. Verwiesen wird im Bericht des Bundesrates ausdrücklich auf den instrumentellen Charakter der schweizerischen Neutralität. Diese war "nie ein Ziel unseres Staatswesens an sich, sondern eines unter mehreren Mitteln zur Verwirklichung der eigentlichen zentralen Ziele"<sup>6</sup>. Die künftige Bedeutung der schweizerischen Neutralität schränkt die Landesregierung sodann wie folgt ein: "Die traditionelle Formel von 'Sicherheit durch Neutralität und Unabhängigkeit' wird mehr und mehr ergänzt werden müssen durch diejenige von 'Sicherheit durch Kooperation'"<sup>7</sup>. In Anlehnung an das erfolgreiche schweizerische Engagement im Rahmen des KSZE-Prozesses prüft der Bundesrat, ob die Schweiz auch an den neueren europäischen Kooperationsformen teilnehmen solle. Aufgrund der beschränkten sicherheitspolitischen Verpflichtungen im Rahmen des NATO-Kooperationsrates und im WEU-Kooperationsforum und ihres breiten Mitgliederbestandes wäre eine institutionelle Annäherung aus der Sicht der Neutralität nach Ansicht der Landesregierung unbedenklich<sup>8</sup>.

## 1.2 Fragestellungen und Ziele der Studie

Der offizielle Kurs schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik weist klar und vernehmlich in Richtung Öffnung, Kooperation und europäische Integration. Nach dem Willen der Landesregierung soll die Schweiz aus den veränderten geo- und eurostrategischen Rahmenbedingungen die Konsequenzen ziehen. Wie aber steht es um die innenpolitischen Rahmenbedingungen für die behördliche Aussen- und Sicherheitspolitik? Zu welcher Grundhaltung neigt die Schweizer Bevölkerung? Trägt sie in ihrer Mehrheit den behördlichen Kurs mit? Wohin neigt die Mehrheit: Soll das Land sich mehr als bisher öffnen und die internationale Kooperation intensivieren, oder soll es bei der traditionellen Strategie der maximalen Autonomiebetonung bleiben? Unterstützt die Mehrheit die behördliche Aussenpolitik? Bilden sich die Durchschnittsbürgerin und der Durchschnittsbürger überhaupt konkrete Meinungen zur Aussen-

---

<sup>5</sup> Bericht a.a.O. S. 6.

<sup>6</sup> Berichtsanhang a.a.O., Bericht zur Neutralität S. 7.

<sup>7</sup> Berichtsanhang a.a.O. S. 24.

<sup>8</sup> Berichtsanhang a.a.O. S. 25.

und Sicherheitspolitik, oder sind diesbezügliche Vorstellungen eher diffus und konturlos?

Diese Fragen sind in einem Lande, in dem die Bevölkerung via Referendum und Initiative den sicherheits- und aussenpolitischen Kurs zwar nicht bestimmen, wohl aber mitbestimmen kann, nicht ohne Bedeutung. Denn die behördlichen Zielvorstellungen über den Kurs des Landes werden sich nur realisieren lassen, wenn ihnen die Gefolgschaft durch die Bevölkerung nicht verweigert wird. Politische Führung beinhaltet nicht bloss die Formulierung von Zielen, sondern auch die Herstellung von Konsens.

In der vorliegenden Untersuchung werden sicherheits- und aussenpolitische Meinungsbilder in der schweizerischen Bevölkerung analysiert. Dabei wird zwar das Pro und Contra zu konkreten aussen- und sicherheitspolitischen Zielen und Mitteln thematisiert, es steht indessen nicht im Vordergrund. Einstellungen zu bestimmten Objekten können sich, beeinflusst durch die Tagesaktualität, kurzfristig ändern. Im Vordergrund steht vielmehr die grundsätzliche Frage nach den Orientierungsstrukturen und dem Grad an sicherheits- und aussenpolitischer Kooperations- und Öffnungsbereitschaft. Die Dimension "Öffnung versus Isolation" bestimmt die Analyse durchgehend. Wir entwickeln mit Bezug auf diese Dimension eine Typologie der Kooperationswilligkeit und fragen nach der Verbreitung dieser Einstellungstypen. Uns interessiert ferner die Frage nach den Wertorientierungen, von denen aus die Aussen- und Sicherheitspolitik beurteilt wird. Schliesslich interessiert uns, ob sich im Zeitverlauf gewisse Trends abzeichnen.

### 1.3 Datenbasis

Die vorliegende Studie stützt sich auf eine Repräsentativbefragung von 1003 stimmfähigen Schweizerinnen und Schweizern der deutschen und französischen Schweiz im Alter ab 18 Jahren. Durchgeführt wurde sie vom Institut Isopublic, Zürich, in persönlichen Interviews zwischen April und Ende Juni 1993. Die Stichprobe beruht auf dem Quotenverfahren (vgl. Fragebogen mit Randauszählungen im Anhang).

Für Vergleiche und Trendanalysen werden Daten von Dritten mit Quellenangabe am Ort und frühere Befragungen mit gleichen Fragen durch die Autoren selbst beigezogen.

Statistische Kennzahlen und Methoden werden im **Anhang** erklärt.



## 2. Öffnung oder Isolation der Schweiz?

### 2.1 Nationale Autonomie versus internationale Kooperation - die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen

#### 2.1.1 Kooperationsvarianten und ihre Indikatoren

Es sind im wesentlichen drei Argumentationslinien, die den Abstimmungskampf zum EWR im Dezember 1992 bestimmt haben:

Die Vertreter der ersten Richtung bejahten den Beitritt der Schweiz zum EWR. Die Motivation für diese Haltung wurzelte nur bei einem Teil in einer echten Europa-Begeisterung. Die Zustimmung des anderen Teils entsprang eher der pragmatischen Abwägung von Vor- und Nachteilen eines EWR-Beitritts und der Einsicht, dass sich die Schweiz dem Prozess der europäischen Integration nicht schadlos werde entziehen können.

Auch die Vertreter der zweiten Meinungsrichtung hiessen grundsätzlich eine stärkere Öffnung der Schweiz gut, lehnten aber den Beitritt zum EWR mit der Begründung ab, es handle sich um einen Schritt in die falsche Richtung. Diese Meinungsgruppe strebt eher eine globale Öffnung der Schweiz an, die autonom erfolgen kann und Aspekte einer universellen Solidarität in den Vordergrund stellt. Sie grenzt sich von einer primär an ökonomisch-politischer Interessenwahrung orientierten internationalen Kooperation ab.

Diesen Öffnungsvarianten mit geteilter Meinung zum EWR stand die autonomistische Meinungsrichtung gegenüber, die jede Minderung nationaler Souveränität strikte ablehnt und am aussenpolitischen Status quo festhalten wollte.

Ausgehend von dieser Meinungsverteilung entwickeln wir für die Analyse eine **Typologie**, die auf den drei Haltungen aufbaut. Wir gehen dabei stark vereinfachend, gewissermassen idealtypisch, davon aus, dass sich bei der **grundsätzlichen** Frage nach der Öffnung der Schweiz die folgenden Grundoptionen abzeichnen:

**a) Institutionelle Kooperation: internationale Öffnung durch institutionelle Bindungen**

Die Schweiz öffnet sich, indem sie in wachsender Masse Bindungen an supra- bzw. internationale Institutionen mit politischem und militärischem Charakter eingeht. Konkret heisst dies Mitwirkung in

- der europäischen Integration (EU, EWR),
- der europäischen Verteidigung (NATO, europäischen Armee),
- den Vereinten Nationen (UNO).

In allen Fällen ist eine bloss Annäherung, wie beispielsweise beim EWR, oder eine institutionell verpflichtende Mitgliedschaft durch Beitritt denkbar. Die internationale Kooperation wird über den Modus der Integration oder der Prä-Integration in konkrete bestehende Institutionen angestrebt. Insbesondere eine Annäherung an die oder ein Beitritt zur EU wird längerfristig als unausweichlich akzeptiert. Man könnte diese Handlungsoption unter Verwendung eines sehr weit gefassten Integrationsbegriffs, der auch die Annäherung umfasst, als **integrative Kooperation** oder als "**harte**" Kooperation bezeichnen, weil sie mit einer Autonomieeinbusse in der Aussenpolitik - einer minimalen bei einem UNO-Beitritt, einer grösseren beim EWR-Beitritt oder einer NATO-Annäherung - oder gar einem nationalen Souveränitätsverlust (EU) verbunden ist und weil sie auf zeitlich und räumlich verpflichtenden Bindungen aufbaut. Die Härtegrade variieren je nach dem jeweiligen Integrationsgrad.

**b) Non-integrative Kooperation: internationale Öffnung ohne institutionelle Bindungen**

Bei dieser Kooperationsstrategie verstärkt die Schweiz autonom ihr internationales Engagement, ohne institutionelle Verpflichtungen einzugehen. Indikativ für sie wäre zum Beispiel eine aktivere Rolle der Schweiz als Vermittlerin bei internationalen Konflikten und bei diesbezüglichen internationalen Konferenzen, das vermehrte Einbringen der Rolle des Landes als Sitz des Internationalen Roten Kreuzes, ein Ausbau der Guten Dienste, eine autonome Verstärkung des Engagements für die Dritte Welt, bilaterale Verträge unter Wahrung der treaty making power u.a.. Da diese Strategie keine Integrations- oder Prä-Integrationsschritte beinhaltet und nicht mit einer Autonomieeinbusse verbunden ist, könnte man sie als **non-integrative** oder als "**weiche**" Kooperation bezeichnen. Sie hat globalen und nicht regionalen Charakter. Weich ist sie insofern, als sie verpflichtenden, autonomiebegrenzenden Bindungen ausweicht und den universellen Solidaritätscharakter des aussenpolitischen Engagements der Schweiz betont.

**c) Isolationismus: Strategie der uneingeschränkten nationalen Autonomie**

Diese Strategie bestimmt sich durch die fehlende Bereitschaft, irgendeine Minderung der nationalen Souveränität hinzunehmen. Daraus ergibt sich der Widerstand gegen verpflichtende Annäherungen an bestehende internationale Institutionen (wie z.B. im Falle des EWR) und Bindungen aller Art, die die schweizerische Souveränität in irgendeiner Weise einschränken könnten. Es wird eine integrale Neutralität gefordert. Aus ihr ergibt sich u.a. auch die fortgesetzte Notwendigkeit autonomer sicherheitspolitischer Institutionen. Man kann diese Strategie als Isolationismus bezeichnen. Von einem "harten" Isolationismus könnte man sprechen, wenn bewusst und konsequent auf jegliches internationale Engagement verzichtet wird, von einem "weichen" Isolationismus, wenn sich die isolationistische Grundhaltung in einzelnen Fällen mit einer Bereitschaft zur internationalen Kooperation verbindet.

**d) Differenzierung der Neutralität**

Die Neutralität kann theoretisch bei allen Öffnungsstrategien beibehalten werden. Ihre Interpretation dürfte allerdings entsprechend der bevorzugten Strategie variieren. Neben der integralen Neutralität bzw. dem Verzicht auf sie bietet sich ein Mittelweg in Form einer Beschränkung auf eine strikt militärische Neutralität an. Seit der Beteiligung der Schweiz an den Wirtschaftssanktionen der UNO gegen den Irak (1990) praktiziert das Land de facto die differentielle Neutralität. Der damalige Beschluss des Bundesrates stiess in der Öffentlichkeit, zumindest in der medialen Öffentlichkeit, auf ein positives Echo. Bekanntlich hat auch die vom Bundesrat eingesetzte Kommission Krafft vorgeschlagen, inskünftig einem differentiellen Neutralitätsverständnis zu folgen<sup>9</sup>. In seinem neuesten Bericht zur Aussenpolitik folgt der Bundesrat dieser Linie.

Zugleich mehren sich derzeit Stimmen in der Schweiz, die mit Blick auf die grundlegend veränderte eurostrategische Situation für einen völligen Verzicht auf die Neutralität plädieren<sup>10</sup>. Die Bewertung der Neutralität durch die Bürgerinnen und Bürger, so darf man annehmen, steht in enger Beziehung zu ihrer Bereitschaft, eine aussen- und sicherheitspolitische Öffnung zu akzeptieren.

---

<sup>9</sup> "Schweizerische Neutralität auf dem Prüfstand - Schweizerische Aussenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel", Bericht der Studiengruppe Krafft zu Fragen der schweizerischen Neutralität, Bern, März 1992.

<sup>10</sup> Vgl. Mantovani (1993), Kux (1993).

Für die drei Strategien und die Einstellung zur Neutralität wurden insgesamt 19 Indikatoren<sup>11</sup> in der Form von vorformulierten Antwortvorgaben entwickelt. Sie sind alle als von der Schweiz anzustrebende Ziele formuliert ("Die Schweiz soll..."). Bei der Fragenformulierung galt es der bekannten Tatsache Rechnung zu tragen, dass die aussen- und sicherheitspolitische Terminologie in der Bevölkerung nicht als bekannt vorausgesetzt werden darf; Sachverhalte müssen umschrieben werden. Die Messschärfe der verwendeten Indikatoren kann sich dadurch verschlechtern (Validitätsproblem). Überdies strebten wir an, in früheren Befragungen entwickelte Vorgaben in den Indikatorensatz aufzunehmen, um mittels Vergleichen Trends sichtbar machen zu können<sup>12</sup>.

Das Balkendiagramm in Abbildung 2.1 zeigt die durchschnittlichen Zustimmungsraten zu den 19 Vorgaben<sup>13</sup>. Die dunklen Balkenteile beziehen sich auf die intensive ("sehr einverstanden"), die gestrichelten auf die schwache ("eher einverstanden") Zustimmung. Die Reihenfolge der Darstellung entspricht mit wenigen Änderungen gewollt der Reihenfolge der beim Interview auf einer Liste vorgelegten Vorgaben. D.h., für die Befragten bestand die Möglichkeit, den Duktus "Kooperation versus Autonomie" in der Fragenbatterie zu erkennen und ihr Antwortverhalten danach auszurichten.

- Im Diagramm 2.1 erreicht die Beibehaltung der Neutralität mit 82 Prozent die höchste Zustimmungsrates von allen 19 Vorgaben. Sie erzielt auch als einzige eine Mehrheit bei der intensiven Zustimmung "sehr einverstanden": 55%. Die schwächste Zustimmung von allen Vorgaben erhält der Verzicht auf die Neutralität mit 16 Prozent. Ablehnung und Befürwortung der Neutralität ergänzen sich somit auf 99%. Eine derart hohe Konsistenz, d.h. Widerspruchsfreiheit im Antwortverhalten auf getrennt gestellte Fragen ist eher die Ausnahme als die Regel. Wir haben es offensichtlich mit einem in der Schweizer Bevölkerung tief sitzenden Einstellungsmuster zu tun. Eine Mehrheit von 59 Prozent neigt zu einer differentiellen Neutralitätsauffassung, die sich nurmehr auf militärische Aspekte beziehen soll. Der im neuen bundesrätlichen Bericht festgelegte Neutralitätskurs findet somit die Zustimmung einer Bevölkerungsmehrheit. Nur 33 Prozent würden eine Stellungnahme der Schweiz bei militärischen Konflikten gutheissen.

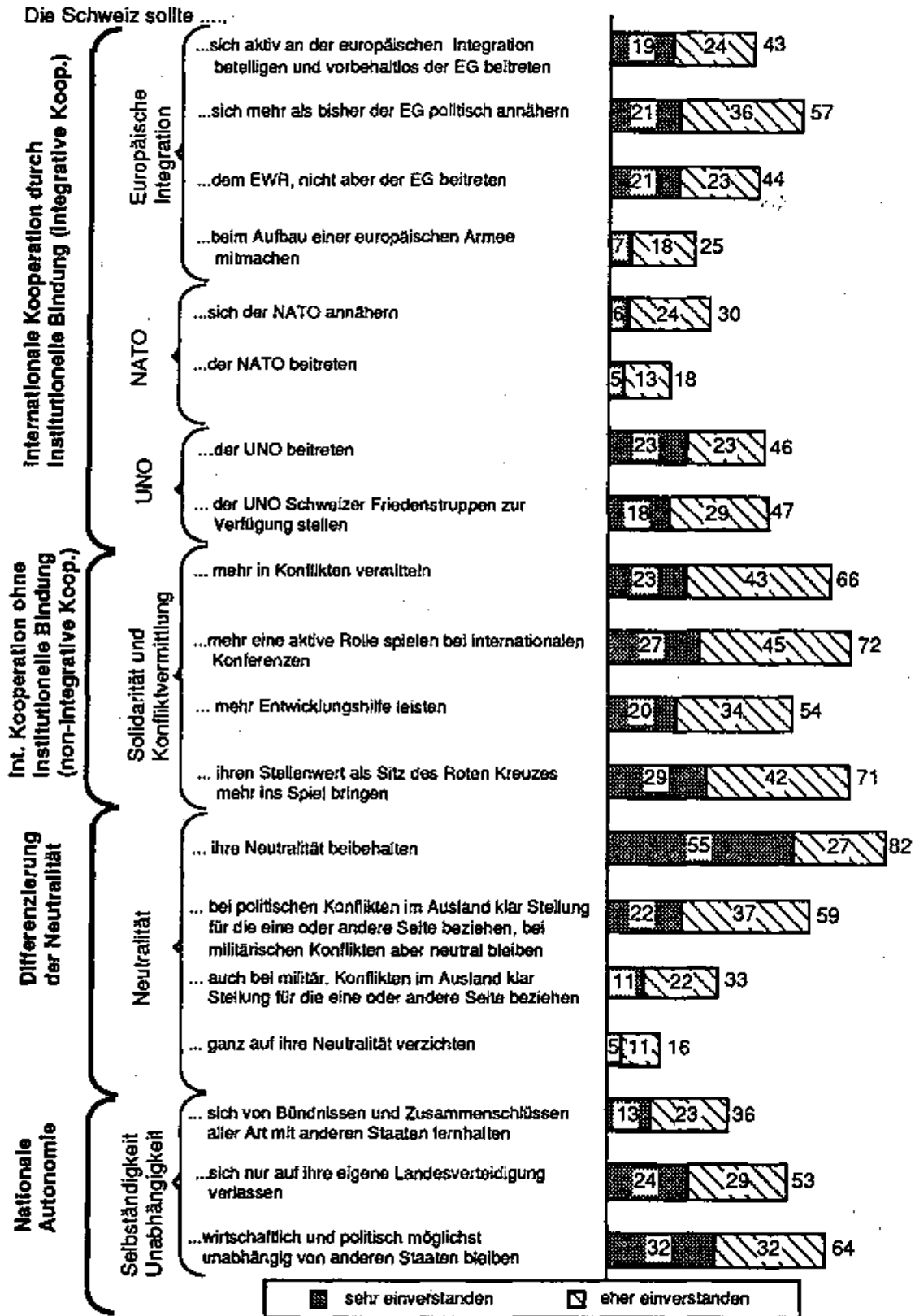
---

<sup>11</sup> Als Indikator bezeichnet man in der Sozialforschung eine Messgrösse für ein nur indirekt wahrnehmbares Phänomen. Da es zum Beispiel sinnlos wäre zu fragen "Wie sehr wünschen Sie sich mehr internationale Kooperation der Schweiz?", muss die Kooperationsbereitschaft anhand von Einstellungen zu konkreten Objekten, wie z.B. zur EG, zur UNO usw. erfasst werden.

<sup>12</sup> Beispielsweise Buri/ Haltiner/ Spillmann (1991).

<sup>13</sup> In der Befragung wurde die Bezeichnung EG verwendet. Sie wird hier für die Abbildungen beibehalten.

Abb. 2.1: Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft



- Gemessen an der durchschnittlichen Gesamtzustimmung besteht der höchste Konsens bei der internationalen Kooperation der Schweiz ohne institutionelle Bindungen. Alle diesbezüglichen Indikatoren werden mehrheitlich gutgeheissen: 72 Prozent der Befragten befürworten eine aktivere Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen, 71 Prozent möchten den Stellenwert des Roten Kreuzes international vermehrt ins Spiel gebracht sehen. Mehr Konfliktvermittlungstätigkeit wünschen sich 66 Prozent, und auch die Steigerung der Entwicklungshilfe erreicht eine knappe Mehrheitszustimmung (54%).
- Geringer als bei den Indikatoren für eine "weiche", non-integrative Kooperation ist die Zustimmung für eine Strategie der nationalen Autonomie. Beigepflichtet wird stark mehrheitlich dem Ziel einer möglichst umfassenden wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit (64%) sowie der militärischen Verteidigungsautonomie (53%). Letztere erhält allerdings nur eine knappe Zustimmung. Ein völliges Fernbleiben von Bündnissen und Zusammenschlüssen, gewissermassen der "harte" Isolationismus, kommt indessen nur für eine Minderheit von 36 Prozent in Betracht.
- Von den Indikatoren einer "harten" internationalen Kooperation durch institutionelle Bindungen erhält nur die politische Annäherung an die EG eine Mehrheitszustimmung (57%). Weder ein EG- noch ein EWR-Beitritt sind derzeit konsensfähig<sup>14</sup>, die Bevölkerung ist in diesen Fragen tief gespalten. Gleiches gilt für einen UNO-Beitritt oder die Stellung von schweizerischen Blauhelmen<sup>15</sup>. Auf klare Ablehnung stösst eine internationale Militär-Kooperation jedwelcher Art. Eine NATO-Bindung steht nicht hoch im Kurs<sup>16</sup>. Zwar erhält eine Annäherung, wie sie im Rahmen einer "Partnerschaft für den Frieden" von der NATO angeboten wird, 30 Prozent Zustimmung. Nur 18% könnten einem Beitritt zustimmen.

Als Fazit der Analyse nach dem Zustimmungsgrad von 19 Indikatoren zur Autonomiebetonung bzw. zur internationalen Kooperationswilligkeit lässt sich festhalten:

In der **Durchschnittstendenz** dominiert in der schweizerischen Bevölkerung ein aussen- und sicherheitspolitisches Orientierungsmuster, das man als Mischung zwischen Isolationismus und Öffnung bezeichnen könnte: D.h., es besteht eine Verknüpfung zwischen dem nach wie vor stark verwurzelten

<sup>14</sup> Eurobarometer-Umfragen des GfS-Forschungsinstitutes im Oktober 1993 zeigen dagegen eine Mehrheit von 58%, die "voll" oder "eher" für einen EWR-Beitritt plädiert.

<sup>15</sup> In der erwähnten GfS-Eurobarometerbefragung befürworten 38% "Blauhelm-Truppen" und 39% den UNO-Beitritt. Relative Mehrheiten von 46% bzw. 44% sind nicht einverstanden, 16% bzw. 17% unentschieden.

<sup>16</sup> Zum in der Bevölkerung vorhandenen Wissen bezüglich NATO vgl. Abschnitt 2.6.1.

Autonomiestreben und einer Tendenz, solche Öffnungs-Strategien bevorzugt zu befürworten, welche keine bleibende Autonomiebegrenzung und nur wenig Bindungen an übernationale Institutionen beinhalten. Die verhaltene Öffnungsbereitschaft manifestiert sich auch darin, dass an der Neutralität als einem politischen Symbol zwar grossmehrheitlich festgehalten wird, dass aber ihre Bedeutung tendenziell auf das Militärische reduziert wird. Eine integrative, harte Kooperationsstrategie, sei das politisch, wirtschaftlich oder militärisch, ist indessen in der Schweiz auch weiterhin nicht mehrheitsfähig. Vorsichtige Öffnung mit möglichst wenig Souveränitätsverlust, so könnte man die Grundstimmung aufgrund der Häufigkeitsverteilungen von 19 Indikatoren in ein **vorläufiges** Fazit zusammenfassen. Bei der Öffnung der Schweiz soll nicht die völlige, wohl aber ein Maximum an nationaler Unabhängigkeit gewahrt bleiben.

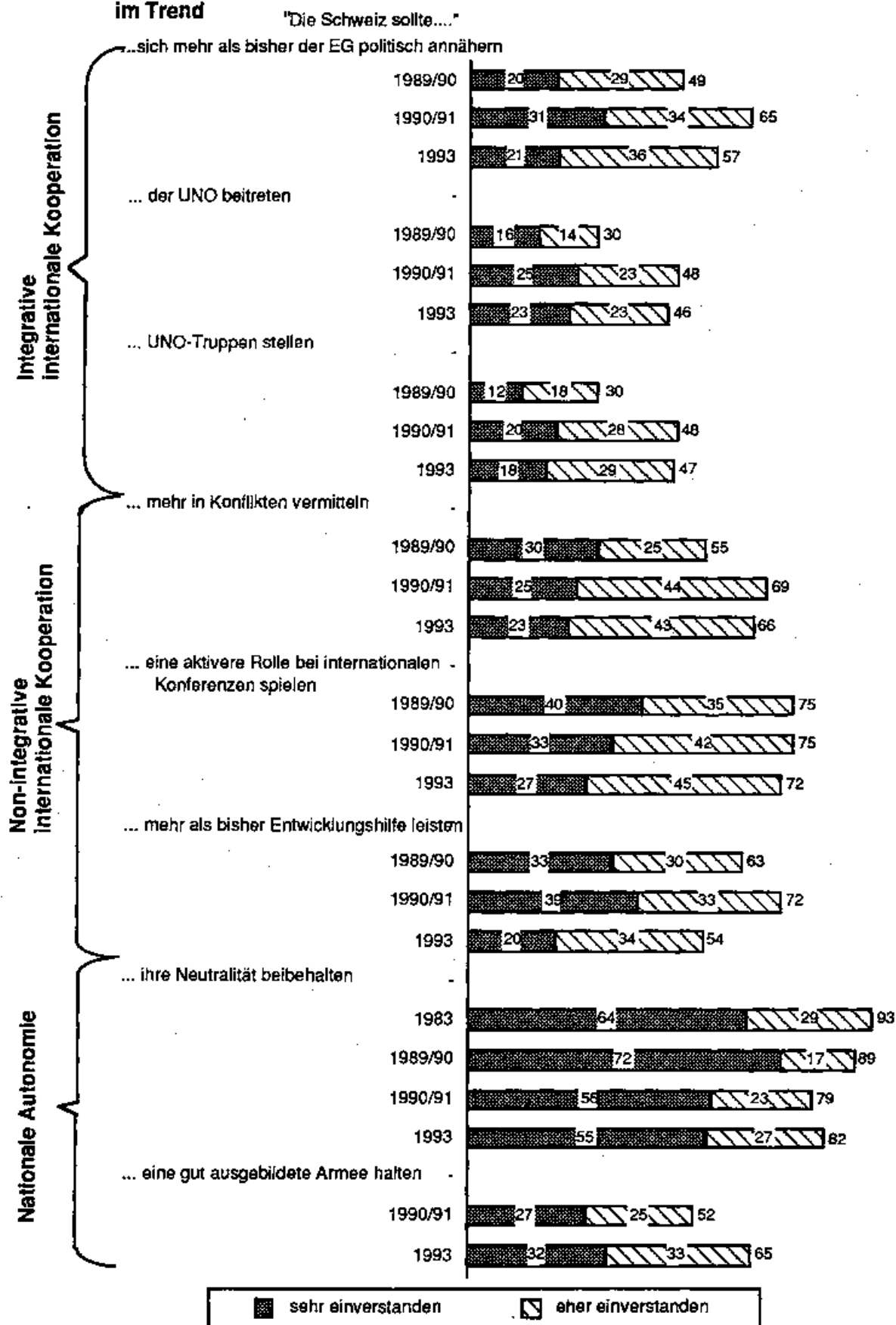
### 2.1.2 Die Indikatoren "Autonomie versus Kooperation" im Trend

Sieben der 19 definierten aussenpolitischen Zielvorstellungen wurden bereits im Jahre 1989 und 1991 erfragt, die Vorgabe zur Beibehaltung der Neutralität schon 1983. Anstelle der Vorgabe "Verlass nur auf eine eigene Landesverteidigung", die erstmals 1993 gestellt wurde, wird im folgenden als Indikator für nationale Autonomiebetonung die 1990/91 und 1993 gestellte Fragevorgabe "Die Schweiz sollte eine gut ausgebildete Armee halten" aufgeführt. Eine grobe Trendanalyse ist somit möglich (Abbildung 2.2):

- Die Vorgabe "Annäherung an die EG" hat einen sehr deutlichen Zuwachs von 49 Prozent im Jahre 1989 auf 65 Prozent im Jahre 1990/91, 1993 indessen eine signifikante Abnahme an Zustimmung um 8 Prozent zu verzeichnen.
- Ein UNO-Beitritt und die Stellung von schweizerischen Friedenstruppen für die UNO erzielten 1990 und 1993 beinahe die gleichen Zustimmungsraten (48% bzw. 46% und 48% bzw. 47%). Bei beiden zeigt sich gegenüber 1989 ein deutlicher Zuwachs, dies möglicherweise als Reaktion auf die politische Bedeutungssteigerung der UNO nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Trotz steigender Akzeptanz erhält der Beitritt zur Weltorganisation wie auch die Stellung von schweizerischen Blauhelmen<sup>17</sup> jedoch bis heute (Sommer 1993) keine Mehrheitszustimmung.

<sup>17</sup> Vgl. die leicht höhere Zustimmung zu Blauhelmen, wenn die Frage etwas anders, nämlich als möglicher Auftrag für die Armee und nicht als politisches Ziel der Schweiz, formuliert wird (Abschnitt 2.6.2).

Abb. 2.2: Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit im Trend





- Bei den non-integrativen Kooperationsindikatoren (Konfliktvermittlung, Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen, Entwicklungshilfe) zeigt sich durchwegs ein ähnliches Gesamtbild wie bei den integrativen. Zustimmungsanstieg oder Konstanz zwischen 1989 und 1991, Rückgang 1993. Sehr deutlich fällt der Zustimmungsrückgang bei der Entwicklungshilfe von 72 Prozent im Jahre 1990/91 auf 54 Prozent 1993 aus. Hier dürfte sich die wirtschaftliche Krise relativ unmittelbar und nachhaltig auf die Bereitschaft zur finanziellen Solidarität mit der Dritten Welt ausgewirkt haben.
- Bei der Zustimmung zur Beibehaltung der Neutralität und zum Unterhalt einer gut ausgebildeten Armee finden wir eine umgekehrte Tendenz. Die Zustimmung zur Neutralität verharrt auf hohem Niveau. Sie sinkt von 93% im Jahre 1983 auf 79% 1990/91, nimmt bis 1993 wieder leicht auf 83% zu<sup>18</sup>. Sehr deutlich fällt der Akzeptanzanstieg von 1990/91 bis 1993 bei der Armee aus: von 52 auf 65 Prozent.

Deutete der Trend vor 1993 in Richtung Öffnung der Schweiz, so hat er sich 1993 leicht zurück in Richtung nationale Autonomiebetonung gewendet. Die Trendumkehr manifestiert sich in beinahe allen Indikatoren. Sie nimmt sich jedoch zahlenmässig nicht dramatisch aus, so dass wohl besser von einer Tendenz- als von einer Trendwende gesprochen werden müsste. Immerhin bestätigen unsere Daten den Stimmungswandel, der sich in der EWR-Abstimmung gezeigt hat.

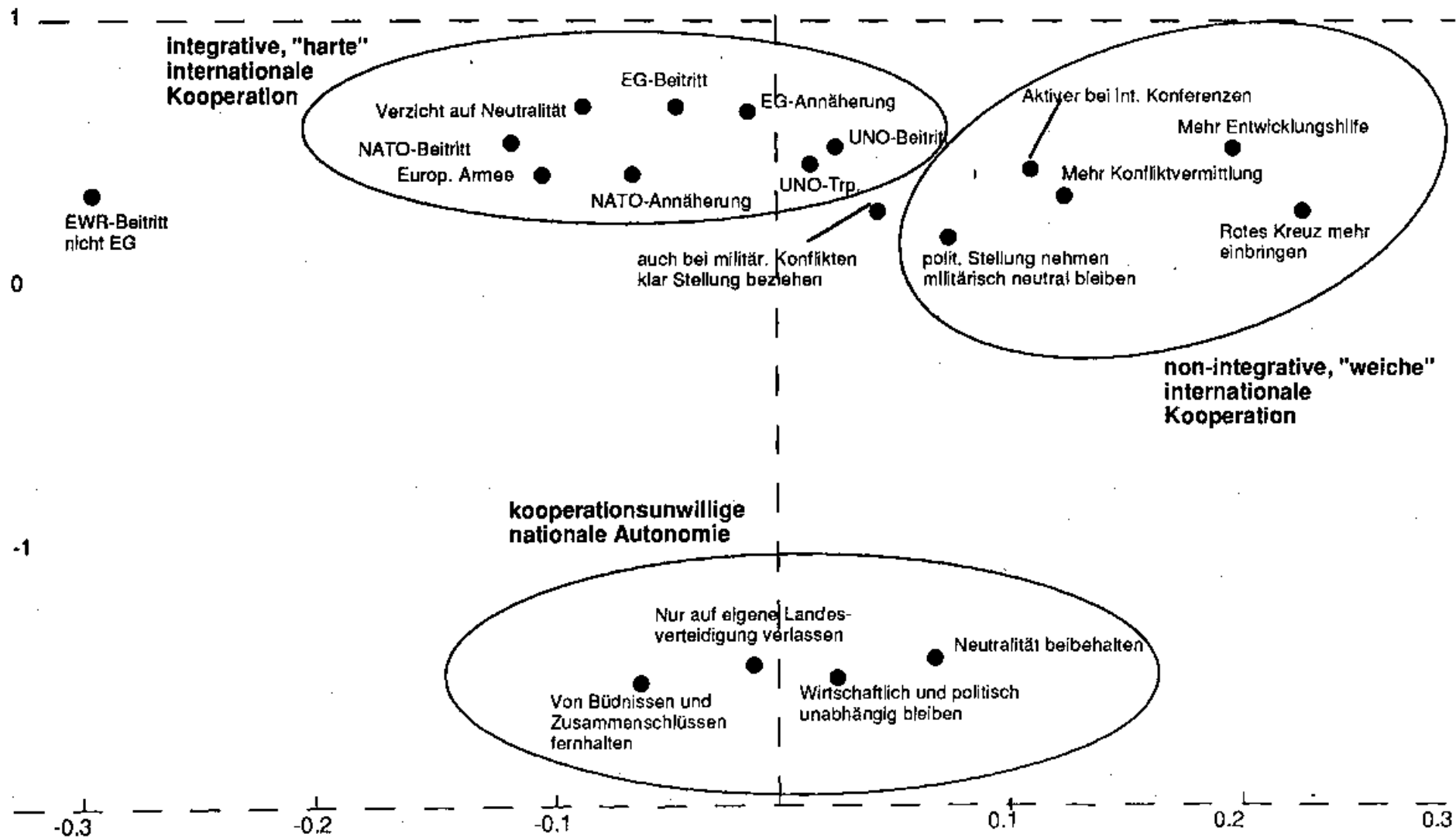
### 2.1.3 Zur Konsistenz autonomistischer bzw. kooperativer Einstellungen

Wie präzise gibt unsere Typologie der drei Strategien - integrative und non-integrative internationale Kooperation, nationale Autonomie - die in der Bevölkerung vorhandene Meinungsvielfalt wieder? Durchschnittsmeinungen, wie sie in Abb. 2.1 und 2.2 präsentiert werden, dürften bei den meisten Befragten kaum ausschliesslich auf Befürwortung einer einzigen Option unter gleichzeitiger Ablehnung aller anderen Strategien ausgerichtet sein. Zu erwarten ist bei vielen Personen eine variierende Zustimmung zu verschiedenen Optionen, die erfahrungsgemäss nur in seltenen Fällen völlig widerspruchsfrei, d.h. konsistent im Sinne unserer Typologie ist. Wer zum Beispiel die Maximierung nationaler Autonomie gutheisst, braucht deshalb noch nicht alle Öffnungsvorgaben rundweg abzulehnen. Und wer eine verstärkte Kooperation mit dem

<sup>18</sup> Die Zunahme von 4% ist signifikant bei einem doppelten Standardfehler von +/- 2,5% bei N=1000, p= 80:20.

**Abb. 2.3: Multivariate Analyse der Indikatoren "Nationale Autonomie versus internationale Kooperation"**

(Monotone multidimensionale Skalierung, 2-dimensionale Darstellung auf der Basis von Weak-monotonicity-Koeffizienten, Verzerrungsstress nach Guttman/Lingoes: 0.03)



Ausland gutheisst, kann gleichwohl ein Maximum an nationaler Unabhängigkeit anstreben. Wir wollen deshalb in einem ersten Schritt mit einer multivariaten Analyse untersuchen, ob sich in der vielfältigen aussen- und sicherheitspolitischen Meinungslandschaft dominante Meinungskonfigurationen, gewissermassen "Einstellungsberge", ausmachen lassen. In einem zweiten Schritt werden wir versuchen, solche dominanten Meinungstypen zu quantifizieren (Abschnitt 2.1.4).

Ein Instrument zur Ermittlung des Grades an innerem Zusammenhang einzelner Einstellungsmuster stellt die Smallest Space Analysis dar. Dabei werden sämtliche in eine Analyse einbezogenen Fragen nach einem bestimmten Verfahren in eine sogenannte Distanzmatrix zusammengefasst<sup>19</sup>. Diese wiederum wird räumlich – im günstigsten Fall auf einer einzigen Linie, im ungünstigsten Fall mehrdimensional – abgebildet (vgl. Abb. 2.3). Wenn zwei Aussagen sich sehr ähnlich sind, d.h., wenn sie in einem engen statistischen Zusammenhang stehen, so liegen sie in der räumlichen Darstellung eng beieinander. Zwei Aussagen, die als unvereinbar wahrgenommen werden, stehen in einer hoch negativen Beziehung zueinander, sind sich also unähnlich und liegen deshalb weit auseinander. Man kann eine zweidimensionale Darstellung mit einer Karte vergleichen, die eine "Einstellungslandschaft" wiedergibt.

Alle 19 Vorgaben aus Abbildung 2.1 lassen sich praktisch ohne Verzerrung (Stress: 0.03) auf einer Ebene, d.h. zweidimensional abbilden (Abbildung 2.3). Dabei fällt sofort die polare Lage der zwei Einstellungskomplexe "Kooperation" (oben in Abb. 2.3) zu demjenigen der nationalen Autonomie (unten) ins Auge: Die autonomiebetonenden Postulate liegen den kooperationsbetonenden gewissermassen frontal gegenüber. Am unteren Rand des Quadranten konzentrieren sich die vier Indikatoren einer kooperationsunwilligen nationalen Autonomie. Sie stehen untereinander in einer stark positiven Beziehung. Im Vergleich dazu sind die Indikatoren für eine internationale Kooperationswilligkeit stärker aufgefächert. Sie liegen alle in der oberen Hälfte des Diagramms. Am rechten Rand konzentrieren sich jene, welche eine non-integrative, "weiche" internationale Kooperationsbereitschaft beinhalten, eher in der Mitte jene, welche eine integrationsbejahende, "harte" internationale Kooperationsstrategie umfassen. Die beiden Optionen berühren sich in etwa bei der Frage, ob die Schweiz bei politischen und militärischen Konflikten neutral bleiben solle oder nicht. Deutlich nach links abgesetzt findet sich die EG-ablehnende

---

<sup>19</sup> Die dazugehörige Korrelationsmatrix findet sich im Anhang.

EWR-Befürwortung. Diese lässt sich weder eindeutig der harten Kooperationsstrategie noch der weichen zuordnen.

Die polare Struktur zwischen Autonomie und Kooperationswilligkeit in Abb. 2.3 deutet auf eine starke Spannung in der Dimension "Autonomie versus Kooperation" hin. Das heisst, wer zum Beispiel einer weichen Kooperationsstrategie zuneigt, wird eher auch Varianten der "harten" befürworten als solche der nationalen Autonomie. Wer einem Indikator der Autonomie zustimmt, wird demgegenüber mit grösserer Wahrscheinlichkeit eher einem zweiten Autonomie-Indikator zustimmen als einem Indikator für mehr internationale Kooperationsbereitschaft der Schweiz. Dasselbe gilt, wenn auch etwas abgeschwächt, für die Kooperationsindikatoren. Die beiden Öffnungsstrategien weisen einen höheren gegenseitigen Verwandtschaftsgrad auf als jede von ihnen mit der Autonomiestrategie. Wir haben es in der Frage "Öffnung ja-nein?" gewissermassen mit einer Art Lagerbildung zu tun<sup>20</sup>. Die polare Struktur lässt etwas von der Unversöhnlichkeit der Argumente bei der Diskussion um den Grad der Öffnung der Schweiz erahnen. In der Abseitsposition der Beurteilung des EWR deutet sich zudem an, dass diese Öffnungsvariante unbestimmt bleibt und sich nicht eindeutig ins Muster "Öffnung versus Autonomie" einfügen lässt. Diese Unschärfe im Hinblick auf eine klare aussenpolitische Strategie könnte mit ein Grund für die Ablehnung der Vorlage am 6. Dez. 1992 durch das Stimmvolk gewesen sein. Sie kann aber auch eine nachträgliche Verunsicherung ausdrücken.

#### **2.1.4 Wer denkt autonomistisch, wer kooperativ? - eine Typologie**

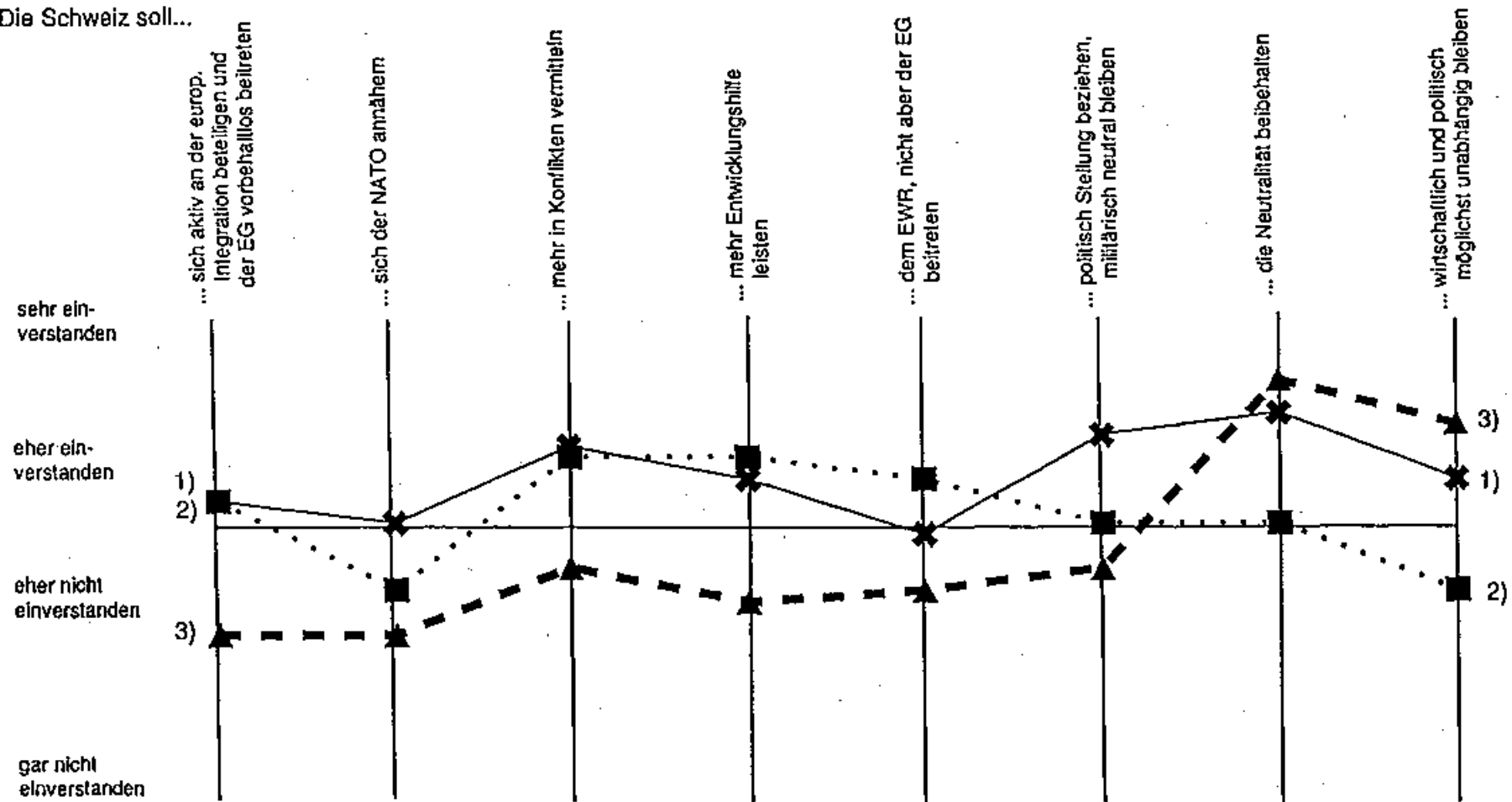
Wir haben uns bisher mit Durchschnittswerten und der inneren Widerspruchsfreiheit von Einstellungen beschäftigt. Von Interesse ist aber auch, ob sich Meinungsmuster ausmachen lassen, in denen eine Option allen übrigen vorgezogen wird, und wenn ja, wie sich diese in der Schweizer Bevölkerung verteilen. Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h., es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang).

---

<sup>20</sup> Um Missverständnissen vorzubeugen: die Darstellung 2.3 gibt keine Verteilungszahlen wieder. Sie weist nur den inneren Verwandtschaftsgrad von einzelnen Standpunkten aus.

Abb. 2.4: Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit

Die Schweiz soll...



- 1) —x— Tendenziell integrative Kooperative, Befürworter einer "harten" Öffnung (39%)
- 2) ·■· Non-integrative Kooperative, Befürworter einer "weichen" Öffnung (24%)
- 3) -▲- Nationale Autonomisten (37%)

Für eine Clusteranalyse der in Abb. 2.1 aufgeführten Vorgaben haben wir acht Indikatoren, die alle im Abschnitt 2.1 aufgeführten Handlungsoptionen repräsentieren, ausgewählt. Die Variante mit drei Clustern<sup>21</sup> bietet eine angemessene Lösung. Sie deckt sich weitgehend mit den in Abb. 2.3 konstatierten Einstellungsfeldern. Dabei lassen sich folgende drei Typen ausmachen (Abb. 2.4):

**Nationale Autonomisten:** Personen, die zu dieser aussen- und sicherheitspolitischen Denkrichtung gehören, lehnen durchwegs alle Kooperationsvorgaben deutlich ab (vgl. gestrichelte dicke Linie in Abb. 2.4). Sie halten stark mehrheitlich an einer strikt und umfassend definierten Neutralität mit politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Schweiz fest. Befragte dieses Einstellungstyps lehnen eine Öffnung der Schweiz prinzipiell ab.

**37 Prozent** aller befragten Schweizerinnen und Schweizer gehören zur Gruppe der nationalen Autonomisten.

**Non-integrative Kooperative:** Personen mit dieser aussen- und sicherheitspolitischen Orientierung (punktierte Linie) befürworten in erster Linie Indikatoren der non-integrativen Kooperation hoch, im allgemeinen höher als Befürworter einer "harten" Integration. Zwar werden der Beitritt zur EG wie auch zum EWR tendenziell gutgeheissen, der EWR wird aber der EG vorgezogen. Auf Ablehnung stösst hingegen eine NATO-Annäherung. Zustimmung findet ein Ausbau der schweizerischen Entwicklungshilfe. Der Gedanke internationaler Solidarität steht bei diesem Kooperationstyp im Vordergrund. Die Neutralität ist umstritten: sie wird womöglich als unvereinbar mit der weltweiten Solidarität abgelehnt oder es wird eine differentielle, politische Stellungnahmen zulassende Neutralität postuliert. Konsequenterweise wird die Forderung nach völliger wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit der Schweiz.

Diesem Typ sind **24 Prozent** aller Befragten zuzurechnen.

**Tendenziell integrative Kooperative:** Personen, die zu diesem typologischen Denkmuster neigen, befürworten eher als die übrigen Typen eine harte aussen- und sicherheitspolitische Integration (ausgezogene, dünne Linie). Das bedeutet keineswegs, dass sie alle diesbezüglichen Zielvorstellungen gleichermaßen gutheissen – wie gezeigt, gibt es dafür kaum Mehrheitsvorstellungen! –, wohl aber, dass sie ihnen nahestehen. Sie heissen einen EG-Beitritt knapp gut, lehnen den EWR eher ab, stimmen schwach einer NATO-

---

<sup>21</sup> vgl. Anhang.

Annäherung zu. Sie befürworten ebenso, wenn auch schwächer als die non-integrativen Kooperativen, die Vorgaben einer "weichen" Öffnung. Sie heissen ferner eine differentielle Neutralität - politisch Stellung nehmen, militärisch neutral bleiben - deutlich gut. Insofern treten auch sie wie die Autonomisten für die Beibehaltung der Neutralität ein. Sie neigen ebenso - und dies deutet auf eine innere Spannungslage in dieser Grundhaltung hin - zur Beibehaltung einer Politik der Maximierung wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit der Schweiz - ein Standpunkt, der mit einer integrativen Strategie durchaus nicht unvereinbar ist. Die Bereitschaft zur integrativen Kooperation mit Einbusse an nationaler Souveränität entspricht offenbar weniger dem Wunsch nach Öffnung als vielmehr der Einsicht in deren Unvermeidbarkeit und einer Kosten-Nutzen-Abwägung. Das Motto dieser Haltung könnte lauten: Wenn schon Öffnung, dann durch möglichst gleichberechtigte Mitgliedschaft in internationalen, insbesondere europäischen Organisationen!

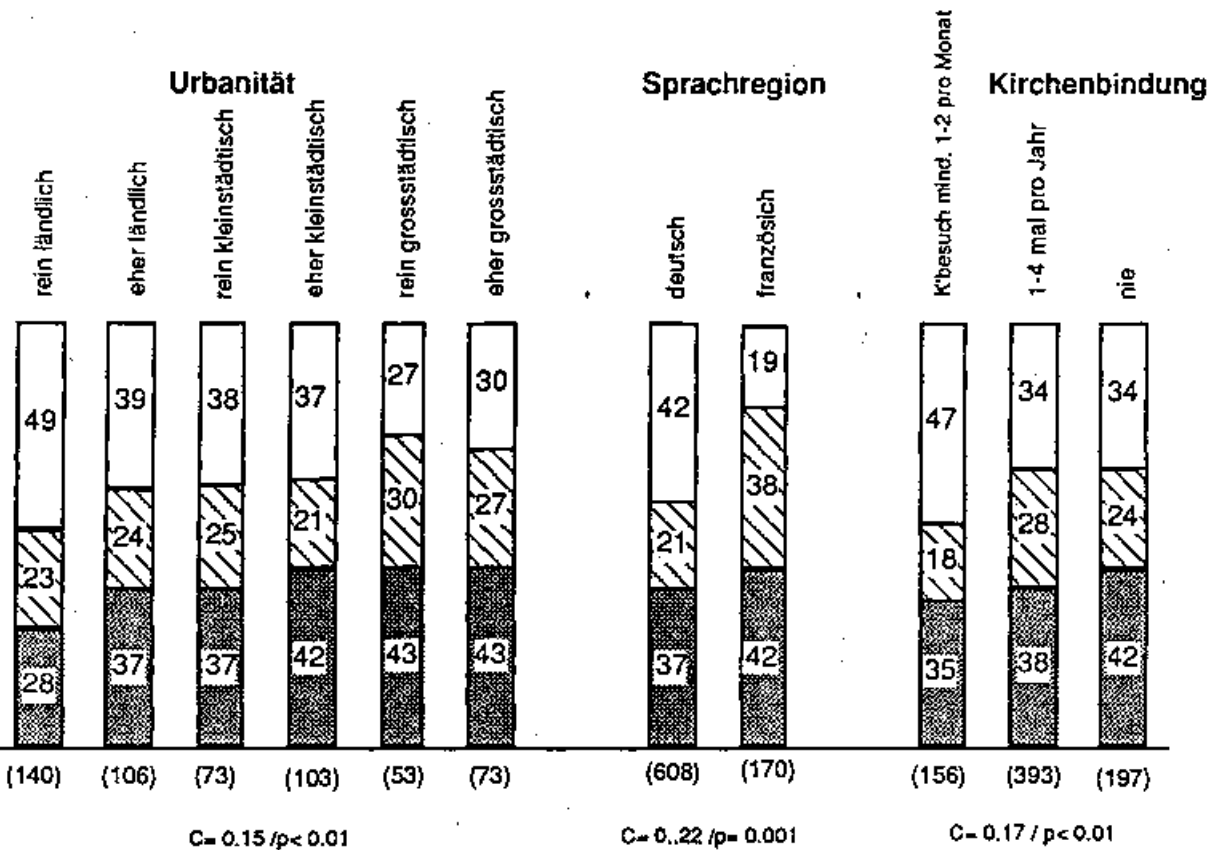
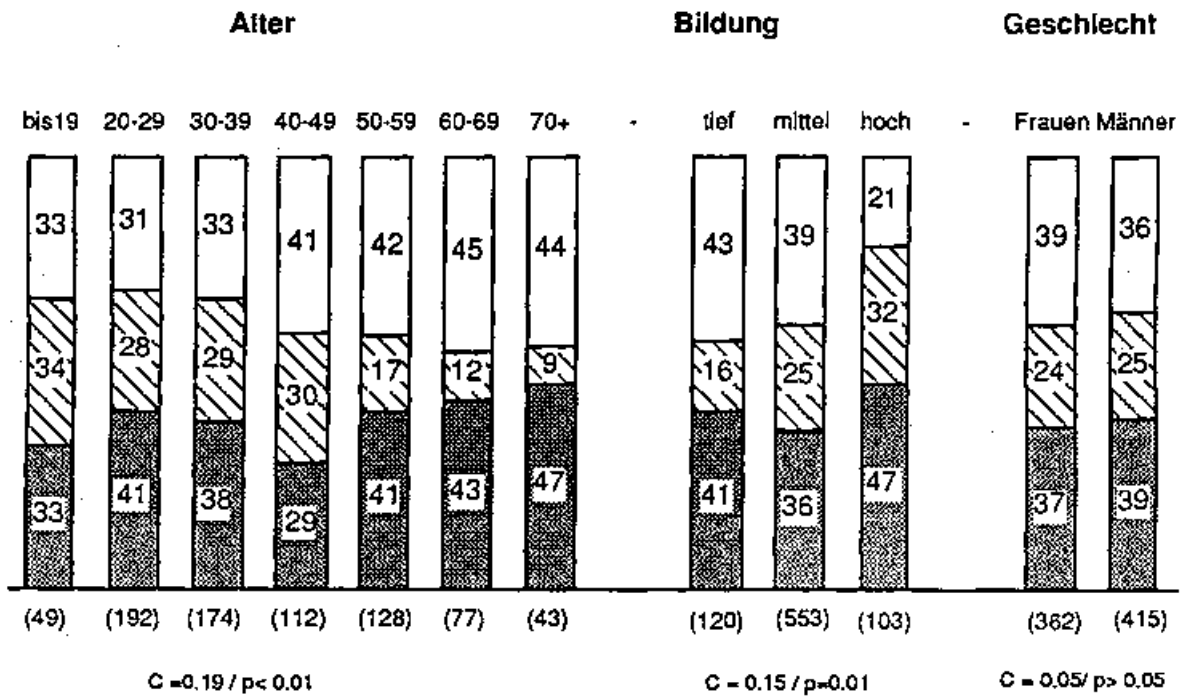
**39 Prozent** der Befragten gehören zu diesem Typ.

Fazit: Gemessen an der typologischen Verteilung sind die Befürworter einer verstärkten Öffnung der Schweiz in der Überzahl. Beinahe zwei Drittel (63%) stehen für eine Intensivierung der internationalen Kooperation ein. Diese Mehrheit ist jedoch ihrerseits gespalten mit Bezug auf den einzuschlagenden Kurs. Gerade deshalb dürfte es schwierig werden, in der Schweiz für konkrete aussen- und sicherheitspolitische Kooperationsschritte eine geschlossene Mehrheit zu finden.

Ein Viertel (24%) plädiert für eine "solidarische" und universelle Schweiz - eine Schweiz, die ihre Neutralitätsposition überprüft und nicht nationale-goistisch nach Nützlichkeitskriterien handelt, sich aber bei institutionellen Bindungen zurückhält und sich in weltoffener Art für friedliche Konfliktlösungen und mehr materielle Gerechtigkeit einsetzt. Diese "weiche" Öffnung zielt auf eine Neudefinition der schweizerischen Position. Sie beinhaltet eine globale Perspektive und enthält idealistische Züge. Der EWR wird allenfalls der EG vorgezogen.

Das Gros der öffnungswilligen Schweizerinnen und Schweizer - fast vier von zehn aller Befragten - neigt indessen zu einem zurückhaltenden, aber pragmatischen Öffnungskurs. Dieser beinhaltet nicht einen Mittelweg (wie z.B. den EWR), sondern eine echte Mitwirkung im Rahmen der europäischen

Abb. 2.5: Die Kooperations-Typen nach sozio-demographischen Merkmalen



Autonomisten   
  Non-integrative Kooperation   
  Tendenziell integrativ Kooperative

Für die Prozentuierung wurden die Antwortkategorien "weiss nicht"/ "keine Antwort" hier nicht berücksichtigt.



Integration. Dabei werden auch sicherheitspolitische Konsequenzen, wie etwa eine Annäherung an die NATO, nicht zum vornherein aus den Erwägungen ausgeschlossen. Die Neutralität soll nicht ohne weiteres über Bord geworfen werden, wohl aber auf das Militärische beschränkt bleiben. Die Motivation für diesen Kurs, den wir als "harte" internationale Kooperation bezeichnet haben, resultiert weniger aus einer Europabegeisterung als vielmehr aus einer pragmatischen Interessenabwägung von Vor- und Nachteilen des Abseitsstehens.

Die Befürworter eines reinen Autonomiekurses sind zwar trotz der konstatierten Tendenzwende zum Neo-Isolationismus nach wie vor in der Minderheit (37%). Die Uneinigkeit der Kooperationswilligen stärkt jedoch die innen- und sicherheitspolitische Machtposition dieser Meinungsgruppe.

Abbildung 2.5 zeigt die Verteilung der Typen nach sozio-demographischen Kriterien. Sie variiert nach der Sprachregion und dem Alter, immer noch deutlich, wenn auch etwas weniger, nach dem schulischen Bildungsgrad, der Urbanität und der Kirchenbindung. Keine Unterschiede zwischen den Befragten ergeben sich nach dem Geschlecht.

- Der in der EWR-Abstimmung sichtbar gewordene Röstigraben manifestiert sich auch in unseren Daten deutlich: Während bei den Deutschschweizern die Autonomisten 42 Prozent ausmachen (5 Prozent über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt), liegt ihr Anteil in der Suisse romande unter 20 Prozent. Die Sprachregionen unterscheiden sich aber ebenso stark in der aussenpolitischen Kursrichtung. Anders als in der Deutschschweiz ist in der Westschweiz der Anteil der Befürworter einer "weichen" Öffnung fast gleich gross wie derjenige der "harten". Letzterer liegt nur um wenige Punkte über jenem der Deutschschweizer.
- Die autonomistische Haltung nimmt mit steigendem Alter zu. Bei den über 50jährigen neigt fast jede zweite bzw. jeder zweite Befragte zum Autonomismus, bei den unter 19jährigen findet diese Haltung bloss bei einem Drittel Zustimmung. Eine relative Mehrheit der jüngsten Befragten befürwortet die "weiche" Öffnung. Als Haltung ist sie nur bei den jüngsten Stimmbürgerinnen und -bürgern dominant, sonst stellt sie eine Minderheitenposition dar, die zudem mit steigendem Alter deutlich abnimmt. Die "harte" integrationistische Linie variiert schwächer, sie nimmt mit steigendem Alter tendenziell aber leicht zu.

- Je grösser der Schulsack, desto wahrscheinlicher die Öffnungswilligkeit, und umgekehrt. Ebenso nimmt die Zahl der Befürworter einer weichen Öffnung mit dem Bildungsgrad zu. Personen mit einer höheren Schulausbildung (Hochschule, HTL, HWV, Seminar) zeigen sich stark überdurchschnittlich öfFnungswillig.
- Für die Messung der Urbanität haben wir nicht bloss den Wohnsitz, sondern auch die Grösse der Örtlichkeiten mitberücksichtigt, in denen man arbeitet und die Freizeit verbringt. Die Begriffe "ländlich" oder "städtisch" umfassen somit den Lebensstil im weitesten Sinn. Ein städtischer Lebensstil prädisponiert offensichtlich zu einer kosmopolitischen Grundhaltung als ein ländlicher. Unter jenen Befragten, welche in einer rein ländlichen Umgebung wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen, neigt fast jeder zweite zu einer autonomistischen Perspektive. Die Bedeutung einer eher traditionalistischen Werthaltung wird vor allem bei der Kirchenbindung sichtbar. Häufige Kirchgänger lehnen eine Öffnung der Schweiz deutlich stärker ab als Personen mit geringer Kirchenbindung.

Die Trennungslinie zwischen Öffnung und Isolation der Schweiz verläuft somit entlang der bekannten Modernisierungsmerkmale. Typischerweise kosmopolitisch verhalten sich jüngere Personen mit gehobener Schulbildung und städtischer Herkunft, isolationistisch dagegen ältere Personen mit niedriger Bildung und ländlichem Lebensstil. Die Sprachregionszugehörigkeit akzentuiert die Trennlinien. Die integrationistische, "harte" Öffnung variiert im Vergleich zu den beiden anderen Optionen am schwächsten nach sozio-demographischen Merkmalen.

## **2.2 Die Wahrnehmung der Neutralitätsfunktionen**

### **2.2.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen**

"Weil die Neutralität als wichtiges aussenpolitisches Mittel unser Schicksal während Jahrhunderten erfolgreich mitbestimmt hat, ist sie tief im Bewusstsein des Schweizers verwurzelt. Es ist anzunehmen, dass die Mehrheit der Schweizer nach wie vor ungebrochen zur Neutralität steht und sie als weiterhin richtiges aussenpolitisches Instrument betrachtet"<sup>22</sup>. Diese Vermutung der Studiengruppe Krafft trifft im Lichte der in Abb. 2.1 und 2.2 vorgestellten Daten vollumfänglich zu. Kaum ein anderes schweizerisches Politsymbol

<sup>22</sup> Bericht der Studiengruppe Krafft, a.a.O. S. 26.

dürfte derzeit auf eine derart hohe Zustimmung stossen wie die Neutralität. Gleichzeitig hat aber die Bevölkerung den vom Bundesrat vorgenommenen Kurswechsel von einer integralen zu einer differentiellen Neutralitätsauffassung nachvollzogen. Trotz ungebrochen hoher, ja wiedererwachter isolationistischer Grundstimmung neigt die Mehrheit der Bevölkerung offenbar nicht zu einem Neutralitätsfundamentalismus.

Die schweizerische Neutralität hatte bekanntlich stets verschiedenen Zielen zu dienen. Die Staatsrechtler sprechen von Neutralitätsfunktionen. Riklin identifiziert deren fünf: die Integrations-, die Unabhängigkeits-, die Freihandels-, die Gleichgewichts- und die Dienstleistungsfunktion<sup>23</sup>. Ähnliche funktionale Differenzierungen finden sich bei Schindler<sup>24</sup> und Thürer<sup>25</sup>. Nach Riklin hat einzig die Dienstleistungsfunktion an Bedeutung gewonnen, die übrigen aber haben an politischem Gewicht verloren<sup>26</sup>.

In unserer Befragung wollten wir erfassen, wie verschiedene Neutralitätsfunktionen in der schweizerischen Bevölkerung wahrgenommen werden. Vereinfachend unterscheiden wir dabei die

<b>sicherheitspolitische Funktion:</b>	Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, Stabilitätsbeitrag für Europa,
<b>Identitätsfunktion:</b>	symbolische Verknüpfung mit dem Staat "Schweiz",
<b>Solidaritätsfunktion:</b>	Gute Dienste als Vermittler.

Zusätzlich wollten wir wissen, ob die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr – wie vielfach vermutet – in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter zuschreibt.

Die elf diesbezüglichen Vorgaben sind für die Befragung als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert worden. Die Formulierung der Fragen hatte dabei auch hier zu beachten, dass eine entsprechende Fachterminologie bei der Bevölkerung nicht vorausgesetzt werden darf. Die in Abb. 2.6 dargestellte Klassierung nach Funktionen entspricht nicht der Reihenfolge der Vorgaben in der Befragung.

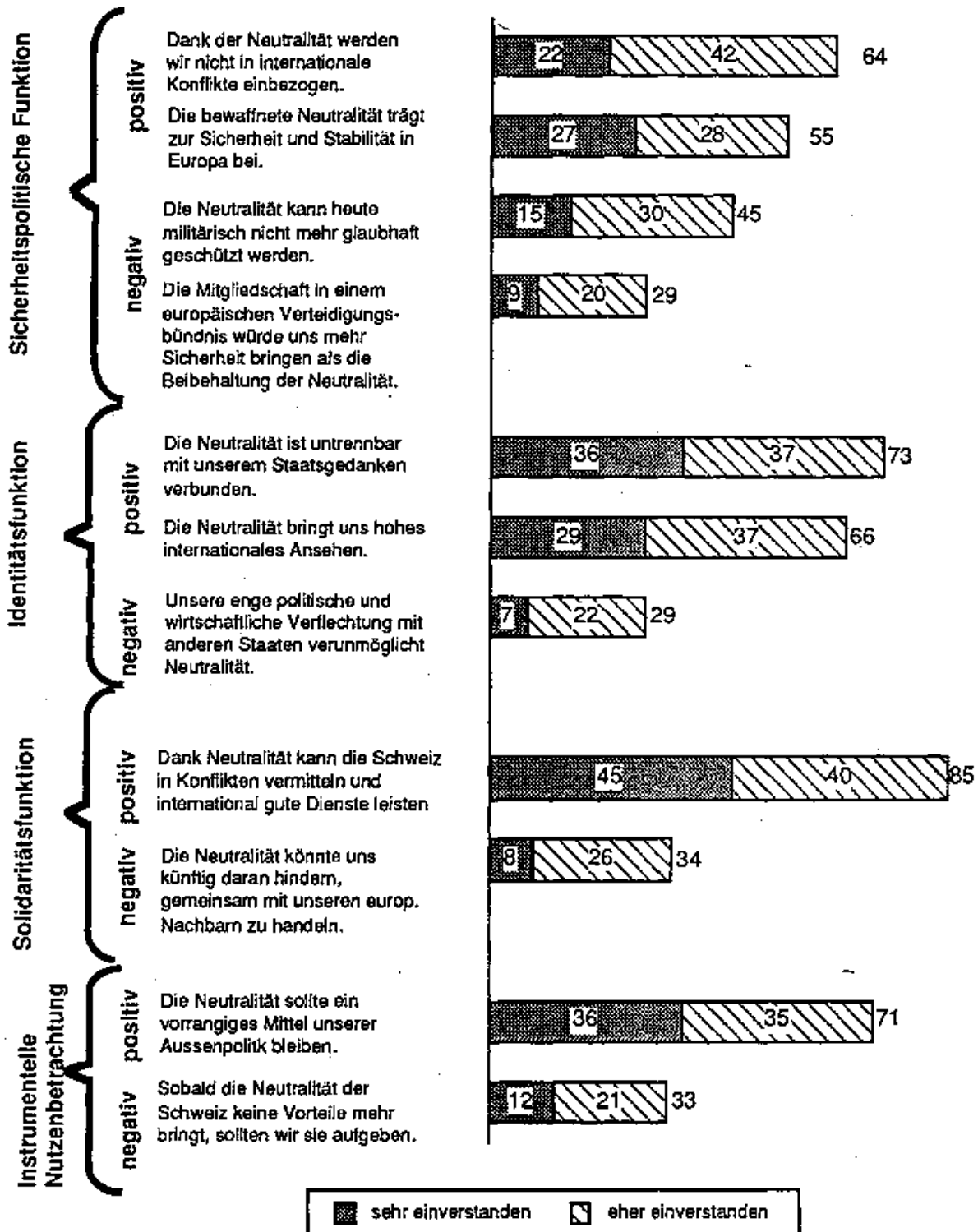
<sup>23</sup> Riklin (1991), (1992: 199 ff).

<sup>24</sup> Schindler (1990).

<sup>25</sup> Thürer (1991).

<sup>26</sup> Riklin (1992).

Abb. 2.6: Die Wahrnehmung verschiedener Neutralitätsfunktionen



Wie Abb. 2.6 zeigt, werden alle positiv formulierten Funktionen der schweizerischen Neutralität gutgeheissen, alle potentiellen Minderungen der Neutralitätswirkung mehrheitlich in Abrede gestellt:

- Die höchste Zustimmung erzielt die Bewertung der Möglichkeit zur Konfliktvermittlung und den Guten Diensten dank der Neutralität (85%), also die Solidaritäts- oder Dienstleistungsfunktion der Neutralität. Nur wenige (34%) sind der Meinung, die Neutralität könnte uns am solidarischen Handeln, insbesondere mit "unseren europäischen Nachbarn" hindern.
- Hohe Zustimmung findet eine positive Identitätsfunktion, geringe ihre Negativbewertung. Beinahe drei Viertel aller Befragten sehen die Neutralität "untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden", zwei Drittel sind der Meinung, die Neutralität verschaffe uns hohes internationales Ansehen. Nur wenige (29%) glauben daran, dass die enge wirtschaftliche und politische Verflechtung mit anderen Staaten die Neutralität verunmögliche.
- Geringeres Einverständnis und eine gewisse Skepsis im Vergleich zu den anderen Neutralitätsfunktionen bestehen bei der sicherheitspolitischen Funktion. Zwar sind zwei Drittel der Befragten der Meinung, die Neutralität schütze uns vor dem Einbezug in Konflikte. Aber nur 55 Prozent sehen in der bewaffneten Neutralität einen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität Europas. 45 Prozent bekunden Zweifel an der Möglichkeit, dass die Neutralität auch weiterhin militärisch glaubwürdig geschützt werden kann. Nur eine knappe Mehrheit hält somit die bewaffnete Neutralität für weiterhin glaubwürdig. An einen Sicherheitsgewinn durch ein Mitmachen in einem europäischen Verteidigungsbündnis anstelle eines Festhaltens an der bewaffneten Neutralität will nur eine Minderheit (29%) glauben.
- Nach Ansicht von sieben von zehn Befragten soll die Neutralität ein "vorrangiges Mittel unserer Aussenpolitik bleiben". Die reine Nützlichkeitsbetrachtung –"wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben"– ist wenig verbreitet (33%).

Als vorläufiges Fazit können wir festhalten:

Die schweizerische Neutralität hat in den Augen der Durchschnittsbevölkerung bis heute nichts an Attraktivität eingebüsst, im Gegenteil! Sie steht in bezug auf alle ihre Funktionen hoch im Kurs. Sie ist für die Mehrheit eine Maxime mit Zielcharakter. Alle Neutralitätsfunktionen stossen in der Bevölkerung auf grosse Zustimmung. Nur eine Minderheit sieht auch ihre möglichen Nachteile.

Als besonders wichtig werden die Solidaritäts- und die Identitätsfunktionen betrachtet. In der ausserordentlich hohen Zustimmung zur Neutralität als einer Voraussetzung für die Guten Dienste der Schweiz und dem bei zwei Dritteln verbreiteten Glauben an das internationale Ansehen, das die Neutralität dem Lande einbringe, schimmert ein eigenartiges Sendungsbewusstsein durch. Sie gibt die Grundlage ab für ein Selbstbild, in dem sich das Fremdbild einer als Konfliktvermittlerin begehrten, gleichsam über den Konflikten dieser Welt erhabenen Nation spiegelt. Die Schweiz avanciert in den Augen vieler ihrer Bürgerinnen und Bürger zum **Paradigma der friedlichen Nation**, die sich alle anderen zum Vorbild nehmen sollten. Es ist nur folgerichtig, wenn bei diesem missionarischen Selbstverständnis kein Anlass besteht, einen aussen- und sicherheitspolitischen Kurs gutzuheissen, der die Neutralität potentiell einschränkt oder gar ihre Aufhebung zur Folge haben könnte.

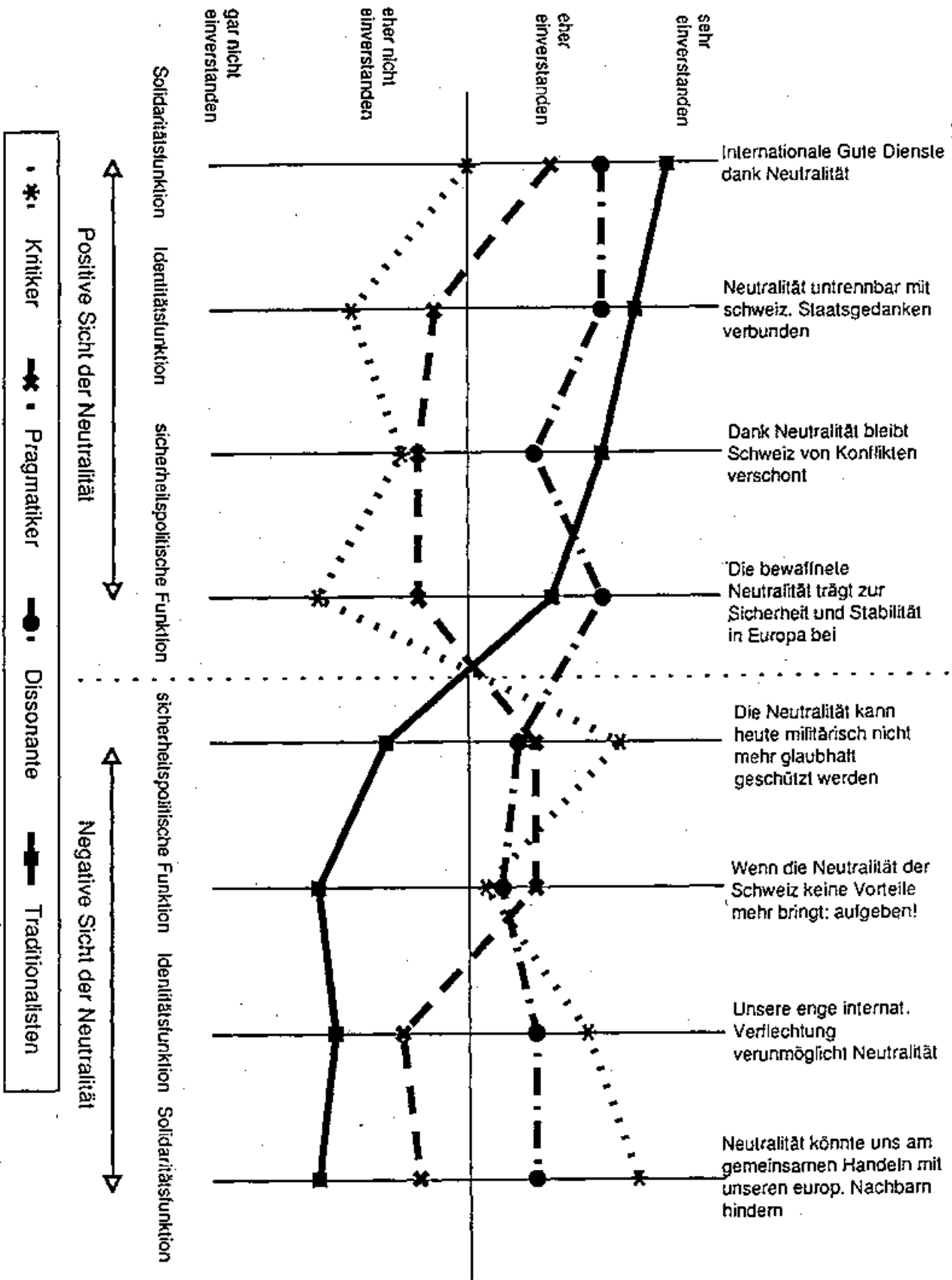
**Die Symbolik der Neutralität** ist somit nach wie vor von grosser Bedeutung für die DurchschnittsschweizerInnen<sup>27</sup>. Demgegenüber wird die sicherheitspolitische Funktion vergleichsweise weniger bedeutungsvoll eingeschätzt. Man schreibt ihr nach wie vor eine Schutzwirkung gegen den Einbezug in internationale Konflikte zu. Aber die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralitätsbehauptung scheint angeschlagen zu sein. Traditionale Gesichtspunkte spielen bei der Neutralitätsauffassung der Schweizerinnen und Schweizer somit eine grössere Rolle als instrumentelle Nutzenüberlegungen. Sie sehen in der schweizerischen Neutralität mehrheitlich eine Staatsmaxime, an der auch dann festgehalten werden soll, wenn deren Funktionalität sich im Zuge der internationalen Entwicklung entwertet hat. Sie hat für die DurchschnittsschweizerInnen offensichtlich mehr **Selbstwert-** als Instrumentcharakter.

### 2.2.2 Wer vertritt welche Neutralitätsauffassung? - eine Typologie

Von Interesse dürfte auch hier, wie schon bei der aussenpolitischen Orientierung, die Frage nach der quantitativen Verbreitung einzelner Neutralitätsauffassungen in der Bevölkerung sein. Für die Clusteranalyse haben wir aus den elf in Abb. 2.6 aufgeführten Vorgaben deren acht ausgewählt (vgl. Abb. 2.7). Diese indizieren alle Neutralitätsfunktionen in positiver (links in Abb. 2.7) und

<sup>27</sup> Kürzel für Durchschnittsschweizerinnen und Durchschnittsschweizer.

Abb. 2.7: Typologie der Neutralitätsauffassungen



in negativer Besetzung (rechts in Abb. 2.7). Eine angemessen befriedigende Lösung zur Erklärung der Variation bildet eine 4-Cluster-Variante. Die vier Typen lassen sich wie folgt charakterisieren:

**Neutralitätskritiker:** Sie lehnen die potentiell positiven Neutralitätsfunktionen mehr oder weniger ab, stark die Identitätsfunktion (Verbindung mit dem Staatsgedanken) und die bewaffnete Neutralität, weniger stark die Konfliktverschöpfung infolge Neutralität, nur knapp die Solidaritätsfunktion ("Gute Dienste") (Abb. 2.7: kurz gestrichelte Linie). Sie bestreiten vehement die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, weil sie in ihr ein Hemmnis für eine verstärkte internationale Kooperation der Schweiz sehen. Umstritten ist bei ihnen eine ausschliesslich nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität, die die Maxime dann über Bord zu werfen bereit ist, wenn sie keine Vorteile mehr erbringt; hier stimmen sie knapp zu. Die Kritiker halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. In ihrer Sicht entspricht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, insbesondere der internationalen Verflechtung der Schweiz, in keiner Weise mehr.

11% aller Befragten sind dem Typ des Neutralitätskritikers zuzurechnen.

**Neutralitätspragmatiker:** Sie bewerten die internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität weder positiv noch negativ (Abb. 2.7: dicke gestrichelte Linie). Dass die Neutralität die Schweiz am solidarischen Handeln mit den europäischen Nachbarn hindern könnte, wollen sie im Gegensatz zu den Neutralitätskritikern nicht wahrhaben (rechte Seite Abb. 2.7). Die sicherheitspolitische Funktion beurteilen sie ähnlich wie die Neutralitätskritiker, aber weniger radikal: An die Möglichkeit einer Konfliktverschöpfung dank Neutralität wollen sie nicht glauben. Ebenso wie die Neutralitätskritiker halten sie die bewaffnete Neutralität für nicht mehr glaubwürdig und sprechen ihr deshalb eine Stabilisierungswirkung im Rahmen der europäischen Sicherheit ab. Die Identitätsfunktion – Verbindung mit dem schweizerischen Staatsgedanken – halten sie für bedeutungslos. Sie plädieren für Aufhebung der Neutralität, sobald sie der Schweiz keine Vorteile mehr bringt. Die Neutralität wird in dieser Auffassung in erster Linie nach ihrer Nützlichkeit bewertet. Anders als die Kritiker teilen sie aber die Meinung nicht, die internationale Verflechtung verunmögliche Neutralität, und ebensowenig sehen sie in ihr ein Hindernis für solidarisches Handeln mit den europäischen Nachbarn. Jede(r) fünfte Schweizer(in) vertritt diese Neutralitätsauffassung (20%).



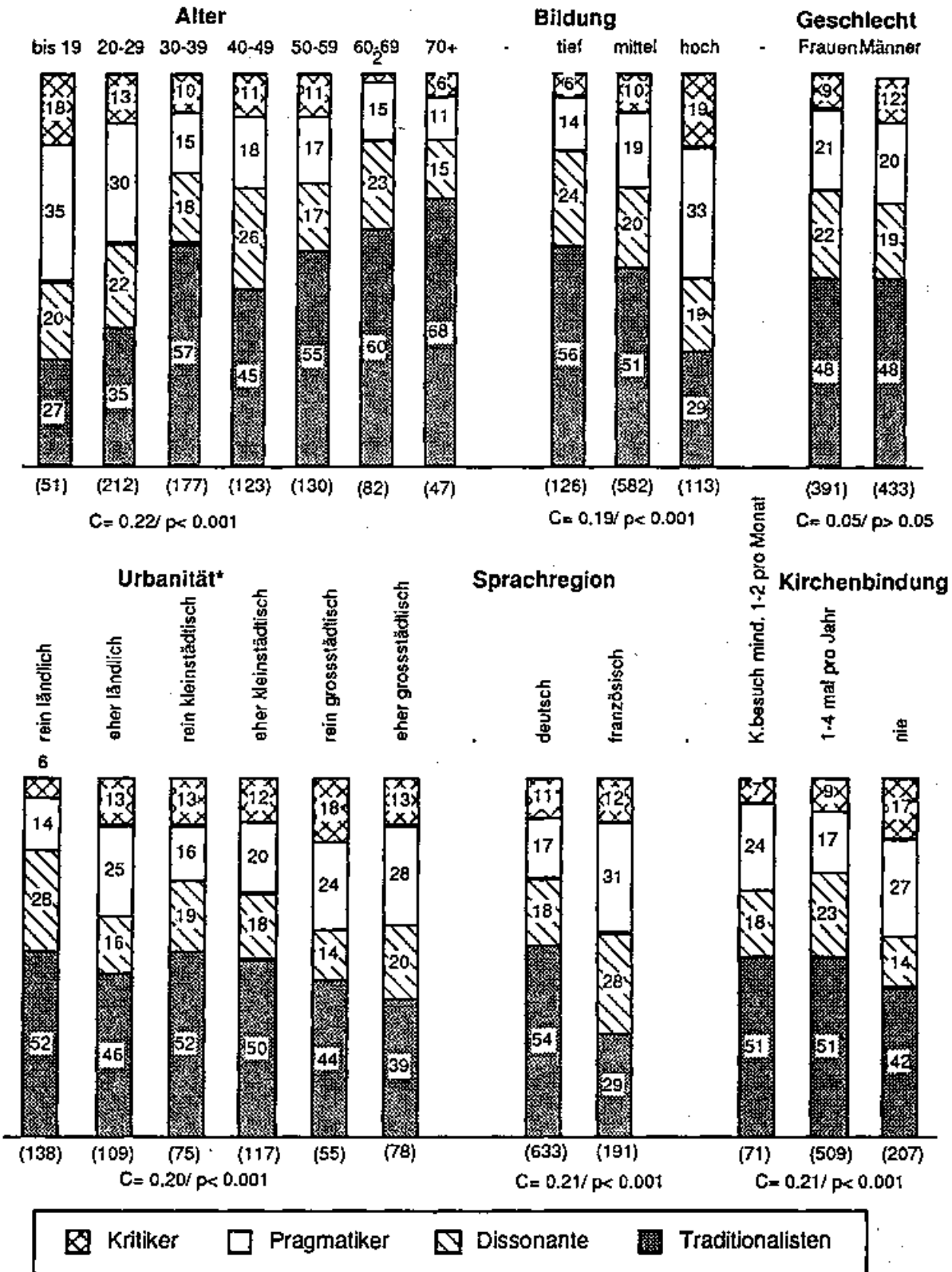
**Neutralitätsdissonante:** Personen dieses Auffassungstyps beantworten alle positiven wie auch alle negativen Vorgaben zustimmend (Abb. 2.7: Strich-Punkt-Linie). Besonders hohe Zustimmung erhält die Identitätsfunktion und die positive Wirkung der schweizerischen Neutralität für die europäische Sicherheit und Stabilität. Gleichzeitig stimmen Personen dieses Typs aber auch der Vorgabe zu, die Neutralität könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten und die enge internationale Verflechtung des Landes verhindere zusehends die Neutralität. Für diese widersprüchliche Haltung sind zwei Erklärungen möglich. Erstens: Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die objektiv wachsenden Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv an ihr festhalten. Sie sind sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung auch bewusst, nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr. Zweitens: Personen dieses Auffassungstyps sind sich der Inkonsistenz ihrer Haltung gar nicht bewusst. Sie sind apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt. Wie auch immer: Der Dissonanz-Typ bringt in jedem Fall ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen zum Ausdruck. Ihm sind **21 Prozent** der Befragten zuzurechnen.

**Neutralitätstraditionalisten:** Sie nehmen die Neutralitätsfunktionen als überaus positiv wahr und lehnen konsequent alle Funktionsverlustbehauptungen ab (Abb. 2.7: ausgezogene Linie). Im Vergleich zu den anderen Typen erfahren insbesondere die Solidaritätsfunktion und die politische Identitätsfunktion eine sehr hohe Gewichtung. Die Schweiz wird hier mit "Neutralität" gleichgesetzt. Für die Traditionalisten hat die Neutralität offenbar noch jenen Wert, den Edgar Bonjour als "Mythos von fast religiöser Weihe" beschrieben hat. Sie ist als Symbol stark emotional verankert. Auch ist der Glaube, die Neutralität schütze die Schweiz vor dem Einbezug in internationale Konflikte, ungebrochen hoch. Sie wenden sich deshalb konsequent gegen eine ausschliesslich instrumentelle Betrachtung der Neutralität. Diese erhält deutlich den Stellenwert eines Selbstzweckes.

**48 Prozent** der Befragten, - fast die Hälfte aller Befragten! - neigen zur traditionalistischen Neutralitätsinterpretation.

Abb. 2.8 zeigt die Verteilung der Typen nach sozio-demographischen Kriterien. Das Muster gleicht weitgehend dem der sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit (Abb. 2.5). Die Neutralitätsauffassungen variieren sehr stark nach dem Alter, der Sprachregion, dem Lebensstil, der Kirchenbindung und der Bildung, nicht jedoch nach dem Geschlecht.

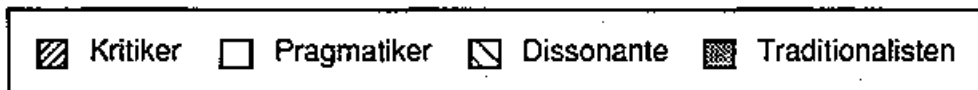
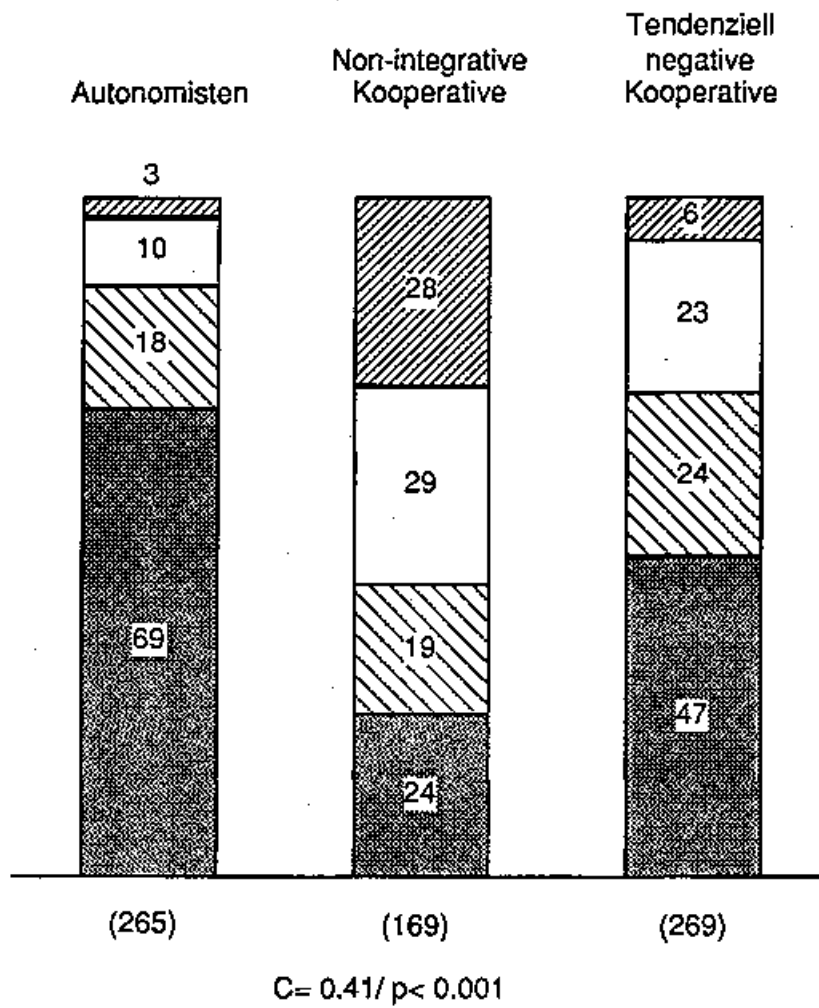
Abb. 2.8: Neutralitätsauffassungen nach soziodemographischen Merkmalen



\*Kombination von 3 Fragen nach Ortsgrösse von Erwerbstätigkeit, Freizeitverfügung, Wohnsitz. Beispiel: rein ländlich = Berufsarbeit, Freizeitverfügung, Wohnsitz auf dem Lande, eher ländlich = 2 von 3 Kriterien ländlich, eines nicht ländlich.

Für die Prozentuierung wurden die Antworten "weiss nicht"/ "keine Antwort" hier nicht berücksichtigt.

**Abb. 2.9 : Zusammenhang zwischen der Typologie der internationalen Kooperationswilligkeit und der Neutralitäts-Typologie**



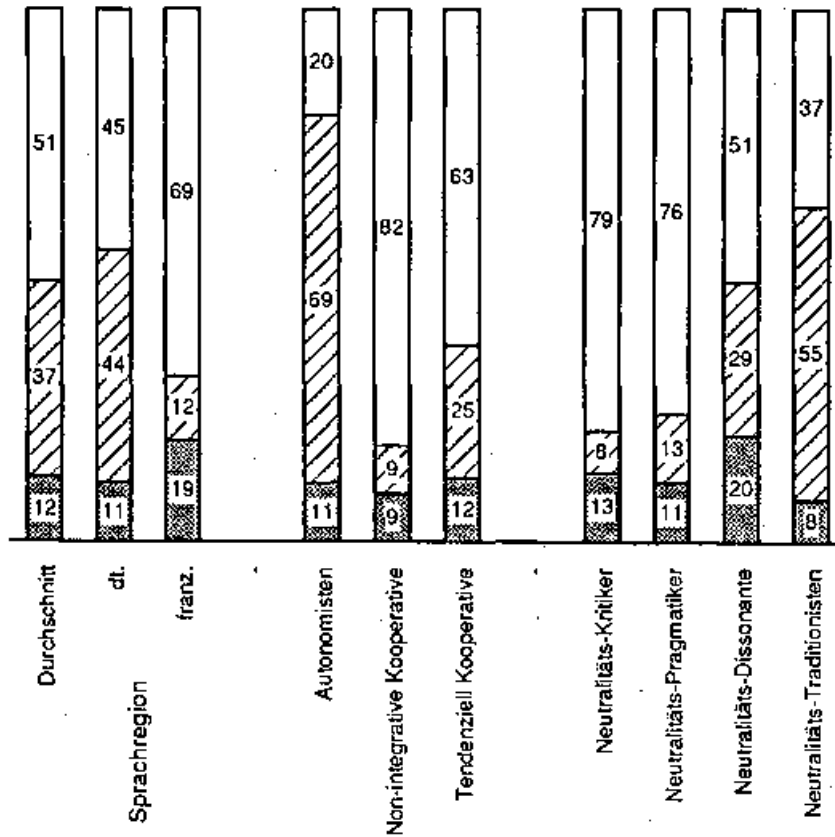
Für die Prozentuierung wurden die Antworten "weiss nicht"/ "keine Antwort" hier nicht berücksichtigt.

- Am eindrucklichsten variiert die Bewertung der Neutralität nach den Altersgruppen. Zu einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung neigen ältere Personen über 50. Aber auch bei den über 30jährigen teilt mehr als jede zweite diese Bewertung. Zu einer traditionalistischen Auffassung neigen ferner Personen mit einem niedrigen und mittleren Bildungsgrad, eher ländlichem Lebensstil und einer mittleren bis starken Kirchenbindung. Sie ist in der deutschen Schweiz markant stärker verbreitet als in der französischen Schweiz.
- Kritisch interpretieren die schweizerische Neutralität sehr junge Befragte und insbesondere solche mit einem hohen Bildungsniveau sowie grossstädtischem Lebensstil. Zwischen den Sprachregionen bestehen diesbezüglich kaum Unterschiede (Deutschschweiz 11%, französische Schweiz 12%).
- Pragmatisch, d.h. nach dem Nutzen für die Schweiz, beurteilen die Neutralität überdurchschnittlich Personen unter 30 Jahren, solche mit hohem Bildungsniveau und fehlender Kirchenbindung. Der Anteil der Pragmatiker liegt in der französischen Schweiz fast doppelt so hoch (31%) wie in der deutschen Schweiz (17%).
- Die dissonante Neutralitätsauffassung variiert nicht besonders stark nach den einzelnen Merkmalen. Sie findet sich überdurchschnittlich häufig in ländlichen Gegenden, bei Personen mit tiefem Bildungsniveau. Sie ist insbesondere in der welschen Schweiz häufiger zu finden als in der deutschen Schweiz.

Enge und durchaus folgerichtige Zusammenhänge bestehen zwischen der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft, wie wir sie typologisch in Abb. 2.4 ermittelt haben, und den verschiedenen Neutralitätsauffassungen (Abb. 2.9). Die traditionalistische Neutralitätsauffassung überwiegt erwartungsgemäss bei den Autonomisten. 69 Prozent unter diesen neigen ihr zu. Die neutralitätskritische Auffassung ist am stärksten unter den non-integrativen Kooperativen verbreitet. Von den integrativ Kooperativen neigt beinahe jeder zweite Befragte (47%) zu einer traditionalistischen Neutralitätsauffassung. Dies ein weiterer Hinweis dafür, dass die "harte" Öffnungswilligkeit nicht aus einer Kooperationseuphorie heraus erfolgt, sondern aus der Einsicht in die Notwendigkeit intensivierter Kooperation unter den gegebenen Umständen.

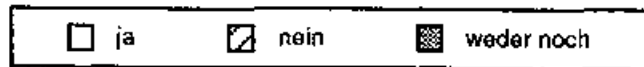
**Abb. 2.10: Bewertung des EWR-Volksentscheides**

Bedauern Sie aus heutiger Sicht den Volksentscheid vom 6. Dez. 1992?



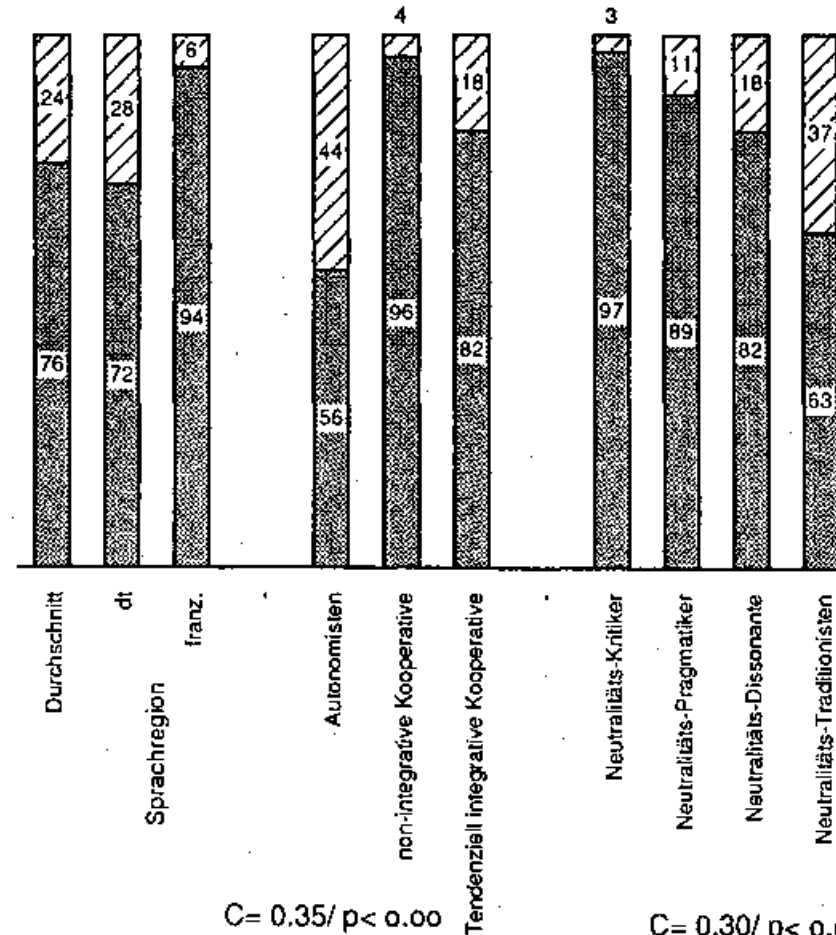
C=0.48/ p<0.00

C= 0.40/ p< 0.00



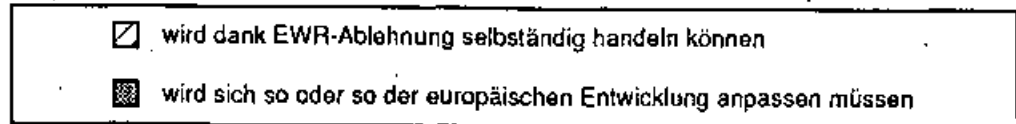
Nach dem EWR-Entscheid vom 6. Dez. 1992:

Wird die Schweiz selbständig handeln können oder muss sie sich an die europäische Entwicklung anpassen?



C= 0.35/ p< 0.00

C= 0.30/ p< 0.00



Für die Prozentuierung wurden die Antworten "weiss nicht"/ "keine Antwort" hier nicht berücksichtigt.

### **2.3 Die Bewertung des Volksentscheides zum EWR-Beitritt und die Wahrnehmung äusserer Abhängigkeit**

Vorstellungen über den gewünschten aussen- und sicherheitspolitischen Kurs sind das eine, Einschätzungen und Lagebeurteilungen über den vorhandenen Handlungsspielraum das andere. Idealerweise sollte zwischen beiden eine Wechselbeziehung bestehen. Was für den Politiker ein Muss darstellt, ist indessen für die Bürgerin und den Bürger häufig weniger zwingend. Der sozialisatorische Hintergrund mit seinen spezifischen Wertprägungen (Bildung, Lebensstil, Alter), die regionale Kultur und ganz persönliche Interessen – vor allem auch materieller Art – dürften, wie oben gezeigt, die aussenpolitische Optik mindestens ebenso sehr bestimmen wie eine "unvoreingenommene" Einschätzung der internationalen Position der Schweiz.

Dies zeigte nicht zuletzt auch der leidenschaftlich geführte Abstimmungskampf um den EWR-Beitritt im Herbst 1992. Wir haben deshalb unseren Interviewten auch die Frage gestellt, ob die Schweiz nach dem EWR-Nein des Volkes nun selbständiger handeln könne oder ob sie sich so oder so der europäischen Entwicklung werde anpassen müssen. Darüber hinaus wollten wir wissen, ob man den Volksentscheid vom 6. Dezember 1993 aus heutiger Sicht bedaure oder nicht (Abb. 2.10).

In unseren Daten manifestiert sich etwas von der Katzenjammer-Stimmung, die da und dort in den Medien nach dem Urnengang konstatiert worden war. Bezogen auf alle Antwortenden bedauert aus heutiger Sicht<sup>28</sup> eine knappe Mehrheit von 51 Prozent der Befragten den Volksentscheid über den EWR-Beitritt, 37 Prozent bedauern ihn nicht, und 12 Prozent gaben sich indifferent. Gross sind die Unterschiede nach der Sprachregion: Sind es bei den Deutschschweizern nur gerade eine relative Mehrheit von 45 Prozent, die den Entscheid bedauern, so ist dies unter den Romands eine stattliche Mehrheit von 69 Prozent. Der Röstli-Graben wird auch hier überaus deutlich sichtbar.

Daran, dass die Schweiz nach dem Entscheid selbständiger werde handeln können, glauben nur gerade 24 Prozent der Durchschnittsschweizerinnen und -schweizer (Abb. 2.10, rechts). Für drei von vier steht fest: unser Land wird sich so oder so an die europäische Entwicklung anpassen müssen. Bei den Welschen sind die diesbezüglichen Verhältnisse weitaus deutlicher ausgeprägt: 94 Prozent zeigen sich von einem steigenden Anpassungsdruck an die europäische Entwicklung überzeugt; im Vergleich dazu sind es nur 72 Prozent

---

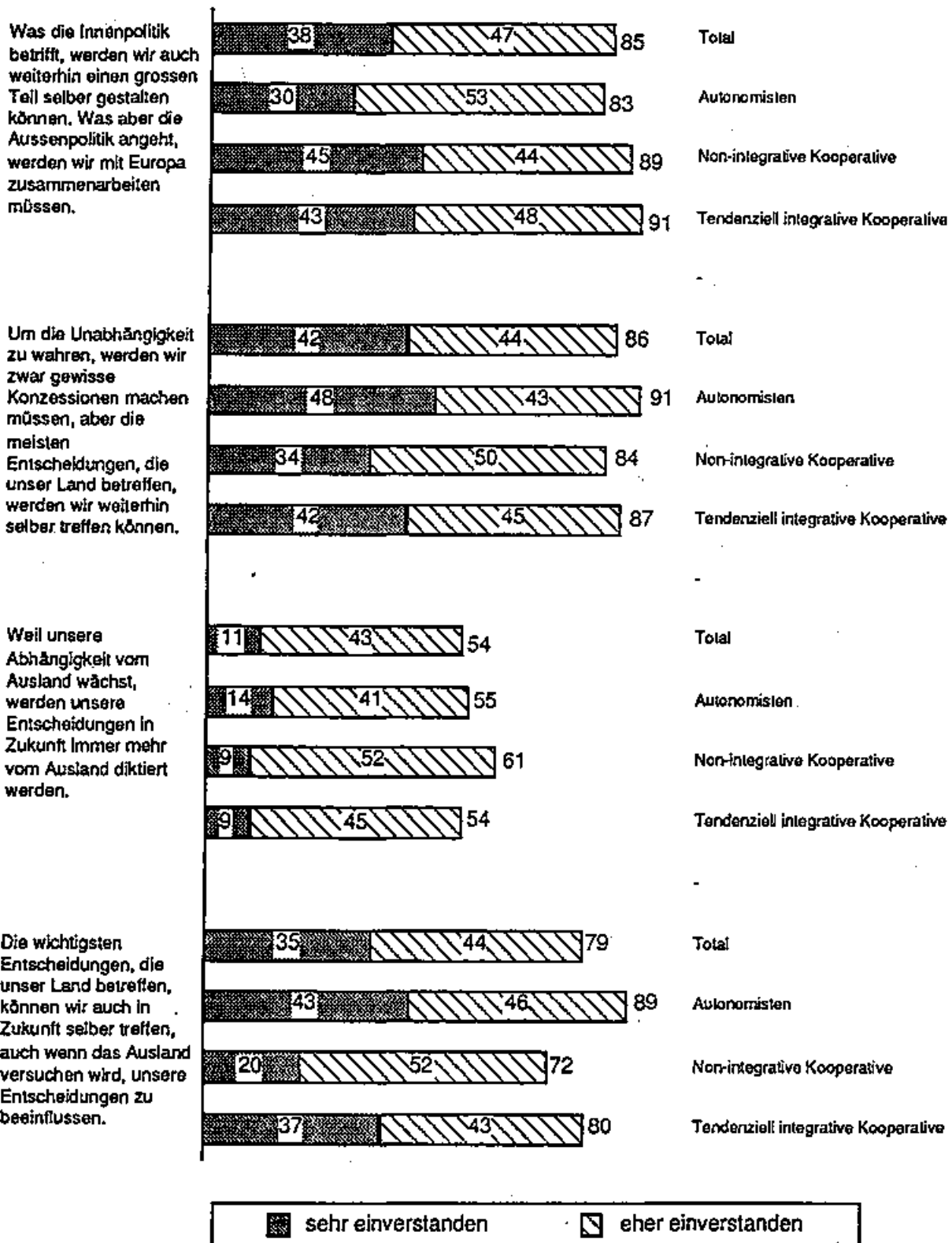
<sup>28</sup> Zum Zeitpunkt der Befragung: Sommer 1993.

bei den Deutschschweizern. Die völlig andere Lagebeurteilung durch die Romands im Vergleich zur Sprachmehrheit könnte kaum deutlicher ausfallen. Wie nicht anders zu erwarten, streut die ex-post-Beurteilung der EWR-Abstimmung stark nach den Typen der aussenpolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung (Abb. 2.10). Gross ist das Bedauern vor allem bei den non-integrativen Kooperativen und – deutlich schwächer, aber noch immer mehrheitlich – bei den tendenziell integrativ Kooperationswilligen. Einzig die Autonomisten bedauern den Entscheid grössmehheitlich nicht und sind zu 44 Prozent auch davon überzeugt, dass die Schweiz nun selbständiger werde handeln können. Bemerkenswert bei ihnen ist weniger die Mehrheit als vielmehr die Minderheit von immerhin 20 Prozent, die die EWR-Entscheidung vom Dezember 1992 aus heutiger Sicht nicht gutzuheissen vermag. Nimmt man die 25 Prozent der integrativen Kooperativen, die den Entscheid nicht bedauern, und die 20 Prozent der Autonomisten, die ihn bedauern, so muss von einem Potential von etwa einem Fünftel bis einem Viertel der schweizerischen Bevölkerung gesprochen werden, das nach dem Volksentscheid die Meinung zum EWR in die eine oder andere Richtung gewechselt hat.

Die Verteilungsmuster bei der Neutralitätstypologie entsprechen in der Verteilungslogik derjenigen der Kooperationstypologie. Einzig unter den Neutralitätstraditionalisten findet sich eine knappe Mehrheit von 55 Prozent, die den Entscheid vom 6. Dezember 1992 nicht bedauert, und eine starke Minderheit von 37%, die meint, die Schweiz könne dank ihrem Plebiszit selbständiger handeln. Überdurchschnittlich hoch indifferent (20 Prozent) geben sich die Neutralitätsdissonanten. Dies ein weiterer Hinweis dafür, dass sich in der Dissonanzhaltung ein erhebliches Mass an Verunsicherung und möglicherweise auch an politischem Desinteresse verbirgt.

Der Widerspruch zwischen dem als real wahrgenommenen äusseren Anpassungszwang und der im Referendum vom Dezember manifestierten knappen Mehrheitsmeinung tritt noch krasser zu Tage, wenn die Befragten aufgefordert werden, den Grad an Abhängigkeit der Schweiz anhand von vorformulierten Argumenten zu beurteilen (Abb. 2.11). Danach sind rund neun von zehn Befragten (85% bzw. 86%) der Meinung, Konzessionen an das Ausland zur Wahrung der eigenen Unabhängigkeit seien ebenso unumgänglich wie eine engere aussenpolitische Zusammenarbeit mit Europa. Etwas mehr als jeder zweite geht gar davon aus, dass eine wachsende Abhängigkeit vom Ausland uns auch immer mehr dessen Entscheidungsdictat unterwerfen wird.

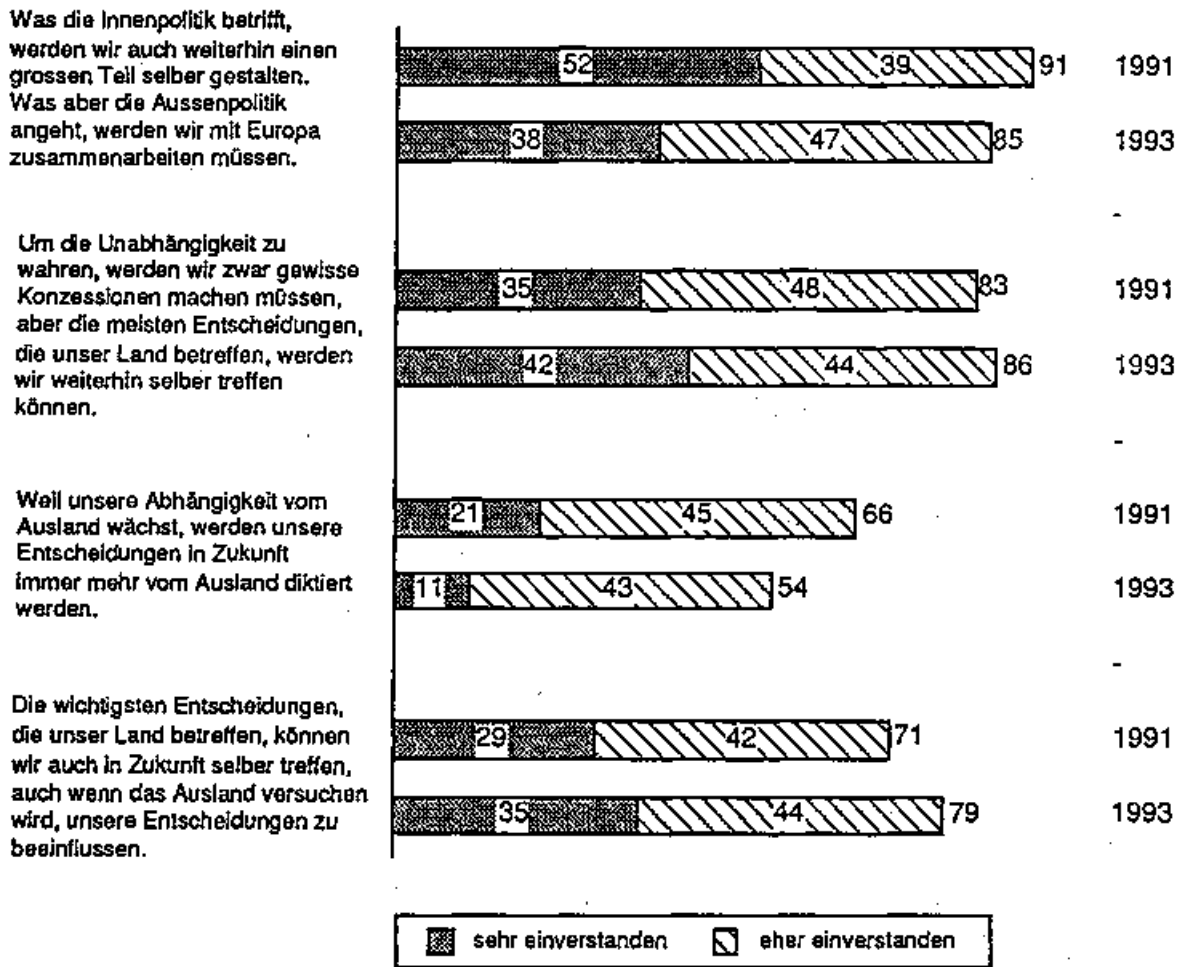
Abb. 2.11: Abhängigkeit vom Ausland - Beurteilung der Situation



Für die Prozentuierung wurden die Antworten "weiss nicht" "keine Antwort" nur beim "Total" berücksichtigt.



Abb. 2.12: Wahrnehmung der Dependenz von internationalen (europäischen) Entwicklungen



Gleichzeitig glaubt eine deutliche Mehrheit an die ungebrochene Autonomie für "die wichtigsten Entscheidungen, die unser Leben betreffen".

Von 1991 bis 1993 hat sich – gemessen an den vier diesbezüglichen Fragen – der Glaube an die souveräne Entscheidungsautonomie wieder leicht verstärkt (Abb. 2.12). Diese Tendenz stimmt mit dem konstatierten Trend zum Neo-Isolationismus überein.

Die Meinung, der Fortgang der europäischen Entwicklung werde Einbussen an nationaler Autonomie unumgänglich machen, ist grossmehrheitlich vorhanden. Umso unverständlicher erscheint es deshalb, wenn fast 4 von 10 SchweizerInnen die Intensivierung der internationalen Kooperation der Schweiz ablehnen. Noch unverständlicher wird diese Haltung, wenn man sieht, wie geringfügig sich die Autonomisten in ihrer Lagebeurteilung von den aussenpolitisch Kooperationswilligen unterscheiden: Auch sie sind von der Unvermeidbarkeit von Konzessionen und der Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit mit Europa überzeugt. Die Autonomisten unterscheiden sich von den Kooperationswilligen allein durch einen geringfügig grösseren Optimismus bei der Einschätzung der nationalen Souveränität bezüglich den "wichtigsten Entscheidungen, die unser Land betreffen". Insgesamt lässt sich ihre Haltung deshalb kaum anders als bewusste oder unbewusste Trotzreaktion auf eine zwar als unumgänglich eingeschätzte, aber persönlich unerwünschte Entwicklung interpretieren. Sie kommt subjektivem Widerstreben gegen einen Sachzwang gleich. Nimmt man hinzu, dass die Bevölkerungsgruppen, in denen die isolationistische Haltung dominiert, nicht zu den primären Gewinnern einer zunehmenden Öffnung der Schweiz gehören, so gewinnt diese Interpretation an Plausibilität.

## **2.4 Nationale Identität und aussenpolitische Kooperationsbereitschaft**

Wie selten zuvor wurden in der Diskussion um den EWR die Grundlagen schweizerischer Identität hinterfragt. Nimmt man die Propaganda der EWR-Gegner zum Massstab, so scheint es erfolgreich gelungen zu sein, die emotionale nationale Identität gegen die europäische Integration auszuspielen. Die Renaissance des Nationalen, wie sie zum Teil auch in anderen europäischen Staaten beobachtet werden kann, erreichte in der Diskussion um die Europapolitik der Schweiz eine Mobilisierungsstärke, wie sie ähnlich im Jubiläumsjahr 1991 nicht hatte beobachtet werden können<sup>29</sup>. Es stellt sich deshalb die Frage, wie sehr Elemente der nationalen Identifikation die aussenpolitische Kooperationswilligkeit hemmen, welche Bedeutung ihnen in der aussenpolitischen Meinungsbildung zukommt.

<sup>29</sup> Vgl. Haltiner (1992), sowie Weibel (1992).

Identität bedeutet zunächst einmal Bezug zu nehmen auf die eigene Vergangenheit, sich eigener Werte und Symbole gewahr zu werden, zu fragen, welchen "Zukunftssinn die historischen Erfahrungen" im Lichte neuer Anforderungen noch machen<sup>30</sup>. Der Zürcher Soziologe Meier-Dallach hat wohl zu Recht darauf hingewiesen, dass die grossen europäischen Nationen im vereinten Europa mühelos ihre "grossräumige Tradition" wiederfinden könnten<sup>31</sup>. Die Schweiz hat demgegenüber ihre Selbstbestimmung eher defensiv und insular, aus einer kleinräumigen Perspektive heraus "von unten nach oben", und nicht umgekehrt, definiert. Die heute symbolisch gegen aussen definierte Neutralität erfüllte bekanntlich seit jeher auch die wichtige innenpolitische Funktion, zentrifugale Tendenzen in der multikulturellen Schweiz zu minimieren. Öffnung heisst damit bis zu einem gewissen Grad Verlust, die Annäherung der Sprachminderheiten an ihre grossen Nachbarkulturen durch Grenzabbau, Auflösung nationaler Kohäsion. Beides weckt spontan gefühlsmässige Widerstände. Über die nationale Identität vermittelt sich somit ein Grad an politischer Bindung und kollektiver Sicherheit, die man beide ohne klar erwerbbar Vorteile nicht in Frage zu stellen bereit ist. Eine autonomiebetonte Haltung dürfte deshalb, so kann man vermuten, mit einem hohen Grad an emotionaler Integration einhergehen.

Für die folgende Analyse unterscheiden wir die emotionale von der instrumentellen Integration. Instrumentelle Integration bedeutet, dass der Nutzen, den der einzelne aus seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gemeinschaft empfängt, als real und als wichtig eingeschätzt wird. Die emotionale nationale Integration bestimmt sich demgegenüber aus der traditionsbestimmten, fraglosen Loyalität zur Nation als einer "Wir"-Gruppe<sup>32</sup>.

Für die emotionale Integration sind die Anzeichen einer Erosion im Verlaufe der letzten zehn Jahre nicht zu übersehen (Abb. 2.13). Vier von zehn Schweizerinnen und Schweizern könnten sich heute durchaus eine andere Nationszugehörigkeit als die eigene vorstellen. 1983 waren das erst drei von zehn. Für zwei Drittel der Befragten von 1976<sup>33</sup> und 1983<sup>34</sup> galt ein Schweizer, der die Schweiz nicht als Vaterland empfindet, noch als schlechter Schweizer. Heute befürworten nurmehr 37%, also eine deutliche Minderheit, eine solche Aussage.

---

<sup>30</sup> Lübke (1990:33).

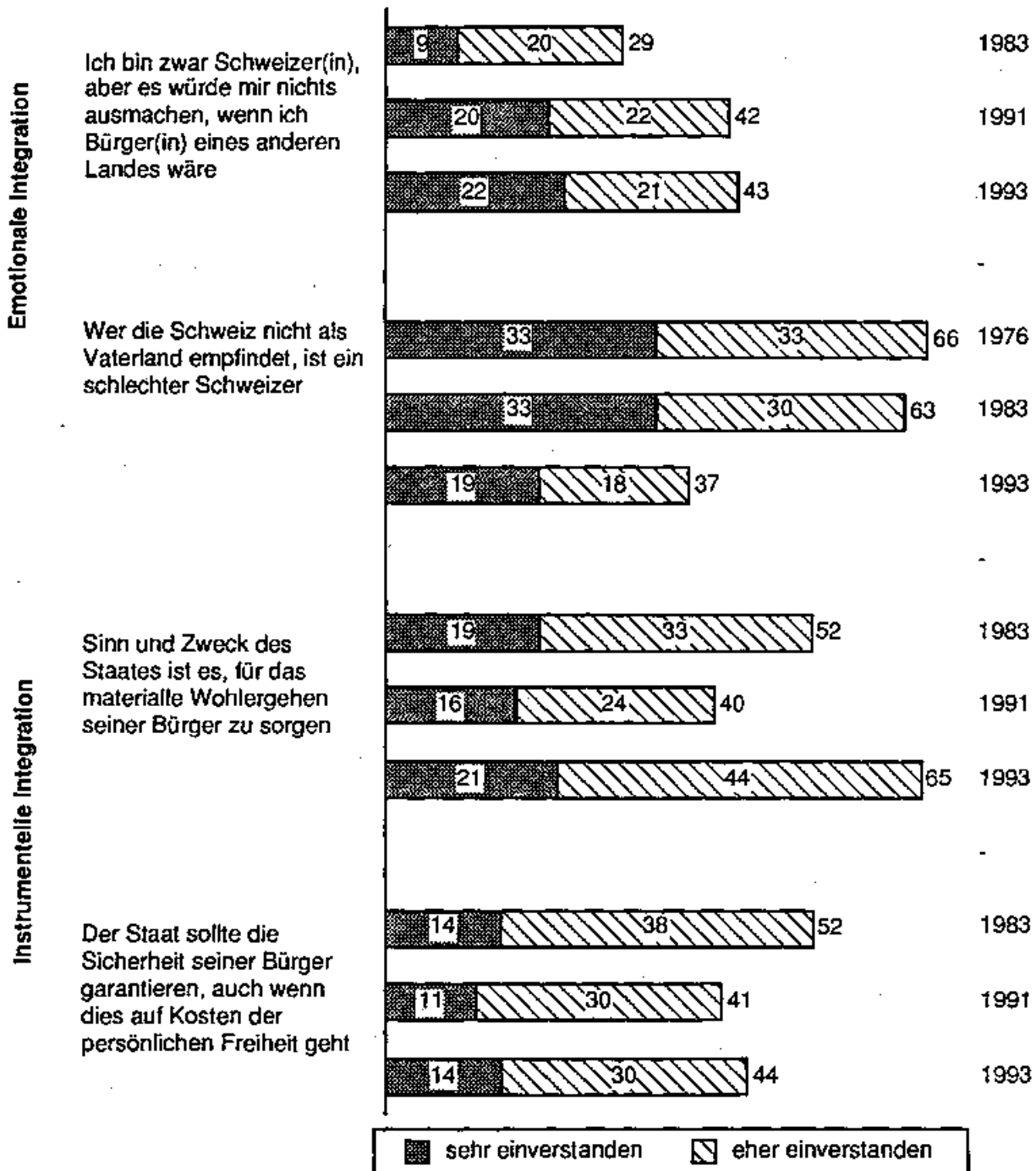
<sup>31</sup> Meier-Dallach (1990:59).

<sup>32</sup> Frey/Kerr (1974: 92 ff).

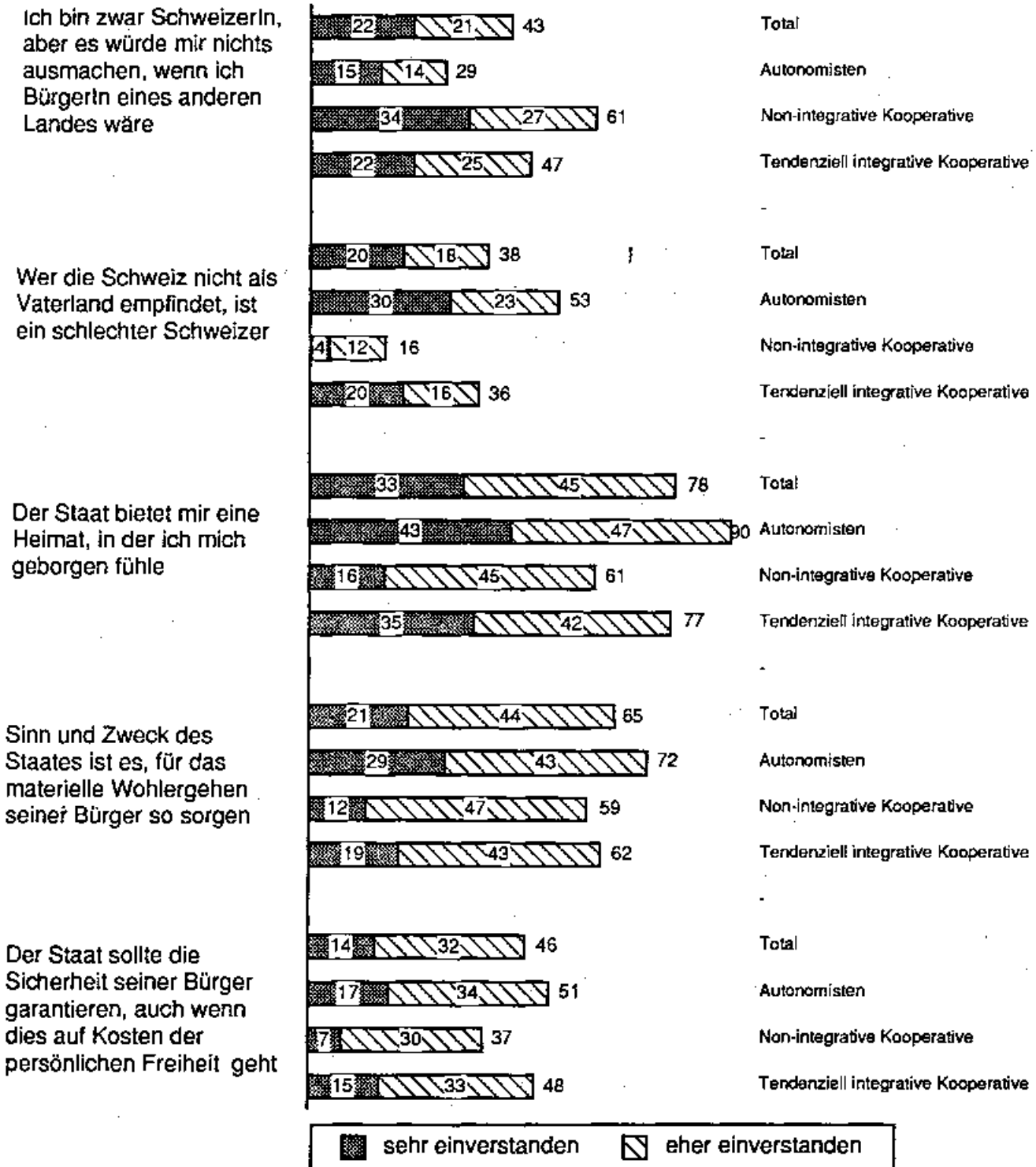
<sup>33</sup> Meyer (1976).

<sup>34</sup> Haltiner (1986).

Abb. 2.13: Nationale Integration - Trends



**Abb. 2.14: Nationale Integration nach der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit**



Für die Prozentuierung wurden die Antworten "weiss nicht"/"keine Antwort" nur beim "Total" berücksichtigt.

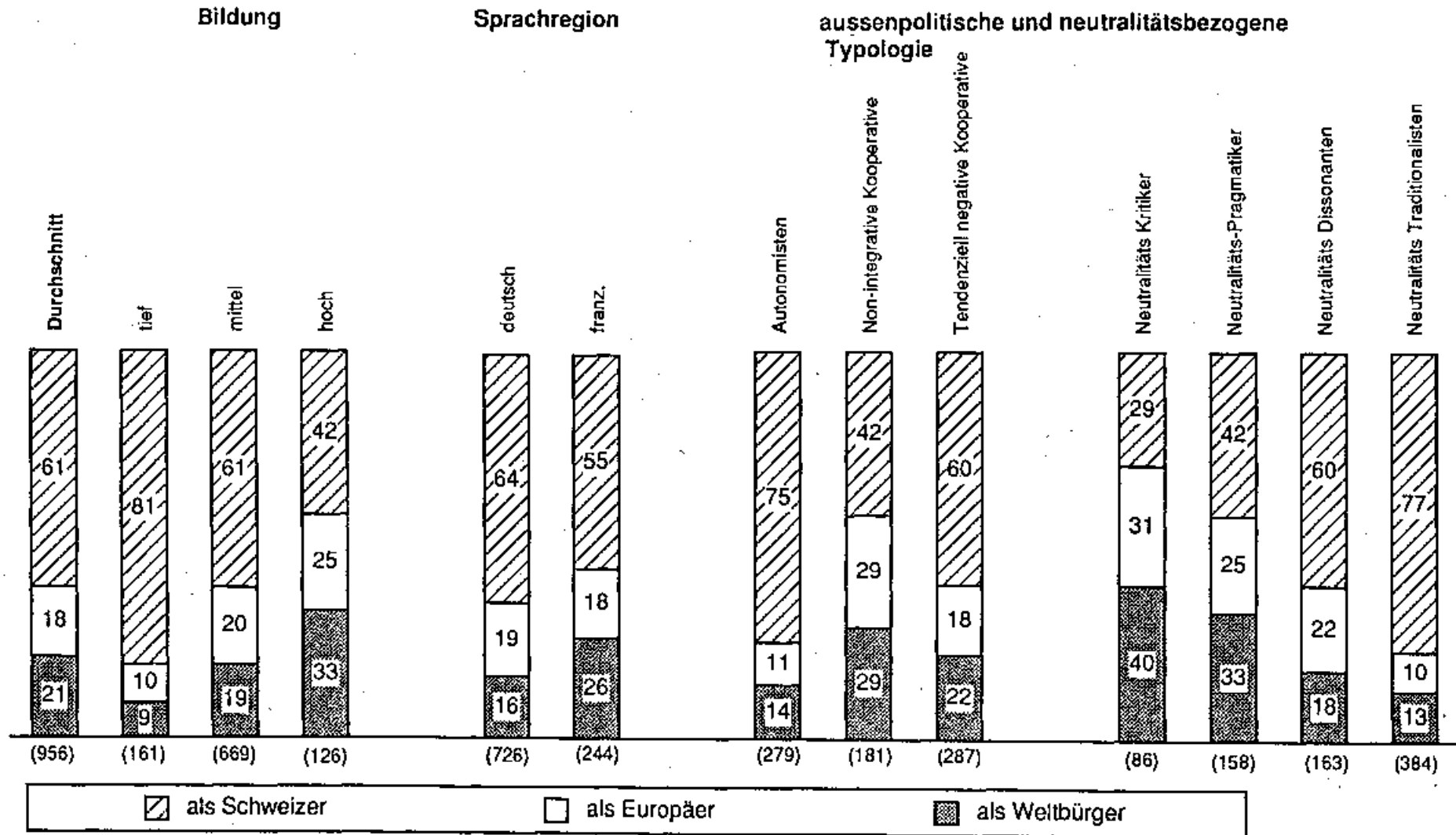
Demgegenüber hat sich die instrumentelle Integration in derselben Periode trendmässig nicht verändert. Sie scheint vielmehr konjunkturell zu schwanken, indem sie in Zeiten einer Konjunkturabschwächung stärker betont wird als in Hochkonjunkturphasen. So nimmt beispielsweise die Zustimmung zur Forderung, es sei Sinn und Zweck des Staates, für das materielle Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen, von 52 Prozent 1983 auf 40 Prozent 1991 ab, um dann auf 65 Prozent im Jahre 1993 anzusteigen. Das gleiche Fluktuationmuster zeigt sich abgeschwächt bei der Forderung nach Sicherheit durch den Staat selbst um den Preis persönlicher Freiheit.

Wie erwartet, zeigt sich ein sehr deutlicher Zusammenhang zwischen der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft und dem Grad an emotionaler Integration (Abb. 2.14). Die entsprechenden Vorgaben werden durch die Autonomisten stark überdurchschnittlich abgelehnt bzw. gutgeheissen. Nur wenig emotional sind die non-integrativen Kooperativen integriert, nahe am gesamtschweizerischen Durchschnitt bewegen sich die tendenziell integrativen Kooperationswilligen. Demgegenüber lassen sich bei der instrumentellen nationalen Integration vergleichsweise geringe Unterschiede nach der aussenpolitischen Kooperationstypologie ausmachen.

Die Bedeutung der emotionalen Komponente zeigt sich auch bei der direkten Frage nach der wichtigsten identifikatorischen Bezugsebene (Abb. 2.15). Sechs von zehn Befragten sehen sich vorab als SchweizerInnen, 16 Prozent als EuropäerInnen und ein Fünftel als WeltbürgerInnen. Der Grad an Kosmopolitizität variiert sehr stark nach dem Bildungsgrad: Tiefe Bildungsschichten geben sich zu 81 Prozent zuerst als SchweizerInnen, die höheren bloss zu 42 Prozent. Die Welschen bezeichnen sich etwas weniger zahlreich zuerst als SchweizerInnen als die DeutschschweizerInnen. Wer eine traditionale Neutralitätsauffassung und eine autonomistische Aussenpolitik vertritt, fühlt sich im Vergleich zu den übrigen Typen überdurchschnittlich stark zuerst als SchweizerIn. Betont international geben sich die non-integrativen Kooperationswilligen und insbesondere in stark überdurchschnittlichem Mass die Kritiker schweizerischer Neutralität.

**Abb. 2.15: Identifikatorische Beziehungsebenen und internationale Kooperationswilligkeit**

"Sehen Sie sich in erster Linie als Schweizer/in, Europäer/in oder Weltbürger?" (Aufgeführt sind Nennungen im ersten Rang)



Für die Prozentuierung wurden die Antworten "weiss nicht"/ "keine Antwort" hier nicht berücksichtigt.

Die emotionale nationale Verwurzelung erweist sich somit, wie vermutet, als gewichtiges Hemmnis für eine aussen- und sicherheitspolitisch kooperationsbereite Haltung in der schweizerischen Bevölkerung. Sie variiert stark mit dem schulischen Bildungsgrad und hat sich - möglicherweise im Zuge der Bildungsexplosion - im Zeitraum der letzten Jahre deutlich abgebaut. Die durchschnittliche Bürgerschaft ist heute schwächer emotional mit ihrem Land verbunden, als dies vor 10 bis 15 Jahren der Fall war.

## **2.5 Der aussenpolitische Kooperationswille im Kontext von politischen Wert- und Bedrohungsvorstellungen**

Die typologische Analyse der politischen Kooperationswilligkeit und der verschiedenen Neutralitätsauffassungen lässt vermuten, dass sich die aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung nicht losgelöst von grundsätzlichen politischen Überzeugungen, Wertvorstellungen und Bedrohungswahrnehmungen vollzieht. Wir wollen im folgenden sowohl den Werte- wie auch den Bedrohungskontext der Kooperationstypologie etwas näher unter die Lupe nehmen, um einigen Bestimmungsgründen für die Haltung der Bürgerinnen und Bürger in Sachen Aussen- und Sicherheitspolitik auf die Spur zu kommen.

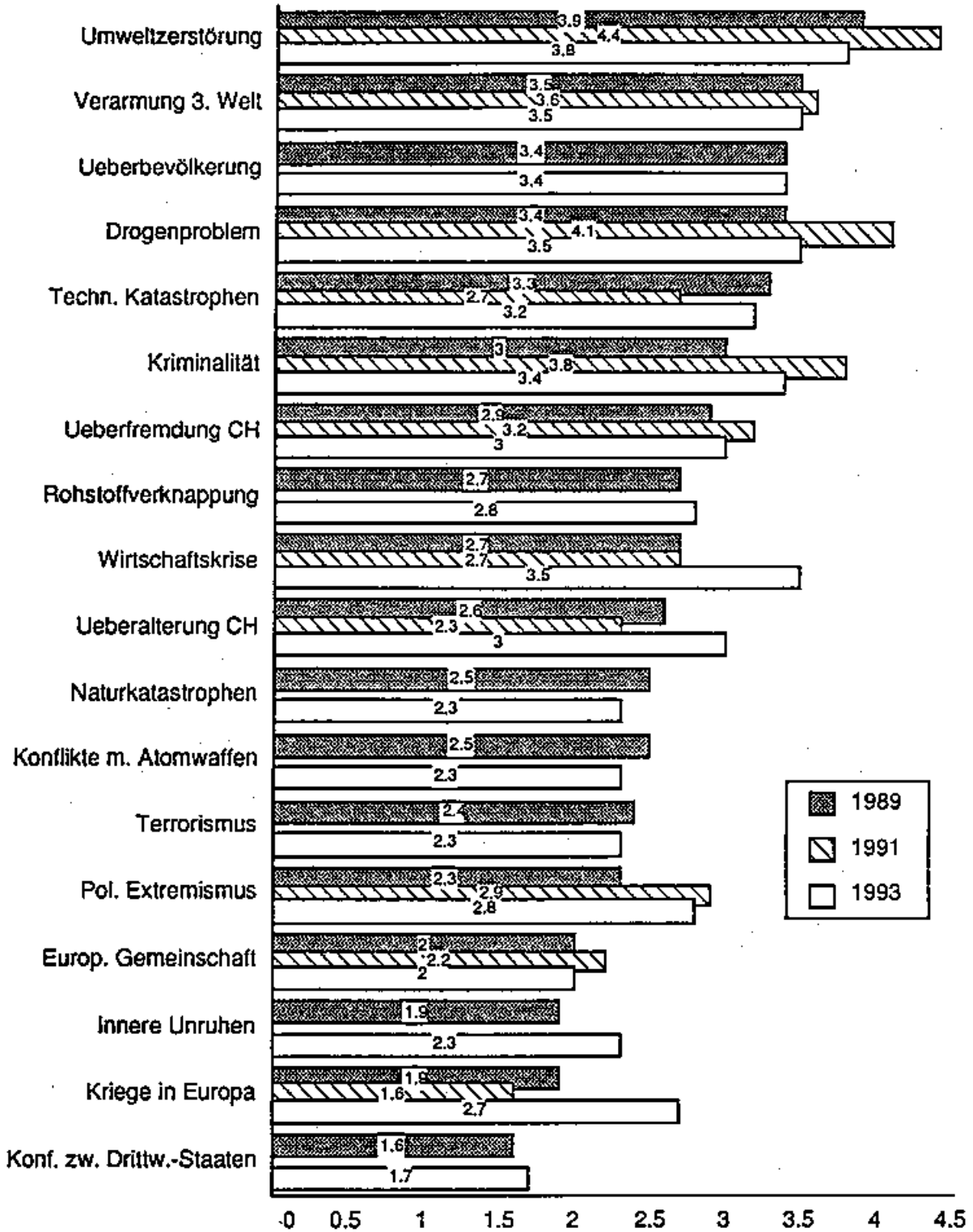
### **2.5.1 Bedrohungswahrnehmungen**

Bedroht fühlt sich, wer die eigenen Wertvorstellungen, Dinge, die ihm lieb und teuer sind, gefährdet sieht. Bedrohungswahrnehmungen widerspiegeln somit Wertprioritäten. Die Liste der Bedrohungen wird in der Schweiz seit einem halben Jahrzehnt von ökologischen Gefährdungen angeführt<sup>35</sup>. Diese Spitzenposition erhält sie auch in unserer Befragung (Abb. 2.16). Die "Umweltzerstörung" dominiert die übrigen Bedrohungswahrnehmungen. Ihr folgen in der Rangierung globale Bedrohungen wie die Verarmung der Dritten Welt und die Übervölkerung der Erde.

<sup>35</sup> Vgl. Buri/ Haltiner/ Spillmann (1991:13).



**Abb. 2.16: Bedrohungswahrnehmungen**  
(Mittelwerte einer sechsstufigen Skala von  
0= keine Bedrohung bis 5= sehr grosse Bedrohung)



Hohe Bedeutung kommt dem Drogenproblem, der Möglichkeit von technischen Katastrophen, der Kriminalität und der potentiellen Überfremdung der Schweiz zu.

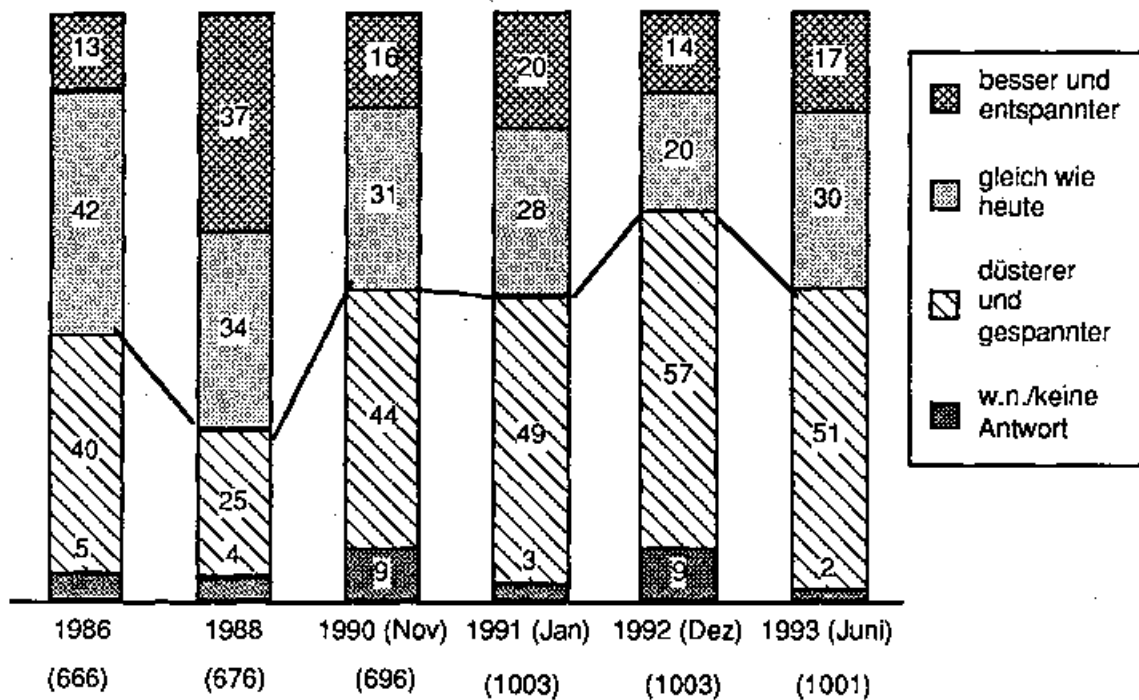
Interessant ist weniger die Rangierung als vielmehr die Verschiebung der Prioritäten im Zeitverlauf. In Abb. 2.16 sind Werte für die Jahre 1989, 1991 und 1993 aufgeführt. Die grösste relative Bedeutungszunahme verzeichnet ein tief rangierender Aspekt: die Angst vor Kriegen in Europa ist nach einem Rückgang von 1989 bis 1991 in diesem Jahr markant angestiegen. Eine weitere starke Zunahme verzeichnet die Wirtschaftskrise mit ihren mannigfaltigen existenzbedrohenden Konsequenzen. Sie ist damit in der Prioritätenliste unmittelbar an die zweite Stelle nach der Umweltbedrohung gerückt. Diese hat seit der letzten Befragung von 1991 ihrerseits an Bedeutung eingebüsst, obwohl sie nach wie vor die Spitzenposition innehält. Damit bestätigt sich ein bekannter Sachverhalt: Aspekte der materiellen Sicherheit erfahren im Verlauf wirtschaftlicher Krisen im Vergleich zu schwer wahrnehmbaren Kollektivbedrohungen, wie sie beispielhaft die Umweltgefährdung darstellt, eine Priorisierung. Ähnliche Relevanzeinbussen sind bei der Drogenproblematik und der Kriminalität zu verzeichnen. Zugenommen hat indessen die Wahrnehmung der Überalterung als einer Bedrohung und die Angst vor dem politischen Extremismus. Insgesamt lässt sich die Verschiebung der Bedrohungsprioritäten charakterisieren als: Abrücken von Umwelt- und Kriminalitätsängsten<sup>36</sup> hin zu den Gefährdungen, die aus der Wirtschaftskrise, dem demographischen Gesellschaftsumbau und der wiederum angestiegenen Kriegsgefahr in Europa resultieren.

Ein ganzheitlicher Gradmesser für die äussere Bedrohungsintensität bildet die seit Jahren wiederholt gestellte Frage nach der Einschätzung der weltpolitischen Entwicklung der nächsten fünf Jahre (Abb. 2.17). In sie dürften sowohl ökonomische wie sicherheitspolitische Einschätzungen einfliessen. Danach dominiert 1993 mehrheitlich wie schon 1992<sup>37</sup> ein Zukunftspessimismus: 51% erwarten, dass die weltpolitische Lage eher "düsterer und gespannter" als heute werden wird, nur 17 Prozent glauben an Besserung und Entspannung. Gemessen an 1992 hat indessen die pessimistische Erwartung an Intensität eingebüsst. Die allgemeine ökonomische aussen- und sicherheitspolitische

<sup>36</sup> Eine gesamtschweizerisch abnehmende Angst vor Kriminalität im Kontext anderer Bedrohungswahrnehmungen schliesst eine Angstzunahme an Orten mit überdurchschnittlichen Kriminalitätsraten, d.h. in grossen Städten, nicht aus!

<sup>37</sup> Haltiner/ Bertossa (1993:3).

Abb. 2.17: Bedrohungswahrnehmung  
Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren  
besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird?



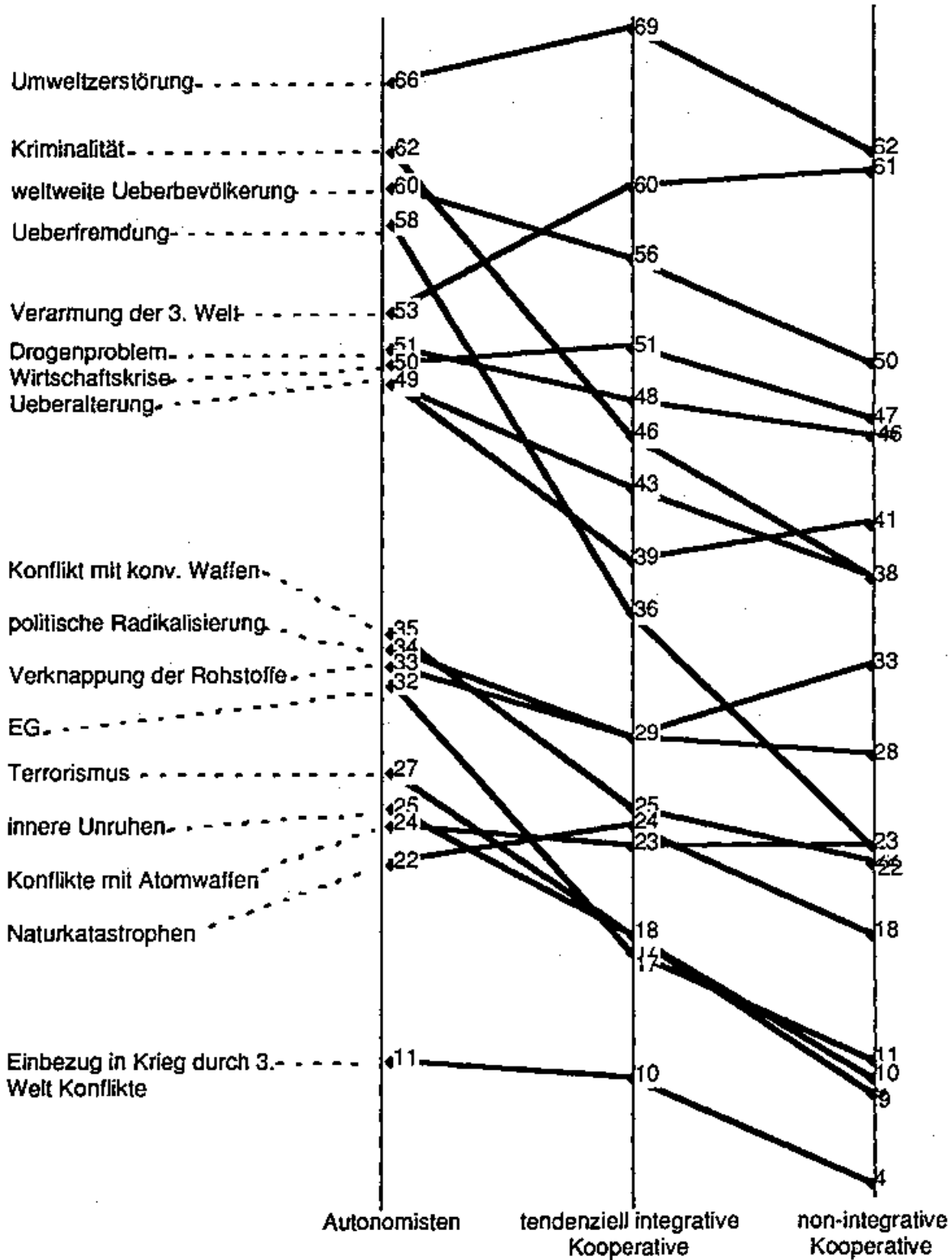
Quellen: Riklin/Frei (1986), Riklin/Laggner (1988), Riklin/Hafen (1990), Buri/Haltiner/Spillmann (1991), Bertossa/Haltiner (1993)

Grundstimmung ist aber im Vergleich zu den späten achtziger und frühen neunziger Jahren nach wie vor eher gedrückt als heiter.

Wenn Bedrohungsbilder indirekt Wertvorstellungen ausdrücken, so ist anzunehmen, dass sich auch die Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz mit unterschiedlichen Gefährdungsängsten verbindet. In Abb. 2.18 sind die Bedrohungen in ihren Rangierungen für die Autonomisten, die tendenziell integrativen Kooperativen und die non-integrativen Kooperativen aufgeführt:

- Personen, die auf einen autonomen Kurs der Schweiz pochen, lassen generell – mit ganz wenigen Ausnahmen – eine höhere Angstintensität als die international Kooperationswilligen erkennen.
- Grosse Unterschiede zeigen sich bei der Überfremdungsangst, der Kriminalität, der Kriegsangst (vor mit konventionellen Waffen geführten Kriegen), der Europäischen Gemeinschaft (EG), dem Terrorismus und inneren Unruhen. Sie alle werden von den Autonomisten als Bedrohungsängste höher gewichtet als von den übrigen Typen. Die tendenziell Integrativen nehmen dabei eine Mittelposition ein. Der Aspekt internationaler Solidarität in der Haltung der non-integrativen Kooperativen zeigt sich vor allem darin, dass sie die Verarmung der Dritten Welt als bedrohlicher einstufen als die beiden anderen Typen.

Abb. 2.18: Bedrohungsbilder und aussenpolitische Kooperationswilligkeit



(Prozentwerte für die Werte 4 und 5 auf einer sechsstufigen Skala von 0 = gar keine Bedrohung bis 6 = sehr grosse Bedrohung. Vgl. Frage Nr.2.1 im Fragebogen)

Personen, die einen autonomen Kurs der Schweiz fordern, fühlen sich in deutlich stärkerem Masse bedroht als aussenpolitisch Kooperationswillige. Ihr Sicherheitsbedürfnis ist deshalb allgemein stärker ausgeprägt. Die Gefährdung von Merkmalen der inneren Sicherheit und der Identität (Überfremdung, Kriminalität, EG) wird von ihnen stark gewichtet.

Entwurzelung- und Identitätsverlust dürfte somit ein wichtiges Motiv für die isolationistische Grundhaltung dieser Gruppe darstellen. Demgegenüber dürften Bedrohungsängste die aussenpolitische Meinungsbildung der Kooperativen in geringerem Masse bestimmen.

## 2.5.2 Politische Zielvorstellungen - Ansprüche an den Staat

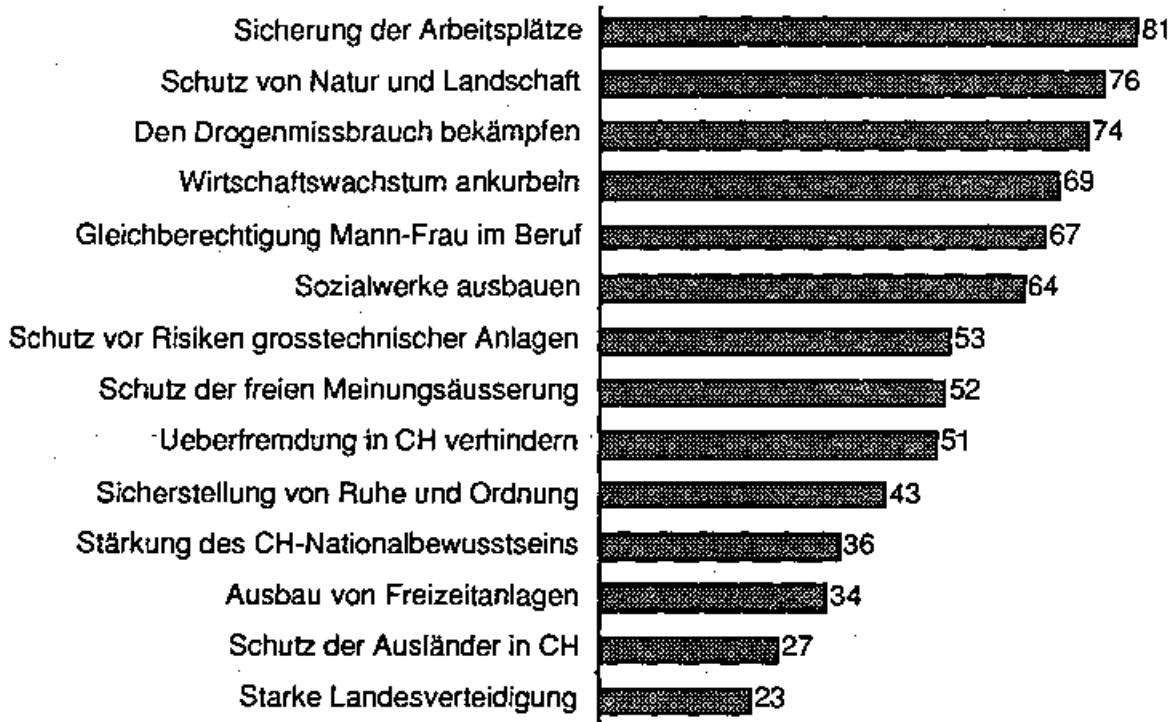
Mit dem wirtschaftlichen und dem kulturellen Wandel verändern sich nicht bloss die Gefährdungsvorstellungen, sondern auch die korrespondierenden Sicherheitsansprüche an die Gemeinschaft. Eine grosse Zahl von empirischen Studien thematisiert und belegt den Wandel wichtiger Wert- und Zielvorstellungen in modernen Gesellschaften<sup>38</sup>.

Das Diagramm in Abb. 2.19 enthält eine Reihe von Fragen danach, was die Behörden nach Meinung der Befragten mehr tun sollten, in der Rangfolge der Zustimmung. Ganz oben rangieren die Forderung nach Sicherung von Arbeitsplätzen und nach mehr Schutz von Natur und Landschaft. Diese Prioritäten decken sich mit jenen der Bedrohungswahrnehmungen in Abb. 2.16. Es folgen mit der Bekämpfung des Drogenmissbrauchs und dem Ankurbeln des Wirtschaftswachstums weitere Postulate, die relativ unmittelbar Sicherheitsaspekte ansprechen. Gleiches gilt in einem weiteren Sinn auch für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Berufsleben, den zu fördernden Sozialwerken und dem Schutz vor grosstechnischen Anlagen. Anliegen der nationalen Sicherheit (Überfremdung, Ruhe und Ordnung, Nationalbewusstsein, Landesverteidigung) auf der einen und Toleranzgarantien wie etwa freie Meinung und Schutz der Ausländer in der Schweiz auf der anderen Seite erhalten im Postulatekatalog der DurchschnittsschweizerInnen demgegenüber eine deutlich nachgeordnete Wichtigkeit.

<sup>38</sup> Vgl. z.B. Inglehart, (1989), Klages/ Hippler/ Herbert (1992), Bornschie (1988), Melich (1991).

**Abb. 2.19: Innenpolitische Zielvorstellungen**

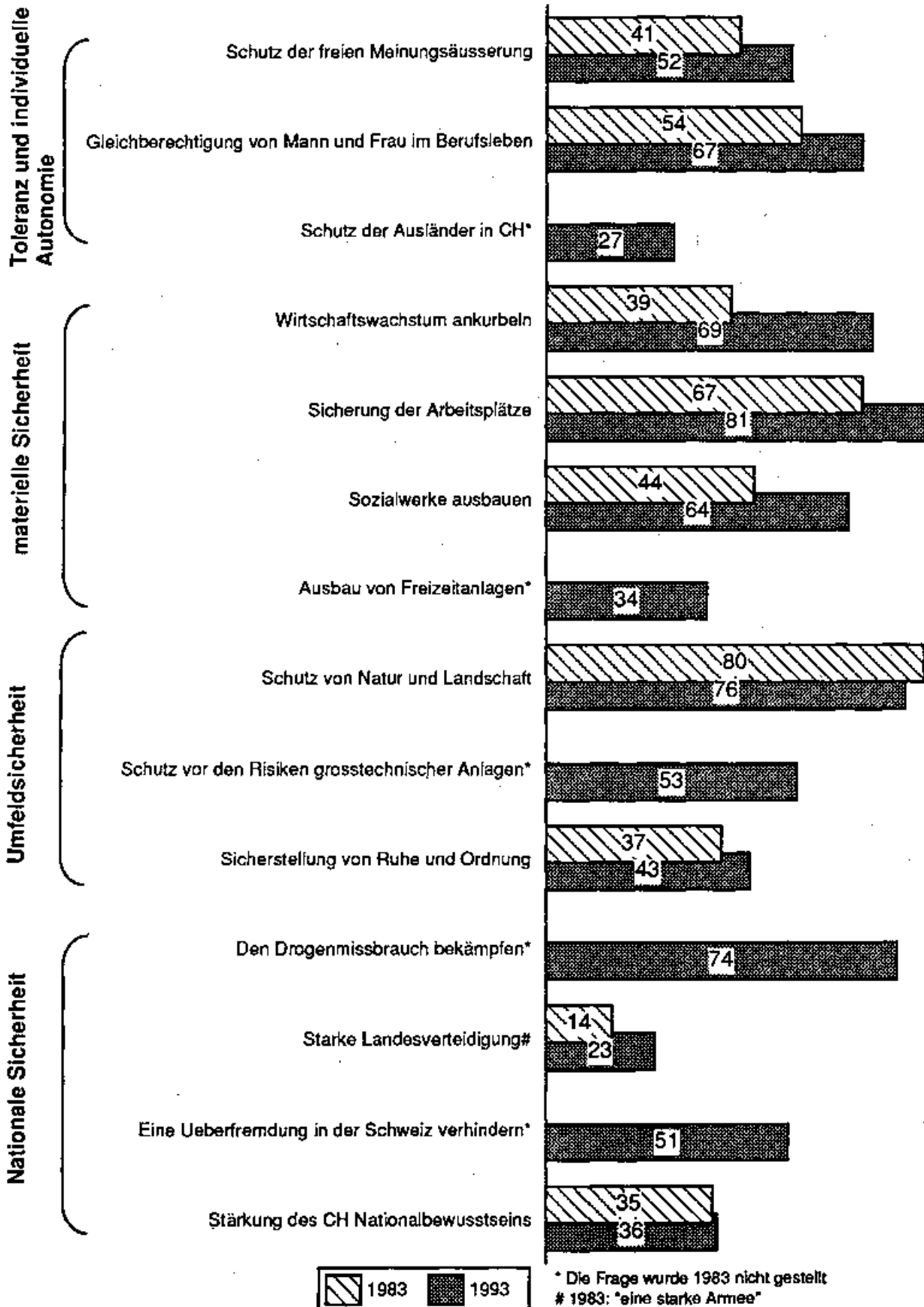
"Es gibt verschiedene Ansichten über das, was der Staat für die Bewältigung unserer Zukunft tun sollte und was nicht. Sagen Sie bitte zu jedem der folgenden Ziele, ob die Behörden dafür viel mehr, eher mehr, gleich viel, eher weniger oder viel weniger tun sollten als heute."



Die Werte beziehen sich auf die Antworten "die Behörden sollten viel/ eher mehr tun".

Die wirtschaftliche Rezession gibt - wie erwähnt - jenen Forderungen Auftrieb, die die materielle, berufliche und ökonomische Position des einzelnen absichern. Diese Vermutung wird belegt durch den Vergleich mit 1983 (Abb. 2.20). Damals wurde ein Teil der politischen Zielvorstellungen auf die gleiche Weise wie 1993 erhoben. Vor allem Werte der materiellen und sozialen Sicherheit werden demnach 1993 deutlich höher gewichtet als 1983 (vgl. Abb. 2.20). Auch Forderungen nach der Gleichstellung der Geschlechter und dem Schutz der freien Meinung rangieren sichtlich höher. Abgenommen hat im Vergleich zu 1983 einzig das Umweltpostulat. Alle übrigen im Diagramm aufgeführten Forderungen an die Gemeinschaft erhalten im Zehnjahresvergleich eine höhere Zustimmung. Der Ruf nach "mehr Staat" verstärkt sich in Zeiten der Krise offensichtlich, während der Natur- und Landschaftsschutz an relativer Wichtigkeit eingebüsst hat.

Abb. 2.20: Politische Zielvorstellungen 1983 und 1993



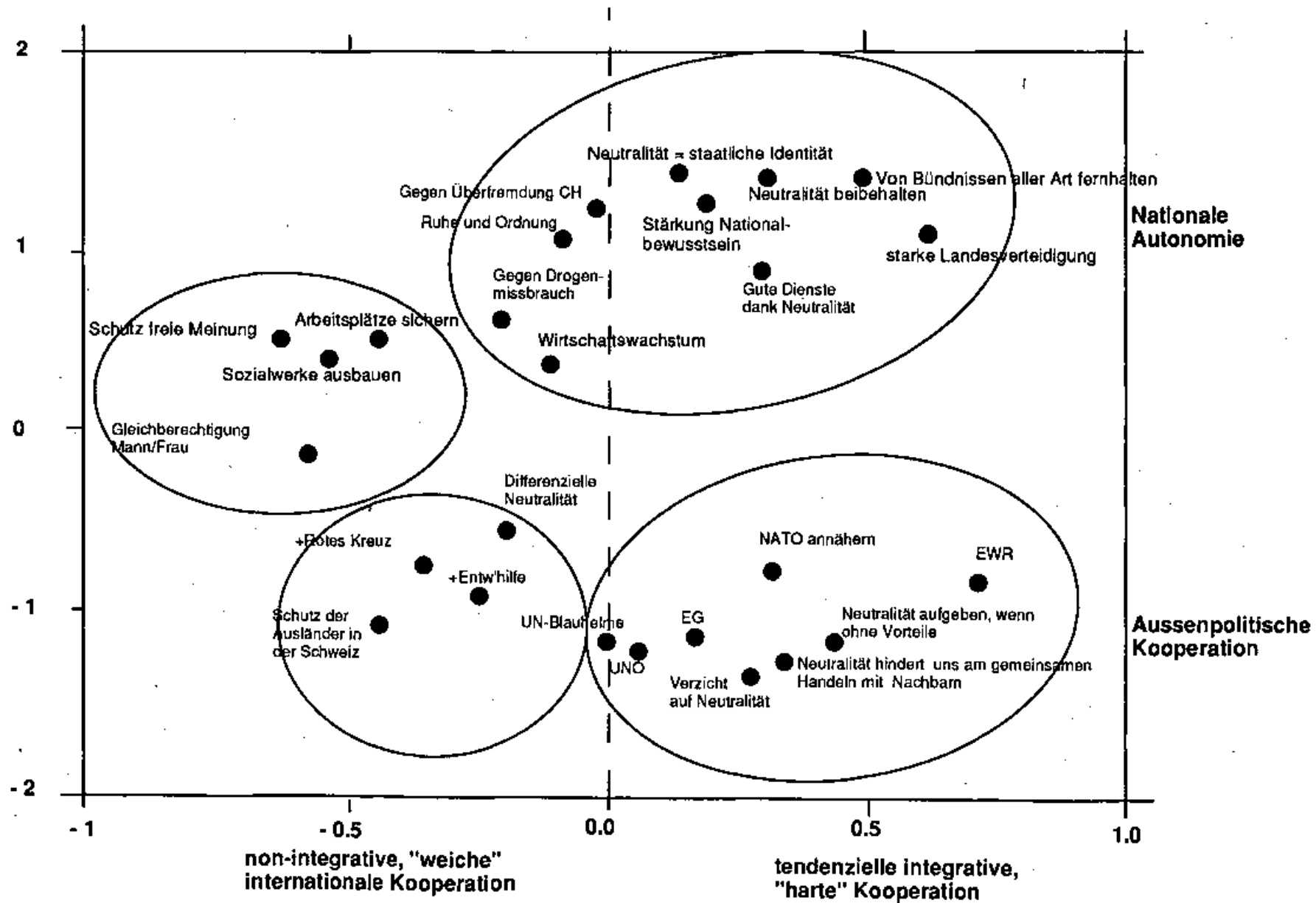
### **2.5.3 Politische Zielvorstellungen und aussenpolitische Kooperationsbereitschaft im multivariaten Zusammenhang**

Der multivariate Zusammenhang zwischen politischen Zielvorstellungen und ausgewählten Indikatoren der aussenpolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung macht den Wertekontext der aussen- und sicherheitspolitischen Meinungsbildung sichtbar (Abb. 2.21). In der oberen Hälfte der Darstellung konzentrieren sich die Indikatoren der nationalen Autonomie, unten jene der aussenpolitischen Kooperation. Zu einem relativ geschlossenen und kohärenten Orientierungsmuster verdichten sich politische Werte und Indikatoren der äusseren Kooperation eigentlich nur bei den Autonomisten. Die autonomistische Position beinhaltet neben Werten einer ausgeprägten nationalen Identität vor allem auch ein Bedürfnis nach Sicherheit vor Überfremdung und Kriminalität. Die Angst vor Überfremdung und potentiell dem Fremden zugeschriebenen Auswirkungen auf die eigene Umfeldsicherheit gehören zu den wichtigen Motiven für den Widerstand gegen eine zunehmende Öffnung der Schweiz. Es bestätigt sich hier die bereits bei den Bedrohungswahrnehmungen (Abb. 2.18) gemachte Feststellung. Auch die Interpretation der Neutralität als einem konstituierenden Element schweizerischer Identität fügt sich folgerichtig in dieses Wertebild ein. Das Nationale und Heimatliche erhält den Rang eines emotionalen Hortes der Identitätsgewissheit und der politischen Beziehungssicherheit in einer Zeit der Verunsicherung durch neue Bedrohungen durch raschen kulturellen Wandel und Globalisierung.

Ideologische Züge trägt aber nicht nur die autonomistische Position, sondern auch jene der non-integrativen internationalen Kooperation. Der Schutz der Ausländer, d.h. die Toleranz gegenüber dem Fremden, ist den Anhängern dieser aussenpolitischen Option ein wichtiges Anliegen. Von ihrer Werteposition grenzen sie sich von den Autonomisten deutlich ab. Gemeinsam teilen sie allenfalls den Willen, an der Neutralität festzuhalten. Jedoch soll in der Sicht der "weichen" Öffnung die Neutralität auf das Militärische beschränkt bleiben und sich nicht auf das Politische beziehen. Sie gewährleistet weiterhin eine Nichtteilnahme der Schweiz in der NATO.



Abb. 2.21: Aussenpolitische Kooperationswilligkeit und politische Wertvorstellungen



Im Einstellungsfeld der "harten" integrativen internationalen Kooperation findet sich keine politische Zielvorstellung. Das kann durchaus bedeuten, dass sich diese Haltung mit verschiedenen innenpolitischen Zielvorstellungen vereinbaren lässt und somit nicht ideologisch fixiert ist. Der eher pragmatische Zug dieser Option manifestiert sich ferner in der dezidiert instrumentellen Neutralitätsbetrachtung. Die Neutralität soll aufgegeben werden, wenn sie keine sichtbaren Vorteile mehr bringt oder wenn sie die Schweiz am gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn hindert.

Von ihrer Position her in Abb. 2.21 ergibt sich bei der UNO wie auch bei den UNO-Blauhelmen eine Berührung zwischen der "weichen" und der "harten" Öffnungsoption. Für viele Vertreter einer non-integrativen Kooperation der Schweiz dürfte der Beitritt der Schweiz zur Weltorganisation und die Stellung von Blauhelmen durchaus wünschbar sein. Dies entspräche in gewisser Weise durchaus dem globalen, nicht eurozentrierten Öffnungskurs, der diese Optionsrichtung bestimmt.

Keiner aussen- und sicherheitspolitischen Grundhaltung lassen sich die im linken Feld oben angesiedelten Wertvorstellungen der sozialen Sicherheit (Freie Meinung, Sozialwerke, Gleichberechtigung Mann/ Frau, Arbeitsplatzsicherheit) ansiedeln.

**Fazit:** Die aussen- und sicherheitspolitischen Einstellungen und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger wurzeln stark in politischen und ökonomischen Bedrohungs- und Wertvorstellungen. Eine durch Gefährdungsangst und Verunsicherung geprägte Weltwahrnehmung prädisponiert zum Ruf nach mehr Sicherheit durch den Staat und zum Rückzug auf bekannte, als bewährt und berechenbar wahrgenommene Positionen. Die aussenpolitische Öffnung birgt in dieser Weltsicht inakzeptable Risiken. Gewissermassen den Gegenpol zu dieser Haltung bildet eine Weltsicht, die nach universeller Verantwortung und Solidarität verlangt und der lokalen und nationalen Verwurzelung wenig Bedeutung mehr beimisst. Globale Bedrohungen sind hier wichtiger als solche, die die nationale Sicherheit gefährden. Die Öffnung der Schweiz wird als Chance zu globalem Handeln verstanden, das über regionale Integrationsbestrebungen hinaus zielt. Die pragmatische Öffnung durch Integration in internationale, vor allem aber europäische Institutionen unter Wahrung eines Maximums an nationaler Autonomie trägt

am wenigsten ideologische Züge. Diese Haltung nimmt eine Art Mittelposition zwischen den gezeichneten Extremen ein. Die Aussichten für die vom Bundesrat angestrebte Intensivierung der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperation vor allem im europäischen Umfeld (EU, NATO-Annäherung) werden sich in dem Masse verbessern, wie diese pragmatische Sicht auf Kosten der übrigen "Weltbilder" an Bedeutung gewinnt.

## **2.6 Sicherheitspolitische Öffnung? - Internationale Militäreinsätze und gesamteuropäische Verteidigung**

### **2.6.1 Souveränität in Belangen der nationalen Sicherheit**

In seinem neuesten Bericht zur Aussenpolitik stellt der Bundesrat fest, die Ziele UNO- und EU-Beitritt könnten nicht ohne Berücksichtigung allfälliger sicherheitspolitischer Konsequenzen verfolgt werden<sup>39</sup>. Insbesondere der Beitritt zur Europäischen Union bedinge nicht nur eine vertiefte politische, sondern auch eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Mit Blick auf WEU, NATO und EU behält er sich "die verstärkte Zusammenarbeit mit diesen in konkreten sicherheitspolitischen Bereichen wie etwa bei friedenserhaltenden Massnahmen und die Prüfung von Annäherungsmöglichkeiten auf institutioneller Ebene unter der Voraussetzung, dass die wesentlichen Elemente der Neutralität nicht in Frage gestellt werden", ausdrücklich vor<sup>40</sup>. Bundesrat Villiger hat bekanntlich sein starkes Interesse an der NATO-Offerte einer "Partnerschaft für den Frieden", die eine Annäherung an das Bündnis gewissermassen à la carte zulässt, öffentlich bekundet<sup>41</sup>.

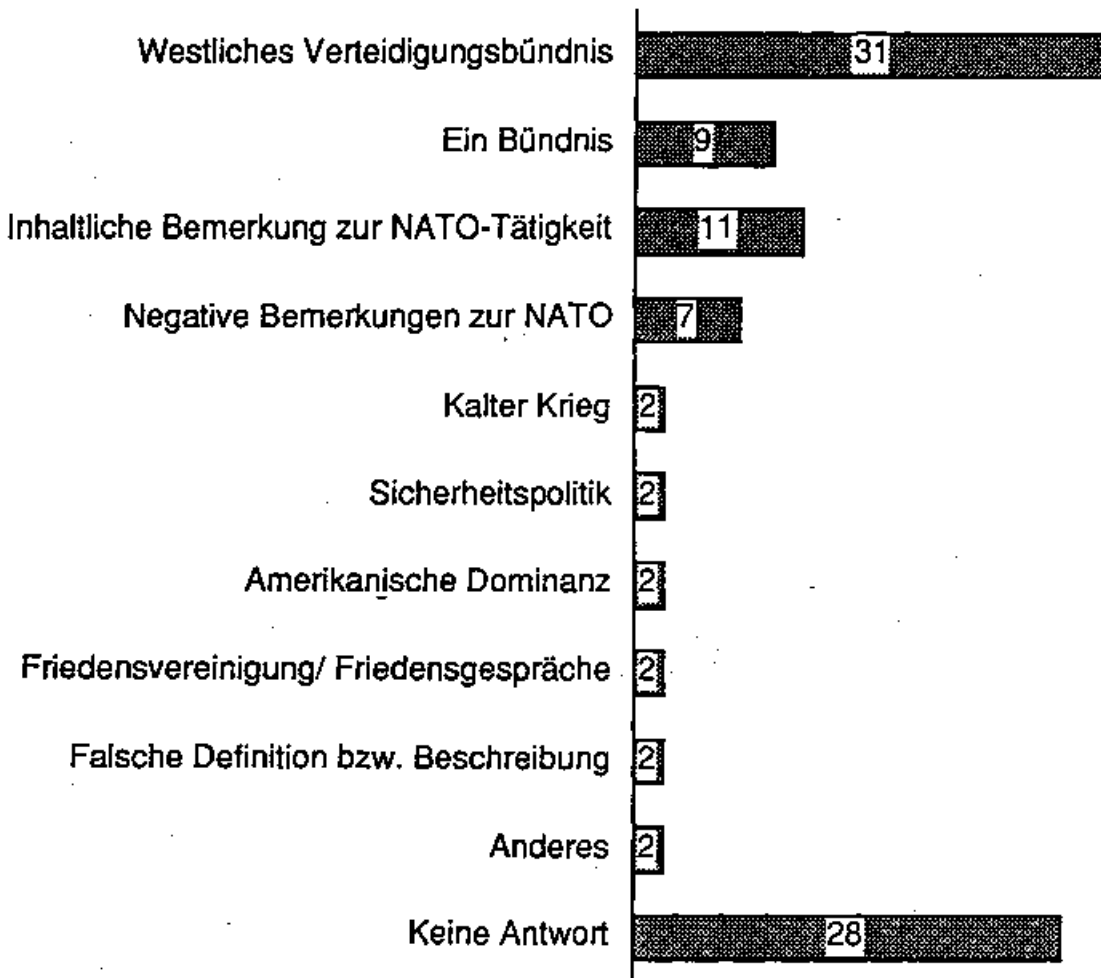
Die sicherheitspolitische Dimension der internationalen Öffnung berührt einen sensiblen Punkt. Denn die Schweiz hat sich diesbezüglich bis heute nicht nur abstinent verhalten, sie kennt auch eine institutionelle Ausgestaltung des Wehrwesens, die sich für die internationale Militärkooperation nur bedingt eignet.

<sup>39</sup> Bericht a.a.O. S. 17.

<sup>40</sup> a.a.O. S. 23.

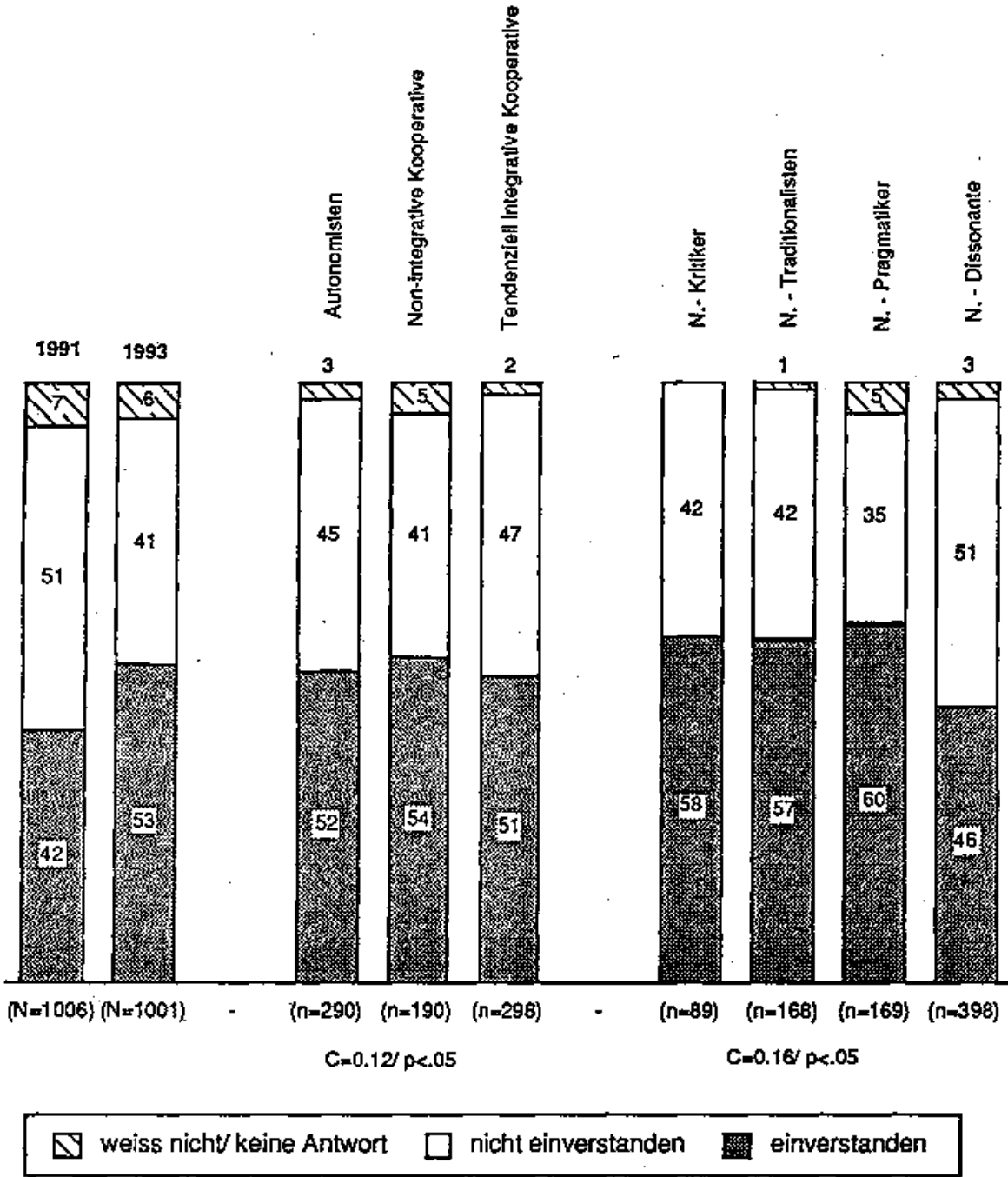
<sup>41</sup> Vgl. Tages Anzeiger, Nr. 259, 6.11.93.

**Abb. 2.22: Was fällt Ihnen zum Stichwort NATO ein? (offene Frage)**



Welche Lagebeurteilung nimmt man in der Bevölkerung vor? Zum einen scheint der Grad an Kenntnissen über sicherheitspolitische Belange, die über die Schweiz hinausgehen, relativ gering zu sein. Nimmt man als Gradmesser für diese Vermutung das Wissen über die NATO, so wird sie bestätigt (Abb. 2.22). Nur etwa 40% der Nennungen auf die Frage, was einem zum Stichwort NATO einfallen, können als grob zutreffend bezeichnet werden. Zum zweiten scheint sich auch in der Bevölkerung der Eindruck zu verdichten, im Zuge der geo- und eurostrategischen Entwicklung nehme die sicherheitspolitische Souveränität des Landes ab. Das manifestiert sich in der gestiegenen Zustimmung zur Vorgabe, unsere nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selber bestimmt (Abb. 2. 23). Erklärte sich 1991 noch eine Mehrheit von 51 Prozent nicht einverstanden mit dieser Vorgabe, so sind es 1993 nurmehr 41 Prozent.

Abb. 2.23: Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.



Offensichtlich wird in der Bevölkerung zumindest eine in die ähnliche Richtung gehende Lagebeurteilung vorgenommen, wie dies der Bundesrat in seinem Bericht tut. Diese Einsicht variiert nur wenig nach den verschiedenen Typen der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft und der Neutralität. Die Autonomisten unterscheiden sich diesbezüglich – wie schon bei der Einschätzung des Anpassungsdrucks von seiten der EU (Abschnitt 2.3) – nicht von den beiden Kooperationsstypen. Einzig von den Neutralitätstraditionalisten wird die Lage knapp mehrheitlich anders beurteilt. Unabhängig von der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft, so lässt sich feststellen, wird eine verminderte nationale Sicherheitsautonomie der Schweiz konstatiert<sup>42</sup>.

## 2.6.2 Bereitschaft zu Auslandseinsätzen von Schweizer Soldaten

Vergrössert die Einsicht in die Abnahme nationaler Souveränität in Belangen der äusseren Sicherheit die Bereitschaft, sicherheitspolitisch mehr als bisher mit der UNO und mit Westeuropa (z.B. WEU) zu kooperieren? Erzeugt sie Bereitschaft zu einer sicherheitspolitischen Öffnung? Gemessen an den unter den 19 Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft in Abschnitt 2.1 aufgeführten sicherheitspolitischen Fragen (Europäische Armee, NATO-Annäherung und Beitritt, UNO-Friedenstruppen) ist das nicht der Fall unter den Befragten. Ein Mitmachen in der NATO oder nur schon eine Annäherung an das atlantische Bündnis können sich nur kleine Minderheiten vorstellen<sup>43</sup>.

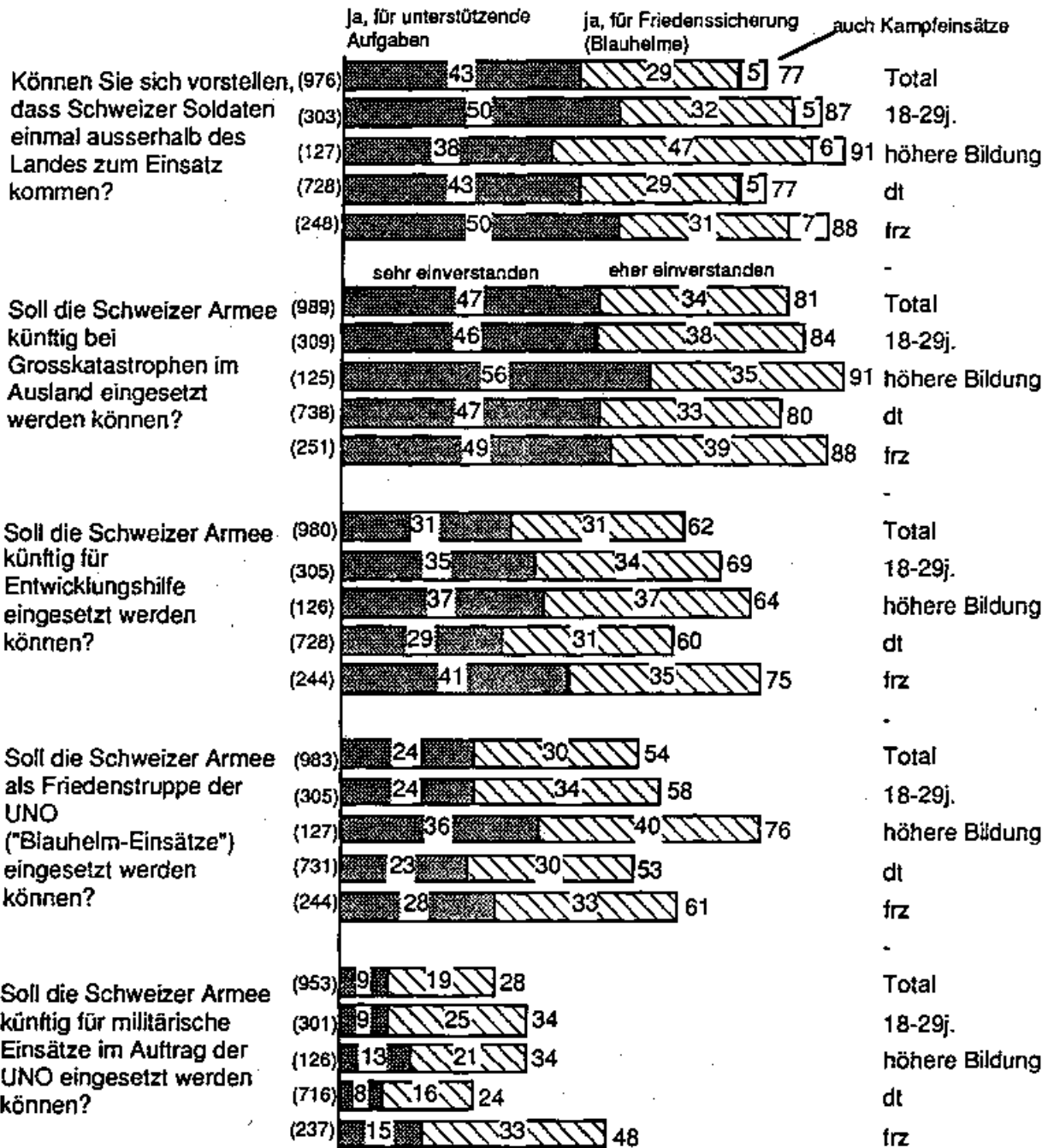
Bedeutet dies, dass sich die Schweizerinnen und Schweizer nicht vorstellen können, dass je einmal Schweizer Soldaten ausser Landes zum Einsatz kommen könnten? Nicht unbedingt, wie die in Abb. 2.24 aufgeführten Fragen zeigen. Mehr als drei Viertel aller Befragten können sich mit der Vorstellung eines Einsatzes von Schweizer Soldaten im Ausland durchaus anfreunden, vorausgesetzt, es handelt sich um einen nichtkombattanten Einsatz. Eine relative Mehrheit von 43 Prozent unter den Befürwortern sieht Schweizer Soldaten nur in einem Einsatz, wie er beispielsweise in Namibia bereits erfolgte, nämlich auf rein unterstützender, eher nichtmilitärischer Basis.

---

<sup>42</sup> Auch die in die Befragung aufgenommene, aber nicht in einer Abbildung aufgeführte Vorgabe "Nur wenn sich alle europäischen Länder vereinigen, werden wir einen dauerhaften Frieden bekommen" erhält von 50 Prozent aller Befragten Zustimmung. Die Frage ist nicht eindeutig interpretierbar, weil aus der Formulierung nicht klar wird, ob die Befragten die Schweiz mit unter die zu vereinigenden Länder subsumieren oder nicht.

<sup>43</sup> Die Frage nach Annäherung an die NATO wurde im Sommer 1993, also noch vor dem Angebot der NATO für eine "Partnerschaft des Friedens" gestellt.

Abb. 2.24: Sicherheitspolitische Oeffnung? - Internationale Militäreinsätze



Für die Prozentuierung wurden die Antworten "weiss nicht"/ "keine Antwort" nur beim "Total" berücksichtigt.

Die Akzeptanz eines militärischen Auslandeinsatzes von Schweizer Soldaten nimmt in dem Masse ab, wie dieser an militärischem Charakter gewinnt.

Liegt die Zustimmung zu den Fragen, ob die Schweizer Armee für Hilfeleistung bei Grosskatastrophen im Ausland und für Entwicklungshilfearbeiten eingesetzt werden solle, bei über 80 bzw. über 60 Prozent, so sinkt die Zustimmung für Blauhelmeinsätze auf knapp über 50 Prozent<sup>44</sup> und bei einem Kampfeinsatz im Auftrag der UNO auf unter 30 Prozent. Dabei gibt es grosse Gegensätze zwischen den Landesteilen bei allen in Abb. 2.24 abgebildeten Häufigkeiten, im besonderen aber bei den UNO-Einsätzen (Abb. 2.24, die zwei untersten Fragen). So können sich in der französischen Schweiz fast die Hälfte (48%) aller Befragten auch militärische Einsätze im Rahmen eines UN-Auftrages vorstellen, in der deutschen Schweiz hingegen bloss 24%. Während die Zustimmung der jüngeren Altersgruppe (18 - 29) nur wenig über den Durchschnittswerten liegt, befürworten höher Gebildete insbesondere den Blauhelmeinsatz überdurchschnittlich hoch (76%).

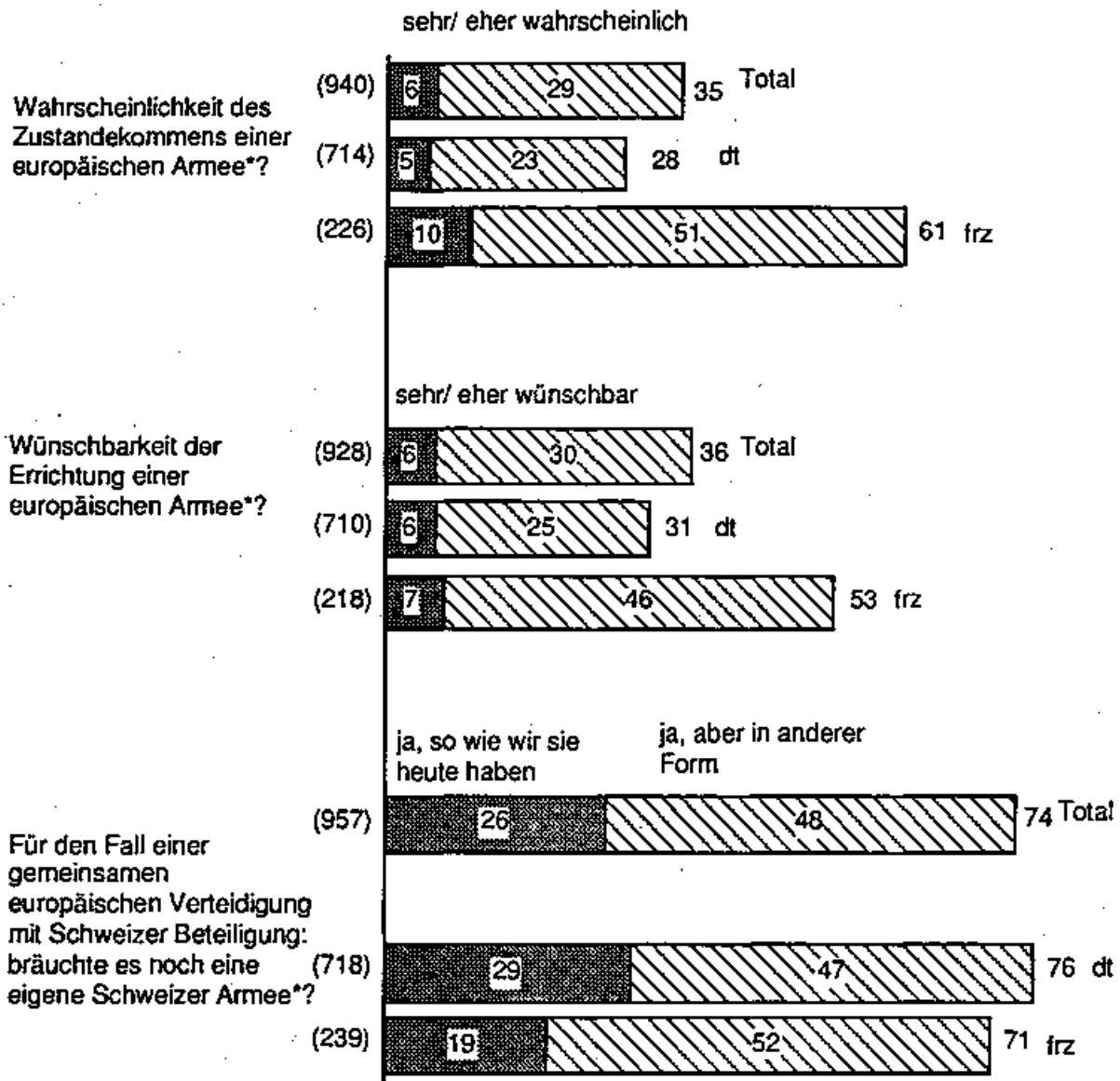
Der Aufbau einer gemeinsamen europäischen Armee wird nur von Minderheiten als wahrscheinlich oder als wünschbar gesehen (Abb. 2.25: 34% bzw. 33%). Die Welschschweizer beurteilen diese Fragen grundsätzlich anders als die Deutschschweizer: Sie halten das Zustandekommen einer solchen Armee zu 61 Prozent für wahrscheinlich und würden diese zu 53 Prozent auch gutheissen. Damit geht auch mit Bezug auf die Einschätzung der europäischen Verteidigung ein tiefer Riss durch die Schweiz. Die Romands beurteilen die Realisierbarkeit und die Wünschbarkeit europäischer Streitkräfte in etwa ähnlich, nämlich mehrheitlich positiv, wie die Bevölkerungen in den EU-Staaten. Dort wird einer europäischen Verteidigung allgemein eine höhere Realisierungschance und Wünschbarkeit zugesprochen als dies bei den Deutschschweizern der Fall ist<sup>45</sup> (Ausnahme: Dänemark). Interessanterweise halten die Schweizerinnen und Schweizer auch für den Fall einer europäischen

<sup>44</sup> Es handelt sich hier um eine andere Fragestellung als in Abb. 2.1. Dort wird die Schweiz als Bezugsgrösse genommen ("Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen stellen"), die in Abb. 2.24 dargestellte Frage nimmt die Armee und ihren Auftrag zum Ausgangspunkt. Sie lautet: "Heute wird darüber diskutiert, ob die Schweizer Armee zusätzlich zu ihrem Hauptauftrag, notfalls das Land zu verteidigen, weitere Aufgaben wahrnehmen sollte. Sagen sie bitte zu jeder der folgenden Aufgaben, wie sehr Sie damit einverstanden sind, dass die Armee sie künftig übernimmt? Vorgabe A: Einsatz als Friedenstruppen der UNO ("Blauhelm-Einsätze"). Vgl. Fragebogen im Anhang Fragen 2.3 N und 5.1 A. Offenbar bewirkt die unterschiedliche Perspektive (Schweiz versus Armee) und der unterschiedliche Fragenkontext - Bereitschaft zur internationalen Kooperation im ersten, neue Aufgaben für die Armee im zweiten Fall - unterschiedliche Zustimmungsraten.

<sup>45</sup> Vgl. die Eurobarometer-Auswertungen: Manigart/ Marlier (1993).



**Abb. 2.25: Sicherheitspolitische Öffnung? - Mitmachen bei einer gemeinsamen europäischen Verteidigung**



Für die Prozentuierung wurden die Antworten "weiss nicht"/ "keine Antwort" nur beim Total berücksichtigt.

\* Vgl. für die exakten Fragenformulierungen die Fragen 5.3, 5.4 und 5.2 im Anhang

Verteidigung mit Schweizer Beteiligung eine eigene, allenfalls angepasste Armee weiterhin in sehr hohem Mass (71%) für notwendig.

Von der Idee einer Delegation der Landesverteidigung an ein kollektives europäisches Sicherheitssystem, wie sie in einzelnen EU-Staaten vereinzelt schon angedeutet worden ist, halten sie wenig.

Die Frage der sicherheitspolitischen Öffnung trennt die Autonomisten und die Neutralitätstraditionalisten von den Kooperativen noch stärker als dies bei ausschliesslich politischen Zusammenarbeitsfragen der Fall ist (Abb. 2.26). So liegt der Anteil jener, welche sich einen Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland nicht vorstellen können, bei den Autonomisten mit 35 Prozent deutlich über dem Durchschnitt. Eine klare Mehrheit unter ihnen (68%) lehnt einen künftigen Einsatz der Schweizer Armee als Friedenstruppe der UNO (Blauhelm-Einsätze) rundweg ab. Noch weniger halten die Autonomisten von einer europäischen Armee. Sie lehnen sie zu 87 Prozent ab. Ähnliches gilt für die Neutralitätstraditionalisten. Bei den aussenpolitisch Kooperationswilligen stösst die Vorstellung von Schweizer Soldaten im Auslandeinsatz wie auch ein Blauhelmauftrag für die Schweizer Armee allgemein auf Zustimmung. Vor allem die non-integrativen Kooperationswilligen, die sonst eher auf Gewaltfreiheit und Solidarität setzen, sympathisieren überdurchschnittlich stark mit einer internationalen Militärkooperation der Schweiz im Rahmen der UNO-Friedenstruppen und der Idee einer europäischen Verteidigung. Das gilt ebenso für die Neutralitätskritiker, von denen überdurchschnittlich viele (16%) auch einen kombattanten Einsatz von Schweizer Soldaten nicht ausschliessen. Die Vorliebe dieses Meinungstyps für ein kollektives Sicherheitssystem der Zukunft schimmert hier durch. Die Vertreter einer "harten" Öffnung geben sich zurückhaltender, und die Neutralitätspragmatiker bewegen sich auf einer mittleren Linie. Sie bekennen sich überwiegend zu einem Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten und heissen UNO-Blauhelmeinsätze auch gut, sind indes in ihrer Meinung über die Wünschbarkeit einer europäischen Verteidigung geteilt.

### **2.6.3 Sicherheitspolitische Aspekte und aussenpolitische Kooperationswilligkeit**

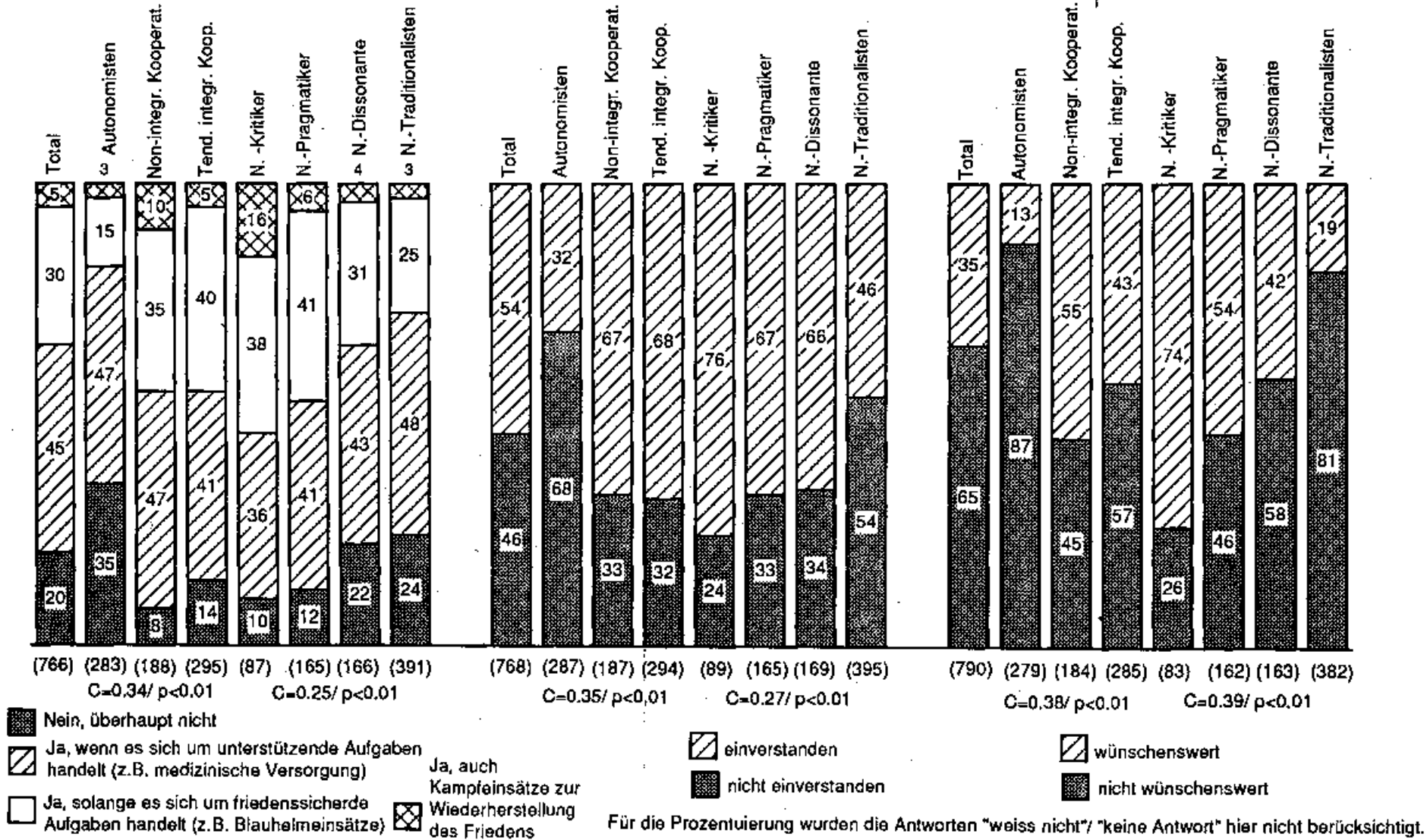
Das Einbringen sicherheitspolitischer Aspekte in die Dimension der aussenpolitischen Kooperationswilligkeit in eine multivariate Übersicht ändert an den bereits bekannten Trennlinien zwischen den Einstellungsbündeln wenig, akzentuiert diese aber.

**Abb. 2.26: Sicherheitspolitische Öffnung und ausserpolitische Kooperationswilligkeit**

Können Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?

Soll die Schweizer Armee künftig als Friedenstruppe der UNO eingesetzt werden können (Blauhelm-Einsätze)?

Ist die Errichtung einer europäischen Armee wünschenswert?

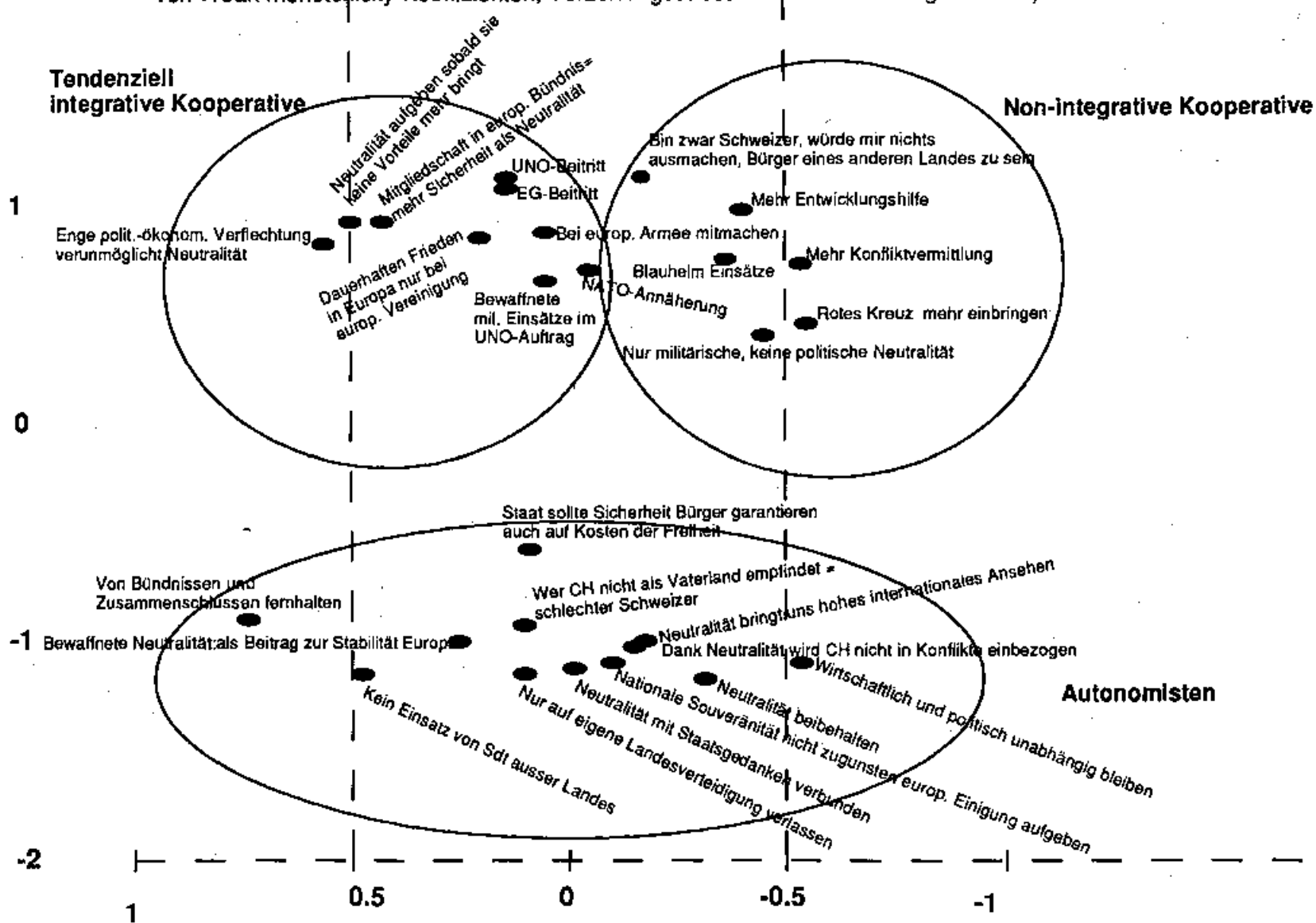


In Abbildung 2.27 fällt zunächst wiederum die starke Polarisierung auf zwischen den auf Maximierung der nationalen Autonomie pochenden, isolationistischen Einstellungen unten im Diagramm und den auf Öffnung der Schweiz abzielenden Meinungsflügeln oben in der Darstellung. Bei letzteren lässt sich die bekannte Trennung in die tendenziell integrationswillige, "harte" Linie links und die eher auf universelle Solidarität ausgerichtete "weiche" Öffnungslinie rechts ausmachen. Im Mittelbereich der "harten" Linie konzentrieren sich die Wünsche nach einem Mitmachen nicht nur in den politischen, sondern auch in den militärischen Institutionen (europäische Armee, NATO-Annäherung) um die Feststellung, dauerhafter Friede in Europa sei nur bei einer Vereinigung der europäischen Länder möglich. Die Postulate links davon gehen noch einen Schritt weiter. Sie konstatieren einen Sicherheitsgewinn in einem europäischen Verteidigungsbündnis für die Schweiz und führen deshalb, unter anderem mit dem Verweis auf die politisch-ökonomische Verflechtung der Schweiz, zur grundsätzlichen Infragestellung der schweizerischen Neutralität. Auch ein Mitmachen von Schweizer Soldaten bei Kampfeinsätzen im Rahmen der UNO zur Wiederherstellung des Friedens ist in dieser Sicht nur folgerichtig. Die Radikalität der "harten" Linie mit Bezug auf aktive Beteiligung in Institutionen und die Bereitschaft, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen, nimmt somit von links nach rechts zu. In der Sicht einer nicht-integrativen Öffnung findet sich indessen ein Festhalten an der militärischen Neutralität. Das schliesst aber, wie oben gezeigt, militärische Blauhelm-Einsätze im Rahmen der UNO durchaus nicht aus.

In der autonomistischen Meinungskonfiguration (unten in Abb. 2.27) steht die Betonung der Neutralität im Mittelpunkt. An ihr – und nur an ihr! – hat sich die Sicherheitspolitik zu orientieren. Auch hier nimmt das Postulat, die nationale Souveränität dürfe niemals zugunsten der europäischen Einigung aufgegeben werden, eine gewichtige Stellung ein (vgl. Anhang: Frage 2.3 im Fragebogen). Die sicherheitspolitischen Forderungen sind folgerichtig und entsprechend strikt: Verlass nur auf die eigene Landesverteidigung und die bewaffnete Neutralität, kein Gutheissen von Einsätzen der Armee ausser Landes. Die Betonung der Schweiz als Vaterland und die Forderung nach Sicherheit durch den Staat auch unter Inkaufnahme von Einbussen persönlicher

**Abb. 2.27: Aussenpolitische Kooperationswilligkeit und sicherheitspolitische Aspekte**

(Monotone multidimensionale Skalierung, 2-dimensionale Darstellung auf der Basis von Weak-monotonicity-Koeffizienten, Verzerrungsstress nach Guttman/Lingoes: 0.17)



\* Obwohl der Stress hier geringfügig über der Toleranzgrenze liegt, haben wir der Anschaulichkeit wegen auf eine dreidimensionale Darstellung verzichtet.

Freiheit zeugen wiederum vom hohen Grad an emotionaler und instrumenteller nationaler Integration, die diesem Einstellungsbündel zugrundeliegt.

Die Meinungslogik in Fragen einer sicherheitspolitischen Öffnung - so können wir zusammenfassend festhalten - folgt weitgehend jener einer grundsätzlichen politischen und wirtschaftlichen Orientierung: Wer im politischen Bereich für Kooperation einsteht, ist auch bereit, die entsprechenden sicherheitspolitischen Konsequenzen zu ziehen. Und wer für einen fortgesetzten politischen Alleingang der Schweiz plädiert, erteilt allen Ideen für eine internationale Militärkooperation in Europa und im Rahmen der UNO tendenziell eine Absage.

### 3. Zusammenfassung der wichtigsten Befunde und Schlussfolgerungen

Die einleitend aufgeworfenen Fragen nach den aussen- und sicherheitspolitischen Grundhaltungen in der schweizerischen Bevölkerung lassen sich aufgrund der vorgestellten Datenanalyse wie folgt beantworten:

Gemessen an den Häufigkeitsverteilungen auf **Einzelfragen** bestand mit Bezug auf den aussen- und sicherheitspolitischen Kurs der Schweiz im Sommer 1993

keine Zustimmung für (unter 40%)

- einen Beitritt zur oder eine Annäherung an die NATO,
- ein Mitmachen beim Aufbau einer europäischen Verteidigung,
- die Realisierungschance und Wünschbarkeit einer europäischen Verteidigungsarmee,
- den Verzicht auf die schweizerische Neutralität,
- eine Politik des strikten Fernhaltens der Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen.

Umstritten waren: (40-60% Zustimmung)

- die Annäherung bzw. der Beitritt zur EU,
- der Beitritt zum EWR,
- der UNO-Beitritt,
- die Stellung von schweizerischen Blauhelmtruppen,
- die Neuinterpretation der schweizerischen Neutralität,
- die Frage, wie weit die Schweiz sich bloss auf die eigene Landesverteidigung verlassen soll,
- die Bedeutung der europäischen Einigung für die Aussichten für einen dauerhaften Frieden in Europa,
- die Einschätzung darüber, wie weit unsere nationale Sicherheit von anderen bestimmt wird,
- die Bewertung des EWR-Entscheidung vom Dez. 1992.

deutliche Zustimmung  
für:  
(mehr als 60%)

- den Ausbau der internationalen Guten Dienste der Schweiz (Konfliktvermittlung, aktive Rolle bei internationalen Konferenzen),
- eine Maximierung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der Schweiz,
- die Meinung, dass die Schweiz sich trotz ihres EWR-Entscheidung der europäischen Entwicklung werde anpassen müssen,
- die Vorstellung, dass Schweizer Soldaten auch einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen könnten,
- eine eigene Landesverteidigung.

Konsens besteht :  
(über 80% Zustimmung)

- in der Beibehaltung der schweizerischen Neutralität,
- in der Meinung, dass trotz Konzessionen und Zusammenarbeit mit Europa die wichtigsten Entscheidungen, die unser Land betreffen, auch künftig in der Schweiz selbst getroffen werden könnten.

Frau und Herr Durchschnittsschweizer sind in ihrer Meinung darüber, wie weit eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz vorzunehmen sei, gespalten. Sie tun sich schwer mit dem aussen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel. Wohl hat sich im Zuge der Globalisierung, des Entstehens eines weltweiten Informations- und Medienverbundes, der gestiegenen Mobilität und der internationalen Verflechtung der Bezugsrahmen für ihre politische Identifikation geweitet, hat die unkritische emotionale Identität abgenommen. Sie konstatieren auch einen wachsenden Anpassungsdruck von aussen und eine Verminderung der nationalen Souveränität. Das Bewusstsein, dass die "splendid isolation", das nunmehr über ein Jahrhundert mit Erfolg praktizierte Sich-Heraushalten aus internationalen Konfliktfeldern, entscheidend dazu beigetragen hat, das Land zur materiell wohlhabendsten Nation Europas werden zu lassen, sitzt indessen tief. Sehr deutlich manifestiert sich dies in der Neutralität. Diese symbolisiert nicht nur für fast die Hälfte der Befragten die Identität und den Staatsgedanken dieses Landes auf fast mythische Weise, sie wird auch von vielen als das eigentliche Ideal für ein friedlicheres Zusammenleben der Staaten untereinander gesehen. Dass an ihr, auf welche Weise auch immer, festgehalten werden soll, darüber besteht hierzulande fast Einstimmigkeit. Sie



steht auch der Bereitschaft zu einer internationalen Militärkooperation, und sei dies ausschliesslich im Rahmen der UN-Blauhelme, im Weg. Der Erfolg der traditionellen Strategie motiviert nur wenig zur Wegkorrektur, trotz verbreiteter Einsicht in deren Notwendigkeit. So lässt sich im Vergleich zu den Jahren 1989/90 und 1990/91, als der Trend in Richtung Öffnung zeigte, für 1993 eine neo-isolationistische Tendenzwende zu mehr Autonomiebetonung beobachten. Die Trendumkehr manifestiert sich in beinahe allen Indikatoren. Sie nimmt sich jedoch zahlenmässig nicht dramatisch aus. Es sollte deshalb u.E. eher von einer Tendenz- als von einer Trendwende gesprochen werden.

Unser primäres Interesse in dieser Studie galt aber nicht den DurchschnittsschweizerInnen und auch nicht den Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf einzelne Fragen zu Zielen und Mitteln schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik. Diese können je nach Tagesaktualität variieren. Unser Bestreben war es vielmehr, **aussen- und sicherheitspolitische Meinungskonfigurationen** herauszufiltern. Wir wollten wissen, ob sich in der Schweizer Bevölkerung aussen- und sicherheitspolitische Grundhaltungen ausmachen lassen, die sich derart voneinander unterscheiden, dass von eigentlichen Meinungstypen gesprochen werden darf. Typologische und multivariate Analysemethoden sind geeignet, Meinungsprädispositionen sichtbar zu machen, die über den Tag hinaus gelten, weil sie die Werte und Orientierungsweisen miteinbeziehen können, die erstere bestimmen.

Ausgehend von Beobachtungen der wichtigsten Argumentationslinien im Abstimmungskampf um den EWR-Beitritt haben wir der Datenanalyse das folgende einfache Modell für verschiedene **Typen von aussen- und sicherheitspolitischen Meinungsbildern** zugrundegelegt:

- Grundsätzliche Bereitschaft zur internationalen Kooperation auf der Basis von Annäherung oder Beitritt zu den Institutionen der europäischen Integration, der europäischen Sicherheit und der Vereinten Nationen. Man kann diesen Kurs als "harte" Öffnung bezeichnen, weil er verpflichtenden, souveränitätsbegrenzenden Bindungen nicht ausweicht (Kürzel: **Tendenziell integrative Kooperative**, Anteil 37%).
- Grundsätzliche Bereitschaft zu mehr internationaler Kooperation der Schweiz durch autonom vollzogene Öffnung, jedoch nicht in erster Linie auf der Basis von verpflichtenden Bindungen oder Annäherungen an bestehende Institutionen, sondern durch das Angebot universeller Solidarität (Mehr Konfliktvermittlung, aktivere Rolle bei Konferenzen, Entwicklungshilfe u.a.). Wir haben diesen Kurs als "weich" bezeichnet, weil er bindenden, au-

tonomiebegrenzenden Verpflichtungen eher ausweicht (Kürzel: **Non-integrative Kooperative**, Anteil 24%).

- Fehlende Bereitschaft zur Hinnahme von Autonomie- und Souveränitätsverlusten der Schweiz durch internationale Kooperation, Ablehnung jeglicher Annäherung oder verpflichtender Bindung an internationale Institutionen (Kürzel: **Autonomisten**, Anteil 39%).

Diese Typologie diene der gesamten Studie als Grundlage. Das theoretische Modell wird durch die Datenanalyse (multivariate Darstellungen und Clusteranalyse) recht gut gestützt. Daneben haben wir, ausgehend von der Bewertung verschiedener Funktionen der Neutralität für die Schweiz, eine zweite Typologie abgeleitet. Es lassen sich dabei vier Typen der Haltung zur Neutralität unterscheiden:

- Die **Neutralitätskritiker** sehen in der Neutralität in erster Linie ein national-legoistisches Konzept. Sie stehen ihr kritisch bis ablehnend gegenüber (Anteil 11%).
- Die **Neutralitätspragmatiker** sehen die Maxime grundsätzlich positiv. Sie beurteilen sie jedoch primär unter Nützlichkeitsgesichtspunkten und plädieren für eine Anpassung an veränderte Umstände, allenfalls auch Aufhebung der Neutralität, sofern das die Umstände erfordern (Anteil 20%).
- Die **Neutralitätsdissonanten** sehen sowohl Gründe für die Beibehaltung wie für die Aufhebung, sie sind verunsichert (Anteil 21%).
- Für die **Neutralitätstraditionalisten** gilt mehr oder weniger die Formel "Schweiz = Neutralität". Sie wollen an der Neutralität bedingungslos festhalten (Anteil 48%).

Eine Mehrheit von fast zwei Dritteln der befragten Schweizerinnen und Schweizer steht auf einer sehr **grundsätzlichen Ebene** für eine Intensivierung der internationalen Kooperation der Schweiz ein. Diese Mehrheit ist ihrerseits jedoch gespalten mit Blick auf den einzuschlagenden Öffnungskurs.

Die relative Mehrheit der Öffnungsbereiten - fast vier von zehn Befragten - neigt zu einem **verhalten-pragmatischen** Öffnungskurs. Dieser zielt letztlich auf ein Mehr an Mitwirkung vor allem im Rahmen der europäischen Integration ab, auf die volle Integration in die europäischen Institutionen dann, wenn diese unumgänglich wird. Dabei werden auch sicherheitspolitische Konsequenzen, wie etwa eine Annäherung an die NATO und das Bemühen um eine gesamteuropäische Verteidigung nicht zum vornherein abgelehnt, wohl aber

eher skeptisch beurteilt. Die Neutralität wird als Instrument gesehen. Sie soll als historisch bewährtes Mittel nicht ohne weiteres über Bord geworfen werden, sondern den Umständen angepasst werden. Sollte sich allerdings ein Festhalten an ihr nicht mehr als Vorteil erweisen, so besteht in dieser Sicht keine Notwendigkeit, an ihr festzuhalten. Dabei fällt diesem Meinungstyp eine allfällige Trennung von der Neutralität durchaus nicht leicht – im Gegenteil! Auch in dieser Sicht steht fest, dass die schweizerische Unabhängigkeit nur dort geschmälert werden darf, wo dies unumgänglich ist. Die Motivation für diesen Kurs, den wir seiner letzten Konsequenzen wegen als "harte" Kooperation bezeichnet haben, resultiert weniger aus einer Europabegeisterung, als vielmehr aus einer pragmatischen Interessenabwägung von Vor- und Nachteilen des Abseitsstehens und aus der Einsicht, dass die Schweiz dem Sog der europäischen Integration auf mittlere Sicht nicht auszuweichen vermag. Dieser Meinungstyp lässt sich ideologisch und wertmässig am wenigsten von allen drei Typen der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperation festlegen. Dies dürfte u.a. auch mit der groben statistischen Klassierung zusammenhängen, unter der sich verschiedene Grade der Radikalität der Öffnung verbergen. Wir finden ihn deshalb auch in allen Alters-, Bildungs- und Urbanitätsgruppen. Leicht übervertreten sind in ihm ältere Personen mit höherer Bildung und WestschweizerInnen.

Eine Minderheit unter den Kooperationswilligen – rund ein Viertel aller Befragten – neigt zur "weichen", **non-integrativen Art der internationalen Kooperation** und plädiert für eine "solidarische" Schweiz - eine Schweiz, die ihre Neutralitätsposition aufgibt oder zumindest stark abschwächt, sich aber dennoch bei institutionellen Bindungen vor allem in Europa zurückhält und sich in weltöffnender, aber unverbindlicher Art für friedliche Konfliktlösungen und mehr materielle Gerechtigkeit einsetzt. Es sind die Neutralitätskritiker und -pragmatiker, die in dieser Meinungsgruppe das Sagen haben. Diese Art der Öffnung zielt auf eine Neudefinition der internationalen Position der Schweiz. Sie beinhaltet eine globale Perspektive und enthält idealistische Züge. Trotz oder gerade der idealistischen Züge wegen, die dieser Argumentationslinie anhaften, wird von ihren Anhängern der Einsatz von Blauhelmen durchaus unterstützt. Offenbar wirkt das Konzept der "Friedenserhaltung" im Rahmen dieser Argumentationslinie besonders attraktiv. Als Sympathie für ein künftiges kollektives Sicherheitssystem muss bei diesem Meinungstyp die verbreitete Zustimmung zur Wünschbarkeit einer europäischen Verteidigung gewertet werden. Eine Annäherung oder gar ein Beitritt zur NATO werden klar abgelehnt. Werte wie Toleranz gegenüber Ausländern und Gleichberechtigung der

Geschlechter erfahren in dieser Weltsicht eine hohe Rangierung. Der non-integrative Öffnungstyp ist in oberen Bildungsschichten, bei jüngeren Personen und vor allem in der französischen Schweiz überdurchschnittlich stark vertreten.

Unklar ist nach unserer Analyse die Bewertung des EWR. Dieser scheint eine Art Zwitterstellung einzunehmen. Während er von einem Teil der Non-integrativen akzeptiert wird, stellt er für den anderen Teil einen Schritt in die falsche Richtung dar. Für viele integrative Kooperative ist er eine unbefriedigende Lösung. (Die in der vorliegenden Studie analysierten Daten lassen diesbezüglich keine eindeutigen Schlussfolgerungen zu.)

Die Zahl jener Schweizerinnen und Schweizer, welche **am aussenpolitischen Status quo der Schweiz festhalten** wollen und sich jeder öffnungsbedingten Schmälerung der nationalen Souveränität widersetzen, übersteigt vier von zehn nicht. Zwar ist auch bei diesem Typ die Einsicht in die Unvermeidlichkeit von Konzessionen an die internationale Entwicklung verbreitet. Diese Konzessionen haben allerdings minimal zu bleiben. Ein Beitritt der Schweiz zur EU oder gar nur eine Annäherung via EWR werden ebenso abgelehnt wie ein Beitritt zur UNO, das Stellen von Blauhelmen ebenso wie eine Annäherung an die NATO. Von einer europäischen Armee will man nichts wissen. Sicherheitspolitisch ist in dieser Sicht einzig auf die eigene Landesverteidigung Verlass. Übernationale institutionelle Strukturen begegnen tiefem Misstrauen. Die Neutralität wird auf eine fundamentalistische Weise interpretiert: Sie ist gleichsam das eigentliche Identitätsmerkmal des Landes, an ihr – und nur an ihr! – haben sich die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz zu orientieren. Die Autonomisten - wie wir sie genannt haben - sind national überdurchschnittlich hoch emotional integriert. Sie wännen sich politisch und sozial in deutlich stärkerem Masse bedroht als die Kooperationswilligen. Entsprechend ist ihr diesbezügliches Sicherheitsbedürfnis ausgeprägt. Die Gefährdung von Merkmalen der inneren Sicherheit und der Identität (Überfremdung, Kriminalität, EU) wird von ihnen hoch gewichtet. Entwurzelungs- und Identitätsverlustängste dürften somit wichtige und starke Motive für die isolationistische Grundhaltung darstellen. Diesem Meinungstypus neigen insbesondere Personen über 40 Jahren, solche ländlicher Herkunft und solche mit einer hohen Kirchenbindung sowie tiefere Bildungsschichten überdurchschnittlich zu. Er ist in der deutschen Schweiz weitaus stärker verbreitet als in der Westschweiz.

Die Trennschärfe zwischen den Kooperationswilligen, die eine Öffnung über Annäherungen und Bindungen suchen und denjenigen, welche sie eher vermeiden wollen, ist nicht sehr gross. Insbesondere in Fragen der UNO und der Stellung von Blauhelmen dürften sich die Einstellungen beider überschneiden. Dagegen ist der Gegensatz zwischen den beiden Kooperationsvarianten auf der einen und der autonomistischen Position auf der anderen Seite so beträchtlich, dass man geneigt ist, von zwei Lagern zu sprechen. Konkret heisst dies: wer zum Beispiel der "harten" Kooperationslinie zuneigt, wird eher auch Meinungen der "weichen" befürworten als solche der nationalen Autonomie und umgekehrt. Wer die autonomistische Linie vertritt, wird mit grosser Wahrscheinlichkeit die meisten Kooperationsargumente ablehnen. Diese Unversöhnlichkeit lässt auch für die Zukunft relativ spannungsgeladene und emotional geführte Diskussionen um den Grad der Öffnung der Schweiz erwarten.

**Blockierung** ist das Stichwort, das die aussen- und sicherheitspolitische Öffnungsbereitschaft in der schweizerischen Bevölkerung derzeit wohl prägnant charakterisiert. Die Einsicht in die Unvermeidlichkeit eines Kurswechsels ist auf einer prinzipiellen Ebene zwar mehrheitlich vorhanden. Weil es aber an Begeisterung für konkrete Öffnungsschritte fehlt und weil auch für viele Kooperationswillige keine rasch erwerbbaaren Vorteile sichtbar sind, fehlt es an der Motivation, sich konsequent für einen Kurswechsel stark zu machen. Hinzu kommt, dass die Politik des Abseitsstehens bis jetzt in der breiten Bevölkerung (noch) nicht jenen individuell spürbaren Leidensdruck an politischer und wirtschaftlicher Benachteiligung erzeugt hat, welcher sie zu einem raschen Ausbruch aus der Verharrung hätte veranlassen können. Diese Stimmungslage und die Uneinigkeit unter den Kooperationswilligen über die Art und den Grad der Öffnung stärkt die innenpolitische Machtposition der auf Autonomie pochenden Meinungsgruppe. Aus diesen Gründen dürfte es künftig zwar nicht aussichtslos, aber auch nicht einfach sein, in der Schweiz für konkrete aussen- und sicherheitspolitische Öffnungsvorhaben Mehrheiten an der Urne zu finden.

Die Mehrheitsverhältnisse berechtigen indessen zur Hoffnung, dass der Bundesrat für seine deklarierten aussen- und sicherheitspolitischen Ziele in der Bevölkerung Gefolgschaft finden kann, wenn er seine Anliegen konsequent verfolgt und überzeugend darlegt.

## Literaturverzeichnis

- Backhaus, K.; Erichson, B.; Plinke, W.; Weiber, R. (1990), *Multivariate Analysemethoden*, Berlin.
- Bericht der Studiengruppe zu Fragen der schweizerischen Neutralität (1992), *Schweizerische Neutralität auf dem Prüfstand - schweizerische Aussenpolitik zwischen Kontinuität und Wandel*.
- Bericht über die Aussenpolitik der Schweiz in den 90er Jahren (1993), Anhang: *Bericht zur Neutralität*.
- Bornschiefer, V. (1988), *Westliche Gesellschaft im Wandel*, Frankfurt a.M.
- Bortz, J. (1984), *Lehrbuch der empirischen Forschung*, Berlin.
- Bortz, J. (1989), *Statistik*, Berlin.
- Brunner, H.P. (1989), *Neutralität und Unabhängigkeit der Schweiz im ausgehenden 20. Jahrhundert*, Zürich.
- Buri, Ch.; Haltiner, K.W.; Spillmann, K.R. (1991), *Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*, Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18, Zürich.
- Frei, D.; Kerr, H. (1974), *Wir und die Welt. Strukturen und Hintergründe aussenpolitischer Einstellungen*. Bericht über die im Rahmen der Pädagogischen Rekrutenprüfungen durchgeführten Befragung 1972.
- Frei, D. (1977), *Sicherheit. Grundfragen der Weltpolitik*. Stuttgart.
- Fuhrer, H.-R. (1992), *Historische Erfahrungen im Umgang mit der Neutralität*, in: *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift*, Nr. 3 (März) und Nr.4 (April).
- Gabriel, J.M. (1991), *Schweizer Neutralität im Wandel - Hin zur EG*, Frauenfeld.
- Haltiner, K.W. (1985), *Milizarmee - Bürgerleitbild oder angeschlagenes Ideal? Eine soziologische Untersuchung über die Auswirkungen des Wertwandels auf das Verhältnis Gesellschaft-Armee in der Schweiz*, Frauenfeld.
- Haltiner, K.W. (1986), *Der Bürger und seine Verteidigung - sicherheitspolitische Meinungsbilder in der Schweiz*. Auswertung einer Repräsentativbefragung, Bern (mimeo).
- Haltiner, K.W. (1990), *Nachbefragung zur Initiative "Schweiz ohne Armee"*, im Auftrag des Stabes GA, EMD, Bern (mimeo).
- Haltiner, K.W. (1992), *Zwischen Verharren und Ausbruch - nationale Identität heute*, in: *Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse* ETH Zürich, S. 11-31.

- Haltiner, K.W.; Bertossa, L. (1993), Stand der sicherheitspolitischen Information in der Schweizer Bevölkerung, Arbeitspapier, Wädenswil (mimeo).
- Inglehart, R. (1989), Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Frankfurt a.M.
- Klages, H.; Hippler, H.-J.; Herbert, W. (1992), Werte und Wandel - Ergebnisse und Methoden einer Forschungstradition, New York.
- Kux, St. (1993), Gründe und Scheingründe für die schweizerische Neutralität, in: Stephan Kux (Hrsg.), Zukunft Neutralität?, Bern.
- Lübbe, H. (1990), Der Philosoph im fremden Lande: hat die schweizerische Identität gelitten?, in: Claus D. Eck u. a., Störfall Heimat - Störfall Schweiz?, Hrsg. vom Institut für Angewandte Psychologie, IAP, Baden.
- Luif, P. (1988), Neutrale in der EG - Die westeuropäische Integration und die neutralen Staaten, Wien.
- Manigart, Ph.; Marlier, E. (1993), European Public Opinion on the Future of its Security, in: Armed Forces and Society, Vol. 19, Nr. 3, pp. 335-352.
- Mantovani, M. (1993), Neutralität und europäische Sicherheitskonzeption, in: Neutralität in der Schweiz - ein Sonderfall Schweiz? Beilage zur Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift ASMZ Nr. 7/8.
- Meier-Dallach, H.P. (1990), Umsteigen vom verpassten zum überholenden Zug, in: Claus D. Eck u. a., Störfall Heimat - Störfall Schweiz? Hrsg. vom Institut für Angewandte Psychologie, IAP, Baden.
- Meier-Dallach, H.P.; Ritschard, R. (1990), Nationale Identität - ein Fass ohne Boden?, Zürich.
- Melich, A. (1991), Die Werte der Schweizer, Bern.
- Meyer, R. (1976), Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung, unveröffentlichte Randauszählung, Bern.
- Riklin, A. (1991), Neutralität im Wandel, in: NZZ Nr. 219, 21./ 22. Sept..
- Riklin, A. (1992), Die Neutralität der Schweiz, in: "Bewaffnete Neutralität heute", Beilage der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift, Frauenfeld.
- Riklin, A.; Frei, Ch. (1986), Bericht zum UniVox-Thema IVb "Verteidigung", GfS, Zürich.
- Riklin, A.; Hafen, Th. (1990), Bericht zum UniVox-Thema IVb "Verteidigung", GfS, Zürich.
- Riklin, A.; Laggner, B. (1988), Bericht zum UniVox-Thema IVb "Verteidigung", GfS, Zürich.

- Schindler, D. (1975), Dauernde Neutralität, in: Alois Riklin, Hans Haug & Hans Christoph Binswanger: Handbuch der schweizerischen Aussenpolitik, Bern.
- Schindler, D. (1990), Neutralität am Wendepunkt, in: NZZ Nr. 220, 22./ 23. Sept.
- Schübo, W.; Ühlinger, H.-M.; Perleth, Ch.; Schröger, E.; Sierwald, W. (1991), SPSS-Handbuch der Programmversionen 4.0 und SPSS-X 3.0, New York.
- Spillmann, K.R. (1990), Swiss Security Policy in a Changing Environment, in: Marko Milivojevic & Pierre Maurer (eds.), Swiss Neutrality and Security - Armed Forces, National Defence and Foreign Policy, pp 207-216, Oxford.
- Thürer, D. (1991), Weltoffene, verantwortliche Neutralität, in: NZZ Nr. 75, 2. April.
- Weibel, E.R. (1992), Schweizerische Identität und Europäische Integration, Bern.





# ANHANG

## 1. Die Qualität der Variablen<sup>46</sup>

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, bezeichnet der Statistiker als Skala. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man oft einfach vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst **Nominalskala** (z.B. Automarke, Beruf, ...). Eine Skala, deren Zahlen lediglich "grösser-kleiner" Relationen richtig abbilden, heisst **Ordinalskala** (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, heisst **Intervallskala** (z.B. Körpertemperatur, Metermass). In dieser Studie wird ausschliesslich mit Nominal- und Ordinalvariablen gearbeitet.

---

<sup>46</sup> Nach Bortz (1984).

## 2. Korrelationen und Koeffizienten<sup>47</sup>

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, und negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmen also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmen, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, so wird man von einem positiven Zusammenhang sprechen. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie wurden Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. "grösser als..." oder "wichtiger als...") verwendet: der sogenannte Kontingenzkoeffizient und der Guttman's Weak-Monotonicity-Koeffizient.

Der **Kontingenzkoeffizient**, abgekürzt **C**, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von **C** variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 eine völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der **Guttman's Weak-Monotonicity-Koeffizient** gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Auch der Wertebereich vom weak-monotonicity-Koeffizienten variiert zwischen -1 und +1.

---

<sup>47</sup> Nach Bortz (1984), Meyer/ Haltiner/ Hofer/ Iff/ Rüegg (1982).

**Signifikanz:** Korrelationskoeffizienten sind nur ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. D.h., eine festgestellte Korrelation ist in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt, der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist nicht gesichert. Konkret würde das in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1000-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Bevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von einer Untergruppe (Stichprobe) auf eine Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit  $p < 0.05$  (signifikanter Zusammenhang),  $p < 0.01$  (sehr signifikanter Zusammenhang) oder  $p < 0.001$  (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei  $p > 0.05$  könnte der Zusammenhang bloss zufällig sein.

### 3. Die multidimensionale Skalierung (MDS)<sup>48</sup>

Oft werden zu einem Problemkreis ganze Batterien von einander ergänzenden Fragen gestellt. Im allgemeinen wird man solche Fragen nicht nur einzeln oder paarweise analysieren. Man wird vielmehr versuchen, den gesamten Fragekomplex als Ganzes zu interpretieren. Dazu werden zweckmässigerweise alle Korrelationen zwischen den beteiligten Variablen in einer Tabelle, einer sogenannten Korrelationsmatrix zusammengefasst (siehe z.B. S. 82). Es besteht kein prinzipieller Unterschied zwischen einer solchen Matrix und einer Entfernungstabelle, wie sie in jedem Autoatlas zu finden ist. Solche Tafeln, wie jeder Autofahrer wohl weiss, erlauben aber nicht, sich ein umfassendes Bild eines ganzen Gebietes zu machen. Man wird möglicherweise versuchen, mit Hilfe der Angaben in der Entfernungstabelle eine eigene Karte zu zeichnen.

Genau dies ist nun das Ziel einer Multidimensionalen Skalierung: Sie versucht, die in einer Distanzmatrix enthaltene Information räumlich darzustellen. Dabei wird von der Vorstellung ausgegangen, dass Korrelationen als Distanzen interpretiert werden können. Wenn zwei Variablen eng positiv korrelieren, so werden die dazugehörenden Fragen offenbar ähnlich beantwortet, und die Vorstellung erscheint sinnvoll, dass diese zwei Variablen nahe beieinander liegen. Entsprechend wird man sagen können, dass zwei hoch negativ korrelierte Variablen weit voneinander liegen sollten.

Die multidimensionale Skalierung (MDS) ist mit anderen Worten ein statistisches multivariates Verfahren, welches erlaubt, die relative Position von mehreren Objekten zueinander auf zwei oder mehr Dimensionen darzustellen. Bei einer MDS liegen ähnliche Objekte oder Variablen im Raum nah beieinander, stark differierende Objekte hingegen weit voneinander. Es gibt zwar mehrere multivariate Skalierungsverfahren, das Prinzip ist aber bei allen dasselbe: Bei der MDS geht es darum, die relative Position der Objekte zueinander adäquat abzubilden. In dieser Studie wurde das Guttman Smallest Space Analysis Verfahren angewendet.

---

<sup>48</sup> Nach Bortz (1984), Backhaus/ Erichson/ Plinke/ Weiber (1990), Meyer/ Haltiner/ Hofer/ Iff/ Rüegg (1982: 255ff).

**Durchführung und Interpretation der Ergebnisse:**

Durch die Berechnung der Korrelationen unter allen berücksichtigten Variablen wird eine Korrelationsmatrix erstellt, welche als Ausgangspunkt für die multidimensionale Skalierung dient. Für die Korrelationsberechnung wurde in dieser Studie ein Koeffizient für ordinalskalierte Daten bevorzugt, der Guttman's Weak-Monotonicity. Das Skalierungsverfahren wandelt die Korrelationsmasse automatisch in Unähnlichkeitsmasse um. Nach der Skalierung soll in der Abbildung dem grössten positiven Korrelationskoeffizienten die kleinste Distanz entsprechen, dem zweitgrössten die zweitkleinste Distanz usw., bis hin zum grössten negativen Korrelationskoeffizienten, dem die grösste Distanz entsprechen soll. Abweichungen von diesem Idealzustand werden durch eine "Stress" genannte Messzahl gemessen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen kann. Stimmt die Rangfolge der Korrelationskoeffizienten mit der Rangfolge der Distanzen im Modell genau überein, so ist der Stress 0. In der Praxis wird ein solcher Wert jedoch relativ selten erreicht. Als vertretbar gelten Lösungen mit einem Stress unter 0.15.

Auf den folgenden Seiten sind die Korrelationsmatrizes der drei in dieser Studie durchgeführten multidimensionalen Skalierungen wiedergegeben.

**Multivariate Analyse der Indikatoren "Nationale Autonomie versus Internationale Kooperation"**

**Weak-Monotonicity-Koeffizienten**

	bedr2-3a	bedr2-3b	bedr2-3c	bedr2-3d	bedr2-3e	bedr2-3f	bedr2-3g	bedr2-3h	bedr2-3i	bedr2-3j	bedr2-3k	bedr2-3l	bedr2-3m	bedr2-3n	bedr2-3o
bedr2-3a	1														
bedr2-3b	0.86	1													
bedr2-3c	0.279	0.447	1												
bedr2-3d	0.465	0.47	0.422	1											
bedr2-3e	0.352	0.417	0.35	0.556	1										
bedr2-3f	0.371	0.39	0.318	0.582	0.93	1									
bedr2-3g	0.304	0.413	0.253	0.26	0.491	0.441	1								
bedr2-3h	0.476	0.549	0.184	0.301	0.518	0.418	0.832	1							
bedr2-3i	0.326	0.412	0.275	0.407	0.38	0.322	0.535	0.643	1						
bedr2-3j	0.454	0.43	0.112	0.329	0.311	0.337	0.364	0.435	0.359	1					
bedr2-3k	0.389	0.403	0.206	0.428	0.463	0.446	0.555	0.626	0.636	0.51	1				
bedr2-3l	0.22	0.301	0.137	0.157	0.212	0.143	0.583	0.587	0.388	0.365	0.531	1			
bedr2-3m	0.539	0.59	0.174	0.374	0.496	0.55	0.476	0.524	0.413	0.469	0.476	0.357	1		
bedr2-3n	0.474	0.552	0.254	0.476	0.515	0.487	0.52	0.553	0.451	0.362	0.45	0.369	0.797	1	
bedr2-3o	0.288	0.366	0.189	0.369	0.432	0.356	0.641	0.653	0.552	0.188	0.506	0.508	0.536	0.557	1
bedr2-3p	-0.208	-0.278	0.05	0.057	0.052	0.055	0.103	0.148	0.095	-0.111	-0.129	-0.166	-0.215	-0.206	-0.01
bedr2-3q	-0.168	-0.33	-0.087	0.006	0.007	0.082	0.075	-0.005	0.178	-0.031	0.116	0.015	-0.01	-0.026	0.221
bedr2-3r	-0.09	-0.172	0.052	0.058	0.132	0.159	0.191	0.213	0.089	-0.151	-0.005	-0.053	0	0.004	0.204
bedr2-3s	-0.128	0.019	0.206	0.148	0.198	0.216	-0.017	-0.047	0.121	-0.007	0.037	-0.096	-0.013	0.044	0.216

	bedr2-3p	bedr2-3q	bedr2-3r	bedr2-3s
bedr2-3p	1			
bedr2-3q	0.589	1		
bedr2-3r	0.605	0.611	1	
bedr2-3s	0.424	0.491	0.623	1

# Multivariate Analyse der Indikatoren "Aussenpolitische Kooperationswilligkeit und politische Wertvorstellungen"

## Weak-Monotonicity-Koeffizienten

	bedr2-2a	bedr2-2b	bedr2-2c	bedr2-2d	bedr2-2e	bedr2-2f	bedr2-2i	bedr2-2k	bedr2-2l	bedr2-2m	bedr2-2n	bedr2-3a	bedr2-3c	bedr2-3e	bedr2-3i	bedr2-3j	bedr2-3l
bedr2-2a	1																
bedr2-2b	0.112	1															
bedr2-2c	0.339	0.056	1														
bedr2-2d	0.037	-0.306	0.238	1													
bedr2-2e	0.134	-0.17	0.296	0.382	1												
bedr2-2f	0.334	0.045	0.248	0.087	0.365	1											
bedr2-2i	0.26	-0.001	0.146	0.163	0.147	0.417	1										
bedr2-2k	-0.022	-0.216	0.048	0.561	0.362	0.018	0.086	1									
bedr2-2l	0.312	0.188	0.252	-0.113	0.089	0.377	0.273	-0.103	1								
bedr2-2m	0.178	-0.356	0.184	0.429	0.396	0.217	0.138	0.397	0.076	1							
bedr2-2n	0.24	-0.002	0.22	0.211	0.337	0.332	0.241	0.139	0.214	0.345	1						
bedr2-3a	0.061	0.191	-0.1	-0.297	-0.214	-0.01	0.045	-0.253	0.146	-0.271	-0.108	1					
bedr2-3c	0.017	0.07	-0.157	-0.128	-0.087	0.038	0.086	-0.066	0.076	-0.078	-0.044	0.172	1				
bedr2-3e	0.022	0.126	-0.032	-0.066	0.009	0.025	0.03	0.011	0.023	-0.026	-0.01	0.266	0.124	1			
bedr2-3i	0.091	0.153	0.077	-0.083	0.03	0.172	0.104	-0.05	0.103	-0.025	0.118	0.146	0.116	-0.172	1		
bedr2-3j	-0.042	0.186	-0.055	-0.266	-0.191	-0.006	0	-0.242	0.038	-0.299	-0.099	0.336	0.078	0.17	0.066	1	
bedr2-3l	0.078	0.453	-0.012	-0.302	-0.172	0.041	0.022	-0.178	0.171	-0.315	0	0.24	0.122	0.149	0.201	0.254	1
bedr2-3m	-0.063	0.239	-0.111	-0.289	-0.239	-0.081	-0.027	-0.251	0.038	-0.321	-0.101	0.453	0.153	0.34	0.223	0.312	0.378
bedr2-3n	-0.108	0.241	-0.124	-0.257	-0.2	-0.106	-0.051	-0.124	0.058	-0.191	-0.047	0.379	0.101	0.417	0.241	0.272	0.319
bedr2-3o	0.008	0.182	0.068	-0.028	-0.032	0.039	0.004	0.018	0.032	-0.146	0.047	0.129	0.05	0.13	0.198	-0.005	0.27
bedr2-3p	0.071	-0.197	0.089	0.34	0.227	0.047	0.075	0.276	-0.019	0.336	0.202	-0.384	-0.114	-0.158	-0.062	-0.616	-0.218
bedr2-3s	0.072	-0.319	0.133	0.34	0.25	0.054	0.004	0.276	-0.108	0.301	0.101	-0.346	-0.171	-0.199	-0.155	-0.247	-0.309
neut4-1a	0.083	-0.024	0.105	0.199	0.19	0.102	-0.076	0.187	0.109	0.211	0.193	-0.219	-0.093	-0.094	0.019	-0.371	-0.023
neut4-1e	-0.008	0.114	-0.071	-0.24	-0.176	-0.02	0.061	-0.135	0.062	-0.235	-0.087	0.296	0.153	0.102	0.053	0.365	0.237
neut4-1h	-0.004	0.102	-0.05	-0.243	-0.081	-0.039	-0.01	-0.147	0.011	-0.191	-0.08	0.322	0.073	0.154	0.091	0.41	0.202
neut4-1k	0.108	-0.175	0.15	0.342	0.258	0.058	0.068	0.247	0.021	0.247	0.116	-0.374	-0.192	-0.181	-0.059	-0.426	-0.201

	bedr2-3m	bedr2-3n	bedr2-3o	bedr2-3p	bedr2-3s	neut4-1a	neut4-1e	neut4-1h	neut4-1k
bedr2-3m	1								
bedr2-3n	0.647	1							
bedr2-3o	0.233	0.289	1						
bedr2-3p	-0.34	-0.275	-0.014	1					
bedr2-3s	-0.404	-0.31	-0.159	0.327	1				
neut4-1a	-0.137	-0.082	0.073	0.441	0.114	1			
neut4-1e	0.233	0.195	0.059	-0.362	-0.157	-0.268	1		
neut4-1h	0.318	0.214	0.071	-0.455	-0.232	-0.384	0.403	1	
neut4-1k	-0.331	-0.292	-0.038	0.505	0.283	0.421	-0.332	-0.402	1



**Multivariate Analyse der Indikatoren "Aussenpolitische Kooperationswilligkeit und sicherheitspolitische Aspekte"**  
**Weak-Monotonicity-Koeffizienten**

	bedr2-3a	bedr2-3d	bedr2-3e	bedr2-3g	bedr2-3i	bedr2-3l	bedr2-3m	bedr2-3o	bedr2-3p	bedr2-3q	bedr2-3r	bedr2-3s	bedr2-4a	bedr2-4c	neut4-1b	neut4-1d	neut4-1e
bedr2-3a	1																
bedr2-3d	0.505	1															
bedr2-3e	0.418	0.716	1														
bedr2-3g	0.292	0.362	0.387	1													
bedr2-3i	0.293	0.267	0.267	0.492	1												
bedr2-3l	0.389	0.245	0.22	0.702	0.322	1											
bedr2-3m	0.673	0.526	0.546	0.547	0.38	0.556	1										
bedr2-3o	0.203	0.188	0.242	0.517	0.356	0.454	0.389	1									
bedr2-3p	-0.631	-0.408	-0.284	-0.215	-0.134	-0.401	-0.573	-0.056	1								
bedr2-3q	-0.636	-0.416	-0.295	-0.36	-0.11	-0.408	-0.568	-0.16	0.793	1							
bedr2-3r	-0.506	-0.433	-0.341	-0.371	-0.203	-0.462	-0.596	-0.125	0.694	0.719	1						
bedr2-3s	-0.5	-0.454	-0.304	-0.522	-0.281	-0.478	-0.603	-0.289	-0.571	-0.654	0.677	1					
bedr2-4a	-0.594	-0.357	-0.216	-0.225	-0.018	-0.302	-0.498	-0.118	0.569	0.654	0.58	0.49	1				
bedr2-4c	0.616	0.437	0.339	0.31	0.241	0.412	0.507	0.317	-0.44	-0.468	-0.397	-0.395	-0.32	1			
neut4-1b	-0.437	-0.307	-0.185	-0.151	-0.028	-0.244	-0.384	-0.085	0.629	0.529	0.513	0.382	0.535	-0.292	1		
neut4-1d	-0.493	-0.276	-0.137	-0.199	-0.031	-0.451	-0.474	-0.05	0.623	-0.56	0.655	0.464	0.552	-0.24	0.624	1	
neut4-1e	0.437	0.313	0.215	0.149	0.076	0.328	0.376	0.127	-0.625	-0.349	-0.305	-0.219	-0.48	0.489	-0.419	-0.365	1
neut4-1f	0.341	0.336	0.197	0.01	0.106	0.183	0.357	0.145	-0.541	-0.332	-0.298	-0.278	-0.397	0.301	-0.411	-0.357	0.554
neut4-1i	0.558	0.649	0.563	0.203	0.085	0.317	0.575	0.225	-0.688	-0.421	-0.491	0.43	-0.502	0.532	-0.547	-0.454	0.535
neut4-1j	-0.419	-0.345	-0.286	-0.033	-0.084	-0.217	-0.429	0.081	0.712	0.505	0.481	0.4	0.494	-0.202	0.647	0.626	-0.461
neut4-1k	-0.55	-0.405	-0.311	-0.206	-0.114	-0.345	-0.536	-0.057	0.753	0.575	0.59	0.462	0.595	-0.299	0.58	0.666	-0.524
var5-2	-0.368	-0.488	-0.414	-0.39	-0.249	-0.358	-0.538	-0.255	0.446	0.382	0.449	0.399	0.3	-0.354	0.325	0.227	-0.248
ver15-1a	0.481	0.612	0.478	0.434	0.295	0.352	-0.699	0.385	-0.419	-0.374	-0.325	-0.368	-0.34	0.4	-0.265	-0.162	0.308
ver7-2a	0.337	0.245	0.134	0.331	0.159	0.447	0.418	0.22	-0.432	-0.419	-0.423	-0.427	-0.415	0.22	-0.255	-0.454	0.354
ver7-2b	-0.143	-0.048	0.054	-0.137	0.023	-0.282	-0.195	0.001	0.301	0.341	0.434	0.332	0.27	-0.144	0.281	0.467	-0.185
ver7-2e	-0.34	-0.23	-0.034	-0.276	-0.018	-0.456	-0.441	-0.042	0.554	0.477	0.604	0.544	0.511	-0.108	0.439	0.715	-0.341
var5-1k	0.393	0.593	0.532	0.175	0.273	0.261	0.509	0.201	-0.422	-0.219	-0.302	-0.26	-0.217	0.431	-0.33	-0.128	0.333

	neut4-1f	neut4-1g	neut4-1j	neut4-1k	var5-2	ver15-1a	verh7-2a	verh7-2b	verh7-2e
neut4-1f	1								
neut4-1g	0.602	1							
neut4-1j	-0.477	-0.486	1						
neut4-1k	-0.452	-0.432	0.829	1					
var5-2	-0.136	-0.144	0.322	0.435	1				
ver15-1a	0.276	0.194	-0.271	-0.403	-0.641	1			
verh7-2a	0.351	0.403	-0.402	-0.446	-0.255	0.287	1		
verh7-2b	-0.068	-0.222	0.266	0.245	0.054	0.024	-0.014	1	
verh7-2e	-0.122	-0.454	0.575	0.642	0.327	-0.231	-0.523	0.518	1
var5-1k	0.209	0.181	-0.21	-0.249	-0.598	0.685	0.151	0.068	-0.023

#### 4. Die Clusteranalyse<sup>49</sup>

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) eingeteilt, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander separierbar sein sollen. Mit anderen Worten sollen die Elemente eines Clusters möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden. D.h. das erste Objekt von jedem Cluster (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster gibt der Anwender vor. Er versucht dann, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; er verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten lag. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nun nicht ein konkretes Objekt vorzustellen, sondern ein künstliches. Man könnte sich das bildlich als Sonnensystem vorstellen. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die

---

<sup>49</sup> Nach Bortz (1989), Schübo/ Uehlinger/ Perleth/ Schröger/ Sierwald (1991).

Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

Nach der Durchführung der Clusteranalyse verfügen wir über zwei wichtige Informationen: Wir wissen, welche Werte die einzelnen Clusterzentren aufweisen und welchem Cluster jedes Objekt angehört. Die Clusterzugehörigkeit kann somit als eine neue Variable betrachtet werden, mit der sich arbeiten lässt.

Auf den folgenden Seiten sind die Zentren der zwei berechneten Cluster numerisch wiedergegeben.

**Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit\*:**

Variable	Zentrum Cluster 1 (Tend. int. Kooperative)	Zentrum Cluster2 (Non int. Kooperative)	Zentrum Cluster3 (Nationale Autono- misten)
Die Schweiz soll...			
...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EG vorbehaltlos beitreten	2.68	2.72	1.48
...sich der NATO annähern	2.54	1.86	1.53
...mehr in Konflikten vermitteln	3.23	3.15	2.07
...mehr Entwi. hilfe leisten	2.86	3.14	1.79
...dem EWR, nicht aber der EG beitreten	2.48	2.85	1.88
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	3.3	2.53	2.09
...die Neutralität beibehalten	3.51	2.46	3.82
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	2.9	1.9	3.42

\* 1= gar nicht einverstanden, 2=eher nicht einverstanden, 3= eher einverstanden, 4=sehr einverstanden

**Typologie der Neutralitätsauffassungen\*:**

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster3 (Dissonante)	Zentrum Cluster4 (Traditiona- listen)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.53	1.96	1.75	1.35
Neutralität ist untrennbar mit schweiz. Staatsgedanken verbunden	3.21	2.7	1.75	1.48
Dank der Neutra- lität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	2.92	2.85	2.15	1.75
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.45	2.8	1.75	1.97
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.6	2.1	2.26	3.06
Wenn die Neutra- lität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.41	2.17	2.34	3.48
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	1.86	2.92	2.19	3.37
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.56	2.85	2.17	3.38

\* 1= sehr einverstanden, 2=eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

# **ÖFFNUNG ODER ISOLATION DER SCHWEIZ?**

**FRAGEBOGEN UND RANDAUSZÄHLUNG**

Herzlichen Dank, dass Sie sich für dieses Interview über das Thema "Sicherheit" zur Verfügung stellen.

Ich werde Ihnen zunächst einige Fragen zu Ihrer Zukunftseinschätzung und zu allfälligen Bedrohungen stellen, dann die Themen Europa und militärische Verteidigung behandeln und zum Schluss noch einmal auf die Schweiz zu sprechen kommen.  
Wenn es Ihnen recht ist, beginnen wir gleich mit der ersten Frage:

---

**1 Zukunftserwartung**

1.1 Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder eher düsterer und gespannter wird?

eher besser und entspannter	17
bleibt etwa so wie heute	30
eher düsterer und gespannter	51

**WICHTIG: DIE ANTWORTEN  
"Weiss nicht" UND  
"Keine Antwort" NIEMALS  
VORLESEN!**

weiss nicht	2
keine Antwort	-

---

1.2 Und wie sehen Sie die nähere Zukunft - also etwa die nächsten fünf Jahre - für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

sehr optimistisch	3
eher optimistisch	43
eher pessimistisch	47
sehr pessimistisch	4
weiss nicht	2
keine Antwort	1

---

1.3 Warum? / Inwiefern?

**ANTWORT BITTE NOTIEREN**

a) Schweiz? .....

- b) NICHT SPEZIELL NACHFRAGEN, ABER FALLS  
WELTPOLITISCHE LAGE SPONTAN ANGESPROCHEN,  
EBENFALLS NOTIEREN:

## 2 Bedrohungswahrnehmung

- 2.1 Es gibt viele Ereignisse und Probleme, die heute für unsere Gesellschaft und unseren Staat eine Bedrohung darstellen können. Geben Sie mir bitte für jedes Thema auf unserer Liste mit Hilfe des Thermometers an, ob Sie das betreffende Problem oder Ereignis heute als eine grosse, eine kleine oder als gar keine Bedrohung für unseren Staat ansehen.

0 bedeutet, dass Sie das Problem oder Ereignis heute als gar keine Bedrohung ansehen, 5 bedeutet, dass Sie es als grosse Bedrohung für unseren Staat einschätzen.

0=gar keine Bedrohung  
bis  
5=sehr grosse Bedrohung

8=weiss nicht  
9=keine Antwort

	0	1	2	3	4	5	8	9
A Drogenproblem	2	6	14	25	25	28	-	-
B Wirtschaftskrise	1	3	13	32	31	20	-	-
C Konflikte mit Atomwaffen	13	18	25	18	12	11	2	1
D Naturkatastrophen (z.B. Überschwemmungen, Erdbeben)	10	22	23	22	12	9	1	1
E Innere Unruhen (z.B. Krawalle, Demonstrationen)	10	21	24	27	14	4	-	-
F Terrorismus, Geiselnahme und Erpressung	8	24	24	23	13	6	1	1
G Weltweite Überbevölkerung	3	6	13	22	29	25	1	1
H Umweltzerstörung (z.B. Klimaveränderung)	1	3	11	21	29	35	-	-
I Kriminalität	1	5	15	28	30	20	-	1
K Überalterung der Schweiz	5	9	17	27	25	14	2	1
L Zunehmende Verarmung der Dritten Welt	2	6	10	25	31	24	1	1
MKriegerische Konflikte mit konventionellen Waffen (in Europa)	5	14	24	26	18	10	2	1
N Weltweite Verknappung der Rohstoffe	5	12	22	29	20	9	3	-



O Technische Katastrophen (z.B. Atom-/Chemieunfälle)	2	7	18	28	26	17	1	1
P Politische Radikalisierung durch Extremisten	4	13	22	27	19	12	2	1
Q Überfremdung der Schweiz (Asylanten, Einwanderung)	6	13	19	21	18	22	1	-
R Die Europäische Gemeinschaft	23	18	16	20	11	8	3	1
S Möglichkeit, durch Konflikte zwischen 3. Welt-Staaten in einen Krieg einbezogen zu werden	23	23	24	18	7	2	2	1

2.2 Es gibt verschiedene Ansichten über das, was der Staat für die Bewältigung unserer Zukunft tun sollte und was nicht. Sagen Sie bitte zu jedem der folgenden Ziele, ob die Behörden dafür viel mehr, eher mehr, gleich viel, eher weniger oder viel weniger tun sollten als heute.

- 1=viel mehr tun  
 2=eher mehr tun  
 3=gleichviel tun  
 4=eher weniger tun  
 5=viel weniger tun  
 7=nicht Aufgabe des Staates  
 8=weiss nicht  
 9=keine Antwort

	1	2	3	4	5	7	8	9
A Unsere Sozialwerke (wie AHV und IV) ausbauen	28	37	28	4	1	-	1	1
B Schutz der Ausländer in unserem Lande	8	18	42	16	13	1	1	1
C Die freie Meinungsäusserung schützen	23	29	39	5	2	-	1	1
D Das schweizerische Nationalbewusstsein stärken	13	23	36	15	10	1	1	1
E Ruhe und Ordnung im Land sicherstellen	15	28	48	5	2	-	1	1
F Die Arbeitsplätze sichern	45	36	13	4	2	-	-	-
G Sport- und Freizeitanlagen ausbauen	9	25	45	15	5	1	-	-
H Die Natur und Landschaft schützen	44	32	18	3	3	-	-	-
I Das Wirtschaftswachstum ankurbeln	30	39	22	5	2	-	1	1
K Eine starke Landesverteidigung unterhalten	9	14	36	21	18	-	1	1
L Für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Arbeits- und Berufsleben sorgen	34	33	24	5	3	-	-	1
M Eine Überfremdung in der Schweiz verhindern	26	24	31	11	6	-	1	1
N Den Drogenmissbrauch bekämpfen	41	33	14	6	4	-	1	1
O Schutz vor den Risiken grosstechnischer Anlagen	23	30	38	4	2	-	2	1

- 2.3 Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen?  
Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

	1=sehr einverstanden	2=eher einverstanden	3=eher nicht einverstanden	4=gar nicht einverstanden	8=weiss nicht	9=keine Antwort
	1	2	3	4	8	9
A"Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EG ohne Vorbehalte beitreten"	19	24	22	30	3	2
B"Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EG politisch annähern"	21	36	21	18	3	1
C "Die Schweiz sollte dem EWR, nicht aber der EG beitreten"	21	23	24	26	4	2
D"Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen"	7	18	26	44	3	2
E"Die Schweiz sollte sich der NATO (dem Nordatlantischen Bündnis) annähern"	6	24	26	32	10	2
F"Die Schweiz sollte der NATO beitreten"	5	13	23	47	10	2
G"Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln"	23	43	16	13	3	2
H"Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen"	27	45	15	8	3	2
I"Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben"	21	37	21	16	3	2
J"Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten"	5	11	25	57	1	1
K"Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen"	11	22	27	35	3	2
L"Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten"	21	34	25	18	1	1
M"Die Schweiz sollte der UNO beitreten"	23	23	20	27	5	2
N"Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen"	18	29	22	26	4	1
O"Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen"	29	42	17	8	2	2
P"Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten"	55	27	10	5	2	1

Q"Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben"	32	31	25	9	2	1
R"Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen"	24	29	26	17	3	1
S"Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten"	13	23	35	25	3	1

2.4 Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

1=sehr einverstanden  
 2=eher einverstanden  
 3=eher nicht einverstanden  
 4=gar nicht einverstanden  
 8=weiss nicht  
 9=keine Antwort

	1	2	3	4	8	9
A "Die nationale Souveränität sollte niemals zugunsten einer europäischen Einigung aufgegeben werden"	37	29	19	11	3	1
B "Eine schlagkräftige Armee erhöht auch meine persönliche Sicherheit"	24	26	23	24	2	1
C "Nur wenn sich alle europäischen Länder vereinigen, werden wir einen dauerhaften und stabilen Frieden in Europa bekommen"	19	31	28	17	4	1
D "Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt."	14	37	31	12	4	2

2.5 Sie haben in dieser Umfrage bereits einige Fragen zur Sicherheitspolitik und Gesamtverteidigung beantwortet. Unter Gesamtverteidigung verstehe ich alle militärischen und zivilen Massnahmen zum Schutz und zur Sicherung des Landes. Einmal abgesehen davon, ob Sie für oder gegen die Gesamtverteidigung eingestellt sind: Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit und Gesamtverteidigung?

sehr stark	13
recht stark	34
ein bisschen	44
überhaupt nicht	7
weiss nicht	1
keine Antwort	1

### 3 Europäische Integration

3.1 In unserem persönlichen Leben können wir nicht immer ganz frei entscheiden. Ähnlich ist es auch für die Schweiz als Staat. Oft erwartet man im Ausland von der Schweiz bestimmte Entscheidungen. Wir haben zu diesem Thema einige Meinungen zusammengestellt, wie man sie manchmal hören kann. Können Sie mir bitte sagen, ob Sie mit diesen Äusserungen "sehr einverstanden", "eher einverstanden", "eher nicht einverstanden" oder "gar nicht einverstanden sind"?

1=sehr einverstanden	8=weiss nicht
2=eher einverstanden	9=keine Antwort
3=eher nicht einverstanden	
4=gar nicht einverstanden	

	1	2	3	4	8	9
A "Weil unsere Abhängigkeit vom Ausland wächst (wirtschaftlich, verkehrsmässig, kulturell), werden unsere Entscheidungen in Zukunft immer mehr vom Ausland diktiert werden."	11	43	33	10	2	1
B "Die wichtigsten Entscheidungen, die unser Land betreffen, können wir auch in Zukunft selber treffen, auch wenn das Ausland versuchen wird, unsere Entscheidungen zu beeinflussen."	35	45	14	3	2	1
C "Was die Innenpolitik betrifft, können wir auch weiterhin einen grossen Teil selber gestalten. Was aber die Aussenpolitik angeht, werden wir mit Europa zusammenarbeiten müssen."	38	47	9	3	2	1
D "Um die Unabhängigkeit zu wahren, werden wir zwar gewisse Konzessionen machen müssen, aber die meisten Entscheidungen, die unser Land betreffen, werden wir weiterhin selber treffen können."	42	45	10	1	1	1

3.2 Am 6. Dezember 1992 hat sich das Schweizer Stimmvolk gegen einen Beitritt unseres Landes zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR entschieden. Unabhängig davon, ob Sie bei dieser Abstimmung für oder gegen den EWR-Beitritt waren, was glauben Sie: Wird die Schweiz dadurch selbständiger handeln können oder wird sie sich trotzdem an die europäische Entwicklung anpassen müssen?

A Die Schweiz wird dank ihrer EWR-Ablehnung in Zukunft <u>selbständig</u> handeln können	22
B Die Schweiz wird sich so oder so der europäischen Entwicklung <u>anpassen</u> müssen	73
Weiss nicht	3
Keine Antwort	2

3.3 Einmal ganz generell gefragt: Bedauern Sie aus heutiger Sicht den Volksentscheid vom 6. Dezember?

Ja	50
Nein	35
weder noch	13
Weiss nicht	1
Keine Antwort	1

4 Neutralität

4.1 Die Schweiz hat ja bisher immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man aber in verstärktem Masse auch Meinungen, die den Wert dieser Neutralität für die Zukunft in Frage stellen.  
Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

1=sehr einverstanden  
2=eher einverstanden  
3=eher nicht einverstanden  
4=gar nicht einverstanden  
8=weiss nicht  
9=keine Antwort

	1	2	3	4	8	9
A "Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten."	45	40	12	1	1	1
B "Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen."	22	41	25	8	2	1
C "Die Neutralität sollte ein vorrangiges Ziel unserer Aussenpolitik bleiben."	36	35	18	6	4	1
D "Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei."	27	28	26	14	4	1
E "Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben."	12	21	31	33	2	1
F "Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität."	7	22	41	26	3	1
G "Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden."	15	30	30	16	6	3

H	"Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln."	8	26	34	27	3	2
I	"Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität."	9	20	36	25	8	2
J	"Die Neutralität bringt uns hohes internationales Ansehen."	29	37	24	7	2	1
K	"Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden."	36	37	16	7	3	1

## 5 Gesamteuropäische Verteidigung

5.1 Heute wird darüber diskutiert, ob die Schweizer Armee zusätzlich zu ihrem bisherigen Hauptauftrag, notfalls das Land zu verteidigen, weitere Aufgaben wahrnehmen sollte. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aufgaben, wie sehr Sie damit einverstanden sind, dass die Armee sie künftig übernimmt.

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

1=sehr einverstanden  
 2=eher einverstanden  
 3=eher nicht einverstanden  
 4=gar nicht einverstanden  
 8=weiss nicht  
 9=keine Antwort

	1	2	3	4	8	9
A Einsatz als Friedenstruppen der UNO ("Blauhelm-Einsätze")	24	30	20	24	2	-
B Hilfe bei Grosskatastrophen im Inland	81	16	1	1	1	-
C Hilfe bei Grosskatastrophen im Ausland	47	34	10	8	1	-
D Einsatz zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung bei Streiks und Demonstrationen	25	28	20	26	-	1
E Verhinderung von Terroranschlägen (z.B. auf Flugplätzen)	48	36	10	5	1	-
F Bewachung von internationalen Konferenzen	37	38	16	7	1	1
G Entwicklungshilfe	31	31	20	15	2	1
H Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes	53	34	7	5	1	-
I Unterstützung der zivilen Grenzwaiche bei grossen Flüchtlingsströmen	40	33	15	10	1	1
K Bewaffnete militärische Einsätze im Auftrag der UNO	9	19	27	40	3	2

5.2 Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?

A Ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt (z.B. medizinische Versorgung)	43
B Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt (mit Möglichkeit zur Selbstverteidigung)	29
C Ja, auch Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens	5
D Nein, überhaupt nicht	20
- Weiss nicht	2
- Keine Antwort	1

---

5.3 In der Öffentlichkeit wird heute mehr als früher über eine europäische Armee im Rahmen einer gemeinsamen Verteidigung gesprochen.

Halten Sie das Zustandekommen einer solchen gemeinsamen europäischen Armee für sehr wahrscheinlich, eher wahrscheinlich, eher unwahrscheinlich, sehr unwahrscheinlich?

sehr wahrscheinlich	6
eher wahrscheinlich	28
eher unwahrscheinlich	42
sehr unwahrscheinlich	19
weiss nicht	5
keine Antwort	-

---

5.4 Ist die Errichtung einer europäischen Armee Ihrer Ansicht nach sehr wünschenswert, eher wünschenswert, eher nicht wünschenswert, gar nicht wünschenswert?

sehr wünschenswert	5
eher wünschenswert	28
eher nicht wünschenswert	34
gar nicht wünschenswert	25
weiss nicht	7
keine Antwort	1

5.5 Angenommen, es würde tatsächlich eine europäische Armee zur gemeinsamen Verteidigung geben, und die Schweiz würde sich daran beteiligen. Bräuchte es dann Ihrer Ansicht nach trotzdem auch weiterhin noch eine eigene Schweizer Armee, wie wir sie heute haben?

A Ja, die Schweiz bräuchte auf jeden Fall noch ihre eigene Armee, so wie wir sie heute haben	25
B Ja, die Schweiz bräuchte noch eine Armee, aber in einer anderen Form als heute	46
C Nein, die Schweizer Armee wäre dann überflüssig	24
- Weiss nicht	3
- Keine Antwort	2

---

5.6 Aus früheren Studien wissen wir, dass über die NATO verschiedene Vorstellungen und Meinungen bestehen. Was fällt Ihnen zum Stichwort NATO ein?

ANTWORT BITTE NOTIEREN

.....  
.....  
.....  
.....

---

## 6 Schweizer Armee

Nun einige Fragen speziell zur Schweizer Armee:

6.1 Hier habe ich einige Meinungen über die Schweizer Armee und die allgemeine Wehrpflicht. Sagen Sie mir bitte, was die Schweiz Ihrer Ansicht nach tun sollte:

	1	2	3	4	8	9
A "Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten."	32	32	20	12	2	2
B "Die Schweiz sollte die Armee verkleinern und die Dienstzeit der Wehrmänner verkürzen."	29	35	21	12	2	1
C "Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht beibehalten, aber auf Basis der freien Wahl einen Zivildienst einführen, der gleich lange dauert wie der Militärdienst."	34	33	18	13	1	1



D "Die Schweiz sollte einen allgemeinen Gemeinschaftsdienst für Männer einführen, in dem der Dienst im Militär nur einer neben andern wäre."	30	36	18	13	2	1
E "Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und eine Freiwilligenarmee einführen."	17	14	24	42	2	1

---

6.2 Über die Bedeutung des Militärs für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei solche nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können:

A " Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so."	30
B "Das Militär ist ein notwendiges Übel."	51
C "Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden."	17
D weiss nicht	1
E keine Antwort	1

---

## 7 Verhältnis zur Schweiz

Lassen wir das Thema militärische Sicherheit nun einmal beiseite. Bei den nächsten Fragen geht es wieder allgemein um die Schweiz und um unsere Landesregierung.

7.1 Sind Sie persönlich mit der Art und Weise, wie die Schweiz heute regiert wird sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden, sehr unzufrieden oder finden Sie, "es geht so"/unentschieden?

sehr zufrieden	1
eher zufrieden	26
es geht so/unentschieden	38
eher unzufrieden	25
sehr unzufrieden	8
weiss nicht	1
keine Antwort	1

7.2 Wir haben hier einige Meinungen zum Staat und zum öffentlichen Leben gesammelt, die man ab und zu hört. Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

	1	2	3	4	8	9
A "Ich bin zwar Schweizer(in), aber es würde mir nichts ausmachen, wenn ich Bürger(in) eines anderen Landes wäre."	22	21	24	31	1	1
B "Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht."	14	30	33	19	4	2
C "Sinn und Zweck des Staates ist es, für das materielle Wohlergehen seiner Bürger zu sorgen."	21	44	23	9	1	2
D "Der Staat bietet mir eine Heimat, in der ich mich geborgen fühle."	31	44	16	6	1	2
E "Wer die Schweiz nicht als Vaterland empfindet, ist ein schlechter Schweizer."	19	18	27	33	1	2

7.3 Sehen Sie sich selbst in erster Linie als Schweizer, Europäer oder als Weltbürger? Bringen Sie bitte diese drei Begriffe in die richtige Reihenfolge!

	RANG	1	2	3	8	9
A Schweizer		60	18	18	2	2
B Europäer		16	61	18	2	3
C Weltbürger		20	17	59	2	2
- weiss nicht		8				
- keine Antwort		9				

## 8 Soziodemographie

### 8.1 Geschlecht

weiblich	51
männlich	49

### 8.2 Alter

Geburtsjahr 19.....

8.3 Zuletzt besuchte Schule

Primarschule	7
Sekundar-/Real-/Bezirksschule	10
Berufsschule / Gewerbeschule	47
Mittelschule / Gymnasium / Technikum / Seminar	23
Hochschule / Uni, Poly / ETH	13

---

8.4 Sprachregion

Deutschschweiz	75
Westschweiz	25

---

8.5 Darf ich Sie fragen, wie häufig Sie in die Kirche (respektive Synagoge, Moschee etc.) gehen?

mindestens 1 mal pro Woche	4
fast jede Woche	5
1-2 mal pro Monat	11
1-4 mal pro Jahr	49
nie	25
keine Antwort	6

---

8.6 Sind Sie im Militärdienst eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

		<b>WEITER</b>
Ja, Befragte(r) ist eingeteilt	24	-> 8.7
Ja, Befragte(r) ist eingeteilt gewesen	15	-> 8.7
Nein, Befragte(r) ist nicht eingeteilt	59	-> 8.8
keine Antwort	2	-> 8.8

---

8.7 Welchen Dienstgrad haben/hatten Sie

Soldat/Gefreiter/HD/FHD bzw. MFD/RKD	28
Unteroffizier	6
Offizier	4
keine Antwort	62

## 8.8 Ethnisches Umfeld

Der Anteil an Ausländern in der Schweizer Wohnbevölkerung ist in den letzten Jahren ja beständig gewachsen.

Was schätzen Sie, wie gross ist heute in unserem Land der Anteil an Bewohnern mit ausländischer Nationalität oder Herkunft?  
(Mit «ausländischer» meinen wir, dass mindestens ein Elternteil einer anderen Nationalität zugehörig ist/war.)

Ungefähre Schätzung Ø ca. 27. %

Und wie gross ist - schätzungsweise - der Anteil an Personen mit ausländischer Nationalität oder Herkunft an Ihrem Arbeitsplatz/Ihrer Schule?

Ungefähre Schätzung Ø ca. 21. %

Und wie gross ist - schätzungsweise - der Anteil an Personen mit ausländischer Nationalität oder Herkunft innerhalb Ihres übrigen persönlichen Bekanntenkreises?

Ungefähre Schätzung Ø ca. 19. %

---

## 8.9 Erwerbstätigkeit und Lebensraum

### 8.91 Wohnen Sie in ländlicher oder in städtischer Umgebung?

(eher) ländlich	46
(eher) kleinstädtisch	31
(eher) grossstädtisch	23

---

### 8.92 Sind Sie erwerbstätig?

	WEITER	
voll erwerbstätig	46 ->	8.93
teilweise erwerbstätig	19 ->	8.93
gar nicht erwerbstätig	23 ->	8.94
ausschliesslich Hausfrau/mann	12 ->	8.94

8.93 Arbeiten Sie in ländlicher oder in städtischer Umgebung?

(eher) ländlich	22
(eher) kleinstädtisch	24
(eher) grossstädtisch	22
nicht erwerbstätig	32

---

8.94 Wieviel Prozent Ihrer Freizeit verbringen Sie (zirka) ausserhalb Ihrer eigenen Wohnung/Ihres Gartens

(eher) ländlich	58
(eher) kleinstädtisch	26
(eher) grossstädtisch	16

## Fragebogen - Offene Fragen

1.3a Gründe für den Pessimismus

1.3b Gründe für den Optimismus

5.6 Sicherheit NATO

<u>Frage</u>	<u>Code</u>	<u>Antwort</u>	<u>Anteil in %</u>
1.3a	1	Keine Angaben	50
	2	Rezession/schlechte Wirtschaftslage	14
	3	CH-Alleingang in der Politik/EWR- nein mit negativen Folgen	10
	4	Zunehmende Arbeitslosigkeit	10
	5	CH-Alleingang + zunehmende Arbeitslosigkeit	3
	6	Zuviele Ausländer in der Schweiz	3
	7	Inkompetenz der Politiker	2
	8	Unklare Erklärung/Antwort	8
1.3b	1	Keine Angaben	54
	2	Wirtschaftslage wird sich wieder stabilisieren; Wirtschaftlicher Optimismus (inkl. Arbeitsplätze)	11
	3	Angesichts der heutigen Probleme kann es nur aufwärts gehen	2
	4	Man soll immer optimistisch denken	7
	5	Wirtschaftliche und politische Neutralität der Schweiz wird uns eine ruhige Zukunft geben	3
	6	Die schweizer Arbeitstugend ist der beste Garant für eine Zukunft; das Volk wird auf die aktuelle prekäre Lage reagieren	5
	7	Die Zahl der Arbeitslosen wird abnehmen	3
	8	Negativen konjunkturellen Phasen folgen immer positiven	3

	9	Die Geschichte zeigt, dass die Schweiz die Krisen überwinden kann	3
	10	Wir werden mit den Nachbarstaaten politisch zusammenarbeiten	2
	11	Schon heute geht es uns Schweizern relativ gut	2
	12	Unklare Erklärung	5
5.6	1	Keine Antwort	28
	2	Westliches Verteidigungsbündnis Gegenstück WAPA	31
	3	Ein Bündnis	9
	4	Kritische Bemerkungen zur NATO	7
	5	Breite Beschreibung der NATO-Tätigkeit	11
	6	Krieg/kalter Krieg	2
	7	Friedensvereinigung; Friedensgespräche	3
	8	Sicherheitspolitik	2
	9	Amerikanische Dominanz	2
	10	Falsche Definition; falsche Erklärung der NATO-Tätigkeit	3
	11	Anderes	2

## Codebuch "Öffnung oder Isolation der Schweiz?"

Variable	Nr. Variable in Fb	Beschreibung	Ausprägungen
ZUKU1-1	1.1	Zukunftserwartung: weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren	1= besser und entspannter 2= bleibt etwa so wie heute 3= düsterer und gespannter 8= weiss nicht 9= keine Antwort
ZUKU1-2	1.2	Wie sehen Sie die nähere Zukunft für die Schweiz	1= sehr optimistisch 2= eher optimistisch 3= eher pessimistisch 4= sehr pessimistisch 8= weiss nicht 9= keine Antwort
BEDR2-1(a-s)	2.1(a-s)	Viele Ereignisse können für unsere Gesellschaft eine Bedrohung darstellen. Geben Sie für jedes Thema an, ob Sie das betreffende Problem als eine grosse oder kleine Bedrohung für unseren Staat ansehen	0= gar keine Bedrohung bis 5= sehr grosse Bedrohung 8= weiss nicht 9= keine Antwort
BEDR2-2(a-o)	2.2(a-o)	Verschiedene Ansichten über das, was der Staat für die Bewältigung unserer Zukunft tun sollte und was nicht	1= viel mehr tun 2= eher mehr tun 3= gleichviel tun 4= eher weniger tun 5= viel weniger tun 7= nicht Aufgabe des Staats 8= weiss nicht 9= keine Antwort
BEDR2-3(a-s)	2.3(a-s)	Wie kann die Schweiz am besten ihre Sicherheit wahren? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit einverstanden sind	1= sehr einverstanden 2= eher einverstanden 3= eher nicht einverstanden 4= gar nicht einverstanden 8= weiss nicht 9= keine Antwort
BEDR2-4(a-d)	2.4(a-d)	Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?	1= sehr einverstanden 2= eher einverstanden 3= eher nicht einverstanden 4= gar nicht einverstanden 8= weiss nicht 9= keine Antwort
BEDR2-5	2.5	Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit	1= sehr stark 2= recht stark 3= ein bisschen 4= überhaupt nicht 8= weiss nicht 9= keine Antwort



EURO3-1(a-d)	3.1(a-d)	Im Leben können wir nicht immer ganz frei entscheiden. Aehnlich ist es auch für die Schweiz als Staat. Sind Sie mit den folgenden Aeusserungen einverstanden?	1= sehr einverstanden 2= eher einverstanden 3= eher nicht einverstanden 4= gar nicht einverstanden 8= weiss nicht 9= keine Antwort
EURO3-2	3.2	Am 6. Dezember hat sich das Schweizer Stimmvolk gegen einen Beitritt unseres Landes zum EWR entschieden	1= die Schweiz wird dank ihrer EWR-Ablehnung in Zukunft selbständig handeln können 2= die Schweiz wird sich so oder so der europäischen Entwicklung anpassen müssen 8= weiss nicht 9= keine Antwort
EURO3.3	3.3	Bedauern Sie aus heutiger Sicht den Volksentscheid vom 6. Dezember	1= ja 2= nein 3= weder noch 8= weiss nicht 9= keine Antwort
NEUT4-1(a-k)	4.1(a-k)	Die Schweiz hat ja bisher immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man aber in verstärktem Masse auch Meinungen, die den Wert dieser Neutralität für die Zukunft in Frage stellen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?	1= sehr einverstanden 2= eher einverstanden 3= eher nicht einverstanden 4= gar nicht einverstanden 8= weiss nicht 9= keine Antwort
VERT5-1(a-k)	5.1(a-k)	Heute wird darüber diskutiert, ob die Schweizer Armee zusätzlich zu ihrem bisherigen Hauptauftrag, notfalls das Land zu verteidigen, weitere Aufgaben wahrnehmen sollte. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aufgaben, wie sehr Sie damit einverstanden sind, dass die Armee sie übernimmt	1= sehr einverstanden 2= eher einverstanden 3= eher nicht einverstanden 4= gar nicht einverstanden 8= weiss nicht 9= keine Antwort
VERT5-2	5.2	Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?	1= ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt 2= ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt 3= ja, auch Kampfeinsätze 4= nein, überhaupt nicht 8= weiss nicht 9= keine Antwort
VERT5-3	5.3	In der Öffentlichkeit wird heute mehr als früher über eine europäische Armee im Rahmen einer gemeinsamen Verteidigung gesprochen. Halten Sie das Zustandekommen einer solchen Armee für wahrscheinlich	1= sehr wahrscheinlich 2= eher wahrscheinlich 3= eher unwahrscheinlich 4= sehr unwahrscheinlich 8= weiss nicht 9= keine Antwort
VERT5-4	5.4	Ist die Errichtung einer europäischen Armee ihrer Ansicht nach wünschenswert?	1= sehr wünschenswert 2= eher wünschenswert 3= eher nicht wünschenswert 4= gar nicht wünschenswert 8= weiss nicht 9= keine Antwort

VERT5-5	5.5	Angenommen, es würde tatsächlich eine europäische Armee zur gemeinsamen Verteidigung geben, und die Schweiz würde sich daran beteiligen. Bräuchte es dann Ihrer Ansicht nach trotzdem auch weiterhin noch eine eigene Schweizer Armee?	1= ja, die Schweiz bräuchte auf jeden Fall noch ihre eigene Armee, so wie wir sie heute haben 2= ja, die Schweiz bräuchte noch eine Armee, aber in einer anderen Form als heute 3= nein, die Schweizer Armee wäre dann überflüssig 8= weiss nicht 9= keine Antwort
CH6-1(a-e)	6.1(a-e)	Einige Fragen speziell zur Schweizer Armee	1= sehr einverstanden 2= eher einverstanden 3= eher nicht einverstanden 4= gar nicht einverstanden 8= weiss nicht 9= keine Antwort
CH6-2	6.2	Bedeutung des Militärs	1= das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und dies ist auch gut so 2= das Militär ist ein notwendiges Uebel 3= das Militär könnte ruhig abgeschafft werden 8= weiss nicht 9= keine Antwort
VERH7-1	7.1	Es geht um die Schweiz und um unsere Landesregierung	1= sehr zufrieden 2= eher zufrieden 3= unentschieden 4= eher unzufrieden 5= sehr unzufrieden 8= weiss nicht 9= keine Antwort
VERH7-2(a-e)	7.2(a-e)	Meinungen zum Staat und zum öffentlichen Leben	1= sehr einverstanden 2= eher einverstanden 3= eher nicht einverstanden 4= gar nicht einverstanden 8= weiss nicht 9= keine Antwort
VERH7-3(a-c)	7.3	Sehen Sie sich selbst in erster Linie als Schweizer, Europäer oder als Weltbürger?	1= 1. 2= 2. 3= 3. 8= weiss nicht 9= keine Antwort
VERHNEU	7.3	Sehen Sie sich selbst in erster Linie als Schweizer, Europäer oder als Weltbürger?	1= CH, EURO, WELT 2= CH, WELT, EURO 3= EURO, CH, WELT 4= WELT, CH, EURO 5= EURO, WELT, CH 6= WELT, EURO, CH 7= anderes 8= weiss nicht 9= keine Antwort
SEX	8.1	Geschlecht	1= weiblich 2= männlich
ALTER	8.2	Alter (Geburtsjahr)	19..- 19..

SCHULE	8.3	zuletzt besuchte Schule	1= Primarschule 2= Sek/Real/Bezirksschule 3= Berufs-/Gewerbeschule 4= Mittelschule/ Gymnasium Technikum/ Seminar 5= Hochschule/ UNI /ETH
SPRACHE	8.4	Sprachregion	1= Deutschschweiz 2= Westschweiz
KIRCHE	8.5	Häufigkeit des Kirchenganges	1= mindestens 1 X Woche 2= fast jede Woche 3= 1-2 Mal X Monat 4= 1-4 Mal X Jahr 5= nie 9= keine Antwort
MILITAR	8.6	Sind Sie im Militärdienst eingeteilt oder eingeteilt gewesen?	1= ja, eingeteilt 2= ja, eingeteilt gewesen 3= nein, nicht eingeteilt 4= keine Antwort
GRAD	8.7	Welchen Dienstgrad haben/ hatten Sie?	1= Soldat/ Gefreiter/ HD/ FHD bzw. MFD/ RKD
UMFELD1	8.8 erste	Wie gross ist heute in unserem Land der Anteil an Bewohnern mit ausländischer Nationalität oder Herkunft?	0 - 100
UMFELD2	8.8 zweite	Wie gross ist der Anteil an Personen mit ausländischer Nationalität an Ihrem Arbeitsplatz/ Ihrer Schule?	0 - 100
UMFELD3	8.8 dritte	Wie gross ist der Anteil an Personen mit ausländischer Nationalität innerhalb Ihres übrigen persönlichen Bekanntenkreises?	0 - 100
ERW8-91	8.91	Wo wohnen Sie?	1= eher ländlich 2= eher kleinstädtisch 3= eher grossstädtisch
ERW8-92	8.92	Sind Sie erwerbstätig?	1= nur Hausfrau/mann 2= voll erwerbstätig 3= teilweise erwerbstätig 4= gar nicht erwerbstätig
ERW8-93	8.93	In was für eine Umgebung arbeiten Sie?	1= eher ländlich 2= eher kleinstädtisch 3= eher grossstädtisch
ERW8-94	8.94	Wenn Sie ihre Freizeit ausser Haus verbringen, sind Sie da in der Regel...	1= eher ländlich 2= eher kleinstädtisch 3= eher grossstädtisch

## Bisher sind folgende Hefte erschienen:

- Nr. 1 Kurt R. Spillmann: Konfliktforschung und Friedenssicherung (1987)
- Nr. 2 Kurt R. Spillmann: Beyond Soldiers and Arms: The Swiss Model of Comprehensive Security Policy (1987)
- Nr. 3 Kurt R. Spillmann: Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe (1987)
- Nr. 4 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 29. Juni 1987 - Bericht und Auswertung (1987)
- Nr. 5 Beat Näf / Kurt R. Spillmann: Die ETH-Arbeitstagung zur schweizerischen Sicherheitspolitik vom 7. Dezember 1987 - Bericht und Auswertung (1988)
- Nr. 6 Jacques Freymond: La menace et son évolution dans les domaines militaires et civils dans l'optique de la recherche scientifique et universitaire (1988)
- Nr. 7 Christian Kind: Extended Deterrence - Amerikas Nukleargarantie für Europa (1989)
- Nr. 8 Franz Martin Aebi: Der Weg zum Weiterleben - Morphologische Studie zu einer zeitgemässen Planung einer Strategie der staatlichen und gesellschaftlichen Selbstbehauptung (1989)
- Nr. 9 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Nationale Aspekte - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 5. Dezember 1988 (1989)
- Nr. 10 Richard D. Challener: John Foster Dulles: The Certainty/Uncertainty Principle (1989)
- Nr. 11 Dominique Wisler: Vers une nouvelle politique de sécurité (1989)
- Nr. 12 Kurt R. Spillmann und Kati Spillmann: Feindbilder: Entstehung, Funktion und Möglichkeiten ihres Abbaus (1989)
- Nr. 13 Madeleine Hösli / Kurt R. Spillmann: Demographie und Sicherheitspolitik: Rückwirkungen internationaler Entwicklungen auf die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 8. Juni 1989 (1989)
- Nr. 14 Fred Tanner: Die Schweiz und Rüstungskontrolle: Grenzen und Möglichkeiten eines Kleinstaates (1990)
- Nr. 15 Jacques Hürlimann / Kurt R. Spillmann: Der Bericht 90 zur schweizerischen Sicherheitspolitik im Urteil ausländischer Expertinnen und Experten - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 6. Dez. 1990 (1991)
- Nr. 16 Urs Roemer: Die Strategie der "Flexible Response" und die Formulierung der amerikanischen Vietnampolitik unter Präsident Kennedy (1991)
- Nr. 17 Michael Fajnor: Die europäische Integration und ihre sicherheitspolitischen Folgen für die Schweiz (1991)
- Nr. 18 Christof Buri / Karl W. Haltiner / Kurt R. Spillmann: Sicherheit 1991 - Ergebnisse einer Repräsentativbefragung (1991)
- Nr. 19 Andreas Wenger: Kontinuität und Wandel in der amerikanischen Nuklearstrategie - Präsident Eisenhowers Strategie der massiven Vergeltung und die nuklearstrategische Neuevaluation der Administration Kennedy (1991)
- Nr. 20 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte I - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1991 (1991)

(Fortsetzung nächste Seite)

- Nr. 21 Stephan Kux: Decline and Reemergence of Soviet Federalism (1991)
- Nr. 22 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Europäische Integration und Schweizerische Sicherheitspolitik - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 25./26. Oktober 1991 (1992)
- Nr. 23 Anton Bebler: The Yugoslav Crisis and the "Yugoslav People's Army" (1992)
- Nr. 24 Sabina Ann Fischer: Namibia Becomes Independent - The U.S. contribution to regional peace (1992)
- Nr. 25 Dominique Wisler: La violence politique en Suisse et les mouvements sociaux: 1969-1990 (1992)
- Nr. 26 Mauro Mantovani: Stand und Perspektiven der Sicherheitspolitik in Europa (1992)
- Nr. 27 Kurt R. Spillmann (Hg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte II - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1992 (1992)
- Nr. 28 Kurt R. Spillmann und Mauro Mantovani (Hg.): Die sicherheitspolitische Integration in Europa als Herausforderung für die Schweiz - Bericht und Auswertung der ETH-Arbeitstagung vom 26. Oktober 1992 (1993)
- Nr. 29 Günther Bächler: Bosnien-Herzegowina - Friedliche Streitbeilegung zwischen Realität und konkreter Utopie (1993)
- Nr. 30 Ilja Kremer: Die Sowjetunion und Russland nach 1985: Von der Oktoberrevolution zur Oktoberkrise (1993)
- Nr. 31 Kurt R. Spillmann (Hrsg.): Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte III - Vorlesung für Hörer aller Abteilungen - Sommersemester 1993 (1994)

Die Hefte können zu einem Preis zwischen SFr. 10.- und 20.- (je nach Umfang) bei der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse FSK, ETH-Zentrum, CH-8092 Zürich, Tel. 01 / 632 40 25, Fax: 01 / 363 91 96 bezogen werden.